Regierungsvorlage.

Gesetz

wirksam für das Herzogthum Krain betreffend die Realschulen.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Der Zweck der Realschule ist:

1. Eine allgemeine Bildung mit besonderer Berücksichtigung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen zu gewähren.

2. Die Vorbereitung für die höheren Fachschulen (polytechnische Institute, Forstakademien, Bergakademien u. s. w.)

§. 2.

Vollständige Realschulen bestehen aus sieben Klassen, deren jede einen Jahreskurs bildet, und zerfallen in der Regel in Unter- und Oberrealschulen.

§. 3.

Die Unterrealschule bereitet auf die Oberrealschule vor und bezweckt zugleich für jene, welche nach Absolvirung derselben ins praktische Leben übertreten, eine bis zu einem gewissen Grade abschließende allgemeine Bildung. Sie besteht aus vier Jahrgängen.

§. 4.

Als Vorbereitungsschule für die Oberrealschule kann auch das vierklassige Realgymnasium dienen.

§. 5.

Mit den Unterrealschulen können mit Rücksicht auf die wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes Fachkurse zur Ertheilung eines gewerblichen oder landwirthschaftlichen Unterrichtes in Verbindung gebracht werden.

§. 6.

Die Oberrealschule besteht aus drei Jahrgängen. Sie setzt den in der Unterrealschule begonnenen Unterricht fort und ist spezielle Vorbereitungsschule für die höheren technischen Fachstudien. Sie besteht nirgends für sich, sondern überall in Verbindung mit einer Unterrealschule oder einem vierklassigen Realgymnasium (§. 5). Beide zusammen bilden eine einzige Lehranstalt unter einem gemeinsamen Direktor. Wohl aber können Unterrealschulen ohne eine Oberrealschule gegründet werden.

§. 7.

Die Realschulen sind entweder öffentliche oder Privat-Realschulen. Als öffentliche Realschulen gelten diejenigen, welche das Recht haben, staatsgiltige Zeugnisse auszustellen (§. 27). Nur die Zeugnisse öffentlicher Realschulen haben Giltigkeit in jenen Fällen, in welchen überhaupt Zeugnisse über Realschulbildung gesetzlich gefordert werden.

Privatschüler haben sich, um solche Zeugnisse zu erlangen, der Prüfung an einer öffentlichen Realschule zu unterziehen.

Die ausschließlich oder zum größeren Theile aus Staatsmitteln erhaltenen Realschulen sind Staats-Realschulen. Die Leitung dieser Letzteren liegt ganz und in jeder Beziehung in der Hand der k. k. Schulbehörden.

II. Die Lehrgegenstände.

§. 8.

Unterrichtsgegenstände, die an allen Realschulen gelehrt werden müssen sind:

a) Religion,
b) Sprachen, und zwar die Landessprachen, dann die französische und die englische Sprache,
c) Geografie und Geschichte,
d) Mathematik (Arithmetik, Algebra, Geometrie),
e) darstellende Geometrie,
f) Naturgeschichte,
g) Physik,
h) Chemie,
i) Geometrisches- und Freihandzeichnen,
k) Kalligrafie.

Außerdem können nachfolgende Lehrgegenstände gelehrt werden:

Modelliren, Stenografie, Gesang, Gymnastik.

Andere freie Gegenstände können an den Realschulen nach Bedürfniß mit Genehmigung der k. k. Landesschulbehörde eingeführt werden.

Die Vertheilung der Lehrgegenstände auf die einzelnen Klassen und die darauf zu verwendende Stundenzahl wird nach Anhörung der Landesschulbehörde im Verordnungswege festgesetzt.

§. 9.

Die Bestimmung der Unterrichtssprache steht demjenigen zu, der die Unterrichtsanstalt erhält. Tragen mehrere hiezu bei, so wird die Unterrichtssprache durch Vereinbarung festgestellt.

§. 10.

Für jeden Schüler sind alle im ersten Absatze des §. 8 bezeichneten Gegenstände obligat, nur was die im §. 8 lit. b angeführten Sprachen betrifft, so hat jeder Schüler neben der Unterrichtssprache zwei derselben zu erlernen. Die Auswahl treffen die Eltern oder Vormünder des Schülers bei dessen Eintritte in die Schule. Die so bezeichneten Sprachen treten sodann für diesen Schüler in den Kreis der obligaten Lehrgegenstände.

III. Von der Aufnahme und Entlassung der Schüler.

§. 11.

Die regelmäßige Aufnahme der Schüler findet im Herbste, unmittelbar vor dem Beginne des Schuljahres statt.

Zur Aufnahme in die unterste Klasse ist erforderlich:

1. Das vollendete oder in dem ersten Quartale des betreffenden Schuljahres zur Vollendung gelangende zehnte Lebensjahr.

2. Der Nachweis über den Besitz der erforderlichen Vorkenntnisse, welcher durch eine Aufnahmsprüfung geliefert wird. Eine solche Aufnahmsprüfung ist zum Eintritte in eine höhere Klasse auch in allen denjenigen Fällen erforderlich, in welchen der Aufnahmswerber ein Zeugniß über die Zurücklegung der unmittelbar vorhergehenden Klasse an einer öffentlichen Lehranstalt der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder nicht beigebracht hat.

Die bei den Aufnahmsprüfungen zu stellenden Anforderungen werden nach Anhörung der Landesschulbehörde im Verordnungswege geregelt.

§. 12

Der Uebertritt aus einer Lehranstalt in eine andere am Schluße des ersten Semesters ist nur in besonders wichtigen Fällen zu gestatten.

Wenn Schüler während des Semesters die Aufnahme in eine Realschule nachsuchen, so steht, abgesehen von den Fällen der Uebersiedelung der Eltern oder ihrer Stellvertreter, in welchen einem Schüler die Aufnahme in eine öffentliche Lehranstalt nicht verweigert werden kann, die Entscheidung dem Lehrkörper zu.

§. 13.

Außerordentliche Schüler, welche nicht an dem gesammten Unterrichte theilzunehmen, sondern nur einzelne Lehrgegenstände zu hören wünschen, dürfen in den unteren Klassen nicht aufgenommen werden. In den oberen Klassen steht die Entscheidung dem Lehrkörper zu.

In keinem Falle darf aber die gesetzlich vorgeschriebene Maximalzahl der in einer Klasse aufzunehmenden Schüler überschritten werden (§. 14).

§. 14.

Die Zahl der Schüler in einer Klasse soll in der Regel nicht über fünfzig steigen. Wo die Anzahl der Schüler nach einem dreijährigen Durchschnitte 60 erreicht, darf eine weitere Aufnahme nur unter der Voraussetzung stattfinden, daß Parallelklassen errichtet werden.

§. 15.

Semestral- und Jahresprüfungen finden für öffentliche Schüler nicht statt.

Am Schluße eines jeden Semesters erhält jeder Schüler ein Schulzeugniß.

Auf Grund der Gesammtleistungen eines Schülers während des Schuljahres entscheidet die Lehrerkonferenz über das Vorrücken desselben in den nächsthöheren Jahrgang.

Wenn ein sicheres Urtheil über die Reife eines Schülers zum Aufsteigen in die höhere Klasse nicht gefällt werden kann, wird in Gegenwart des Direktors eine Versetzungsprüfung gehalten.

Besteht das Hinderniß der Versetzbarkeit in den ungenügenden Leistungen in einem einzigen Gegenstande, so kann dem Schüler die Erlaubniß zur Ablegung einer Wiederholungsprüfung vor Beginne des neuen Schuljahres ertheilt werden, von deren günstigem Erfolge das Vorrücken in die höhere Klasse abhängt.

§. 16.

Zum Behufe des Nachweises, daß die Realschüler sich die für das Aufsteigen in die technische Hochschule erforderlichen Kenntnisse erworben haben, werden Maturitätsprüfungen eingeführt.

Mit der Vornahme derselben werden besondere Kommissionen betraut.

Die Mitglieder derselben werden vom Minister für Kultus und Unterricht ernannt, wobei als Grundsatz zu gelten hat, daß Professoren der technischen Studienanstalten, Schulinspektoren, Direktoren und Professoren der Realschulen Mitglieder der Kommission sein sollen.

§. 17.

Jeder Realschüler wird am Schluße des letzten Jahres des Realschulkurses zur Maturitätsprüfung zugelassen. Er hat sich zu diesem Zwecke drei Monate vor dem Schluße des Schuljahres bei dem Vorsitzenden der Prüfungskommission, vor welcher er die Prüfung abzulegen beabsichtiget, zu melden.

Privatstudierende, welche an keiner öffentlichen Realschule eingeschrieben waren, und kein öffentliches Zeugniß erhalten haben, haben sich ebenfalls zu derselben Zeit zu melden und werden zur Maturitätsprüfung zugelassen, wenn sie das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben.

§. 18.

Die näheren Bestimmungen über die Maturitätsprüfungen werden nach Anhörung der Landesschulbehörde im Verordnungswege geregelt.

IV. Von den Lehrkräften.

§. 19.

Die Befähigung der Lehrer wissenschaftlicher Fächer an den Realschulen wird durch eine Prüfung ermittelt, mit deren Abhaltung eigene vom Minister für Kultus und Unterricht bestellte Prüfungskommissionen betraut sind.

Die zu Mitgliedern derselben ernannten Männer sollen die verschiedenen Zweige des Unterrichtes in wissenschaftlicher und zugleich in didaktischer Richtung vertreten.

Die näheren Bestimmungen über die Befähigungsprüfung für das Lehramt, insbesondere das Maß der Anforderungen in den einzelnen Lehrgegenständen werden im Verordnungswege geregelt.

§. 20.

Nur diejenigen, welche sich ein Lehrbefähigungszeugniß erworben haben, können als wirkliche Lehrer an den Realschulen angestellt werden.

Die Anforderungen, welche an die Nebenlehrer für Gesang, Gymnastik und ähnliche Gegenstände zu stellen sind werden im Verordnungswege geregelt.

Lehramtskandidaten, welche während ihres Probejahres oder nach demselben zum Lehren verwendet werden, heißen Hilfslehrer.

§. 21.

Für die obligaten Lehrfächer werden an einer vollständigen Realschule neben dem Religionslehrer noch 12, an einer vierklassigen Unterrealschule 7 wirkliche Lehrer mit Einschluß des Direktors bestellt.

§. 22.

Der Direktor ist mit der unmittelbaren Leitung der Realschule und eventuell der damit in Verbindung gesetzten Fachkurse betraut.

Die sämmtlichen wirklichen Lehrer bilden unter dem Vorsitze des Direktors die Lehrerkonferenz, deren Befugnisse im Verordnungswege nach Anhörung der Landesschulbehörde normirt werden.

§. 23.

Der Direktor ist an vollständigen Realschulen zu 6—8 Unterrichtsstunden, an Unterrealschulen zu 8—10 Stunden wöchentlich verpflichtet.

Den wirklichen Lehrern wissenschaftlicher Fächer sollen in der Regel nicht mehr als 20 Stunden wöchentlich zugewiesen werden.

Nur im Falle einer zeitweiligen Supplirung eines Lehrers kann ein Mitglied des Lehrkörpers, jedoch nicht länger als zwei Monate hindurch zu mehr als 20 Lehrstunden verhalten werden. Tritt die Nothwendigkeit einer längeren Supplirung ein, so hat der Lehrer einen Anspruch auf die normalmäßige Substitutionsgebühr. Die Lehrer des Zeichnens können bis zu 24 Stunden wöchentlich verhalten werden.

Dem Direktor steht es zu, die wöchentliche vorschriftsmäßige Zahl der Unterrichtsstunden mit Rücksicht auf das Lehrfach, die Menge der Schüler oder der Korrekturen, überhaupt des Lehrbedürfnisses, um wöchentlich 2—3 Lehrstunden für einzelne Lehrer zu ermäßigen, von welcher Verfügung er an die Landesschulbehörde die Anzeige zu erstatten hat.

§. 24.

Jeder Besetzung einer Lehrerstelle hat eine Konkursverlautbarung voranzugehen, welche von der Landesschulbehörde veranlaßt wird. Die Ausschreibung des erledigten Postens, in welcher die Lehrfächer nebst der Unterrichtssprache in welcher der Unterricht zu ertheilen ist, sowie der mit der Lehrstelle verbundene Gehalt zu bezeichnen sind, erfolgt in der offiziellen Wiener und der offiziellen Landeszeitung.

Die Gesuche werden von der Landesschulbehörde gesammelt und dem Direktor zur Erstattung eines Gutachtens übermittelt. Auf Grundlage desselben erstattet die Landesschulbehörde ihren Vorschlag und zwar bei Staatsschulen an den Minister für Kultus und Unterricht, bei Landesschulen an den Landesausschuß.

Ist an einer Staats- oder Landesrealschule eine Stelle erledigt, für welche eine Korporation, Gesellschaft oder Einzelnperson den Besetzungsvorschlag zu machen berechtiget ist, so ist die Anzeige sowohl der Landesschulbehörde als dieser Korporation, Gesellschaft oder Einzelnperson zu erstatten

§. 25.

Die Ernennung der Lehrer und Professoren erfolgt bei Staatsschulen auf Antrag der Landesschulbehörde vom Minister für Kultus und Unterricht, bei Landesschulen von dem Landesausschuße. Hilfs- und Nebenlehrer werden bei Staatsschulen von der Landesschulbehörde auf Vorschlag des Direktors bestellt.

V. Von den Privatanstalten.

§. 26.

Die Errichtung einer Realschule ist Jedermann unter der Voraussetzung gestattet, daß die Einrichtung derselben nichts den allgemeinen Lehrzwecken dieser Anstalten Widersprechendes enthält.

Ihre Errichtung ist daher an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Statut und Lehrplan, sowie jede Aenderung desselben bedürfen der über Antrag der Landesschulbehörde ertheilten Genehmigung des Ministers für Kultus und Unterricht.

2. Als Direktoren können nur solche Personen verwendet werden, welche ihre volle Befähigung zum Unterrichte an einer derartigen Lehranstalt dargethan haben.

§. 27.

Das Recht zur Ausstellung staatsgiltiger Zeugnisse kann den von Gemeinden, Korporationen oder Privaten errichteten Lehranstalten zuerkannt werden, wenn der Lehrplan nicht in wesentlichen Punkten von dem für die staatlichen und Landes-Lehranstalten vorgeschriebenen abweicht und für jede Ernennung des Direktors, der Lehrer oder Hilfslehrer die Bestätigung der Landesschulbehörde eingeholt wird.

§. 28.

Der Direktor einer derartigen Realschule ist den Schulbehörden für den Zustand derselben verantwortlich. Die Landesschulbehörde und in höherer Instanz der Minister für Kultus und Unterricht sind berechtigt, nach vorangegangener Disziplinar-Behandlung die Entfernung eines untauglichen oder seines Amtes sich unwürdig erweisenden Lehrers oder Direktors zu fordern.

§. 29.

Der Minister für Kultus und Unterricht kann nach Anhörung der Landesschulbehörde jede derartige Lehranstalt schließen lassen, wenn ihre Einrichtung oder Wirksamkeit mit den bestehenden Gesetzen in Widerspruch tritt.

§. 30.

Die von Korporationen oder Privaten errichteten Lehranstalten, welche im Besitze des Rechtes sind, staatsgiltige Zeugnisse auszustellen, können von Landesmitteln eine Unterstützung erhalten, falls die Nothwendigkeit eines ungeschmälerten Fortbestandes derselben nachgewiesen ist, und wenn das in gleicher Höhe, wie für Staatsrealschulen festgesetzte Schulgeld in Verbindung mit den übrigen Mitteln der Anstalt zur Bestreitung der Kosten nicht ausreicht.

Schlußbestimmungen.

§. 31.

Die Erweiterung der bestehenden dreiklassigen Unterrealschulen in vierklassige und jener der sechsklassigen Oberrealschulen in siebenklassige hat bis zum Beginne des Schuljahres 1870/71 stattzufinden.

§. 32.

Der Minister für Kultus und Unterricht ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes betraut, und hat die weiteren nothwendigen Uebergangsbestimmungen zu erlassen.

St. 2803.

Predlog deželnega odbora

za

dovolitev poberanja 76% priklade na prave davke v vaséh spodnje, srednje in zgornje Laknice in na svetem Verhu za občinske potrebe mokronoške županije in za farno šolo v Trebeljnem, in 66% priklade za farno šolo v Trebeljnem v vaséh Brezje in Cerovec spadajočih k županiji v Mirni peči.

Slavni deželni zbor!

V XXIII. seji 3. oktobra l. 1868 je slavni deželni zbor odobril sklep občinskega odbora trebeljske županije od 19. avgusta l. l. zastran pobiranja 81 odstotne priklade na prave davke za 1868. l., in sicer 66% za zidanje trebeljske šole, 15% pa za druge občinske potrebe. Ta sklep je bil potem predložen presvitlemu cesarju ter je 18. jan. t. l. najvišje potrjenje zadobil. (Vložnega zapisnika št. 504, leta 1869.) Ko je pa potem c. kr. okrajno glavarstvo v Krškem pobiranje dovoljene šolske priklade v trebeljski županiji razglasiti dalo, se je predstojništvo trebeljske šole oglasilo, da šolski okraj trebeljske fare ne obsega samo trebeljsko županijo, ampak tudi vasi: spodnje, srednje in zgornje Laknice in sveti Verh v mokronoški županiji in vasi Brezje in Cerovec županije v Mirni peči, da imajo torej tudi navedene vasi županij Mokronog in Mirna peč po enaki meri pripomoči k stroškom za farno šolo v Trebeljnem.

Vsled tega je c. kr. okrajno glavarstvo v Krškem dalo županijama v Mokronogu in v Mirni peči naznaniti, da se imajo občinski odborniki k posvetovanji o tej zadevi sniti, ter da sklenejo o doneskih dotičnih vasi za trebeljsko šolo.

Na to je sklenil občinski odbor županije v Mokronogu v seji 30. aprila t. l., da naj se razun priklade 10% za občinske potrebe za leto 1869 pobére v vsih trojih Laknicah in na sv. Verhu tudi 66 odstotne priklade na prave davke za farno šolo trebeljsko; občinski odbor v Mirni peči je pa v seji 24. maja t. l. za zidanje trebeljske šole sklenil za leto 1869 pobiranje 66 odstotne priklade na prave davke v vaséh Brezje in Cerovec.

Zoper ta dva sklepa občinskih odborov, ki sta bila po §. 83 občinskega reda razglašena, se ni nikdo pritožil.

Na podlagi navedenih razlogov stavi deželni odbor z ozirom na §. 79 občinskega reda sledeči predlog:

Slavni deželni zbor naj sklene, da se smé pobérati

a) v vaséh mokronoške županije, in sicer v spodnjih, srednjih in zgornjih Laknicah in na svetem Verhu za občinske potrebe in za zidanje farne šole v Trebeljnem leta 1869 priklada 76% pravih davkov;

b) v vaséh županije v Mirni peči, in sicer na Brezji in v Cerovcu leta 1869 priklada 66% pravih davkov za zidanje farne šole v Trebeljnem.

Od kranjskega deželnega odbora.

V Ljubljani 14. sept. 1869.

St. 2717.

Sporočilo deželnega odbora

o slovensko-nemškem delu Wolfovega slovarja.

Slavni deželni zbor!

Deželni zbor, ki je v 7. seji zborovanja leta 1861. na-se vzel skrb, da se brž ko je mogoče, dovrši drugi del, to je, slovensko-nemški del, po blagodušni oporoki knezoškofa Antona Alojza Wolfa slovenskemu narodu namenjenega slovarja, je v 21. seji deželnega zbora leta 1868 dal nálog deželnemu odboru: „naj neprenehoma pazi na to, da bode izdelovanje slovensko-nemškega dela Wolfovega slovarja redovito in kar najbrže napredovalo“.

Zadostiti temu nalogu, se je deželni odbor obrnil do svetlega gospoda knezoškofa Dr. Widmer-ja predstojnika Alojzjevišča ljubljanskega, v čegar rokah je izdava slovarja, ter ga prosil, naj blagovoli odboru naznaniti, kako dalječ je dospel tisek slovarjev, da more o tem sporočati prihodnjemu deželnemu zboru.

Svetli knezoškof je s čestitim odpisom od 12. junija l. l. br. 671 deželnemu odboru poslal prepis pisma, ki ga je o slovarjevi zadevi izročil c. k. deželni sodniji ljubljanski, ktera ga je z dopisom od 25. avgusta 1868. leta vprašala: kako dalječ je dospela izdava slovensko-nemškega slovarja in kaj da morebiti še ovira konečno dovršenje njegovo? — Pismo, v kterem svetli knezoškof odgovarja c. k. deželni sodniji na vprašanja njena popolnoma razjasnuje današnji stan slovarja.

Nanašaje se na to pismo svetli knezoškof svoj dopis deželnemu odboru sklepa s tem, da izreka željo, naj deželni odbor najde pot, da slovenskemu narodu doide zaželjeni slovar tako, da omladina kranjska Alojzjeviška ne izgubi podpore, ki jej je po zapuščini ranjcega knezoškofa namenjena.

Da slavni deželni zbor razvidi stališče, na kterem dandanes stoji slovar slovensko-nemški, prepišemo iz omenjenega knezoškofovega dopisa do c. k. deželne sodnije nektere članke.

Pismo knezoškofovo poroča, da za izdavanje slovensko-nemškega slovarja je bil izvoljen poseben odbor, ki je gospodu Fr. Levstiku izročil vredništvo slovarja.

Pripravili so se vredniku ti-le pripomočki:

a) Zalokarjev rokopis, ki na 1100 pôlah obsega vrednjeni slovar slovensko-nemški in ki je bil v ta namen iz zapuščine Wolfove kupljen za 2000 gold. v gotovem denarji in za vsakoletnih 200 gold.; ki jih gospod Zalokar dobiva do svoje smrti;

b) Cafova zbirka besedi, ki je jako velika;

c) Miklošičev rokopis v 4 velicih zvezkih na 287 pôlah;

d) zbirka besedi v abecednem redu, poslana po gospodu Kočevarju;

e) rokopis slovarja brez imena pisateljevega.

To je zaklad, ki je vredniku pripravljen.

Pretekla so 3 leta, ko se je vredovanje začelo, in stroškov v ta namen je Alojzjevišču narastlo ta čas že 1190 gold. a vendar ni še nobena pôla za tisek pripravljena.

V dvojni odgovornosti, ki jo imam — tako se dalje glasi pismo gospoda knezoškofa — namreč v odgovornosti za to, da se tiska slovár, a tudi v odgovornosti tej, da zapuščina ranjcega knezoškofa doide Alojzjevišču, moral sem misliti na to, da se zapuščina ne potrosi za same priprave slovarjeve, sicer naposled ne bo slovarja, in Alojzjevišče izgubi zapuščino. Gledé na to sem začasno razpustil dotični odbor in ustavil plačila iz zaloge Alojzjeviščeve.

Naj tedaj tisti učeni Slovenci, kterim je hitri natis slovarja pri srcu, blagovolijo skrbeti za to, da se dovrši za natis ugodni rokopis. Meni ni bila sreča mila, da bi bil to dosegel. Dokler pa stoji Alojzjevišče pod mojim varstvom, bode denar za tisek slovarjev vsaki čas pripravljen. Za tisek ugodni rokopis pripraviti, to pa ne stoji v moji moči, a tudi ni dolžnost moja kot predstojnika Alojzjevišča, kajti oporoka knezoškofa Antona Alojza nasledniku njegovemu ne daje take naloge, a je tudi dati ni mógla.

To je bistvo pisma svetlega knezožkofa. Vidi se iz njega, da je gospod knezoškof vse storil, da bi se bil začel tisek željno pričakovanega slovarja. —

Že v sporočilu lanskem je deželni odbor obžaloval, da slovensko-nemški del, o kterem je govoril deželni zbor že pred 8 leti, ni še do tega dovršen, da bi se bil tiskati začel, in po pismu gospoda knezoškofa je prestalo sedaj in je res prestati moralo vredovanje nakupičenega obilega gradiva.

Ker pa je potreba obširnega slovensko-nemškega slovarja živo pripoznana, to je, obširnega saj toliko, kakor je nemško-slovenski del, in ker svetli knezoškof v dopisu od 12. junija t. l. poživlja deželni odbor, naj on najde pot, da se dovrši delo, tedaj misli odbor, naj bi se prijazni klic svetlega knezoškofa v nemar ne puščal, da se z združeno močjo — pa brez stroškov deželnih — dožene tisek slovarja.

V tem smislu nasvetuje tedaj deželni odbor:

Slavni zbor naj sklene:

Deželnemu odboru daje se nálog, da na poziv gospoda knezoškofa in vzajemno ž njim prevzame skrb za to, da se kar najbrže izgotovi rokopis za tisek slovarjev, ter se v ta cilj in konec dogovori s svetlim knezom.

Od kranjskega deželnega odbora.

V Ljubljani dne 14. septembra 1869.

Št. 2438.

Poročilo deželnega odbora

zastran

prezidanja deželne norišnice.

Slavni deželni zbor!

Ko je bila lansko leto v trinajsti seji deželnega zbora Ljubljanskega, dne 18. sept. meseca obravnava o prezidanji deželne norišnice, o kterej je že leta 1863. sl. deželni zbor pri nekterih tedanjih prenaredbah omenjenega zavoda za potrebno pripoznal in tudi sklenil, da se ta našej deželi silo potrebna in koristna naprava znanstvenim in ljudomilim zahtevam prikladno in prtrebščinam naše kranjske dežele primerno v novo in boljše stanovanje prenaredi, je lanski deželni zbor v svojej trinajstej seji od 18. sept. meseca predlog deželnega odbora o zadevi prezidanja deželne norišnice popolnoma sprejel ter tudi privolil v vse številke v ta namen spadajočih stroškov in sicer a) za napravo norišnice iz posebnega norišnega zaklada 50,310 gold.; b) za napravo drvarnice in zaloge za slamo pa 4600 gold. iz deželnega zaklada.

Toda kar se tiče prezidanja in nove uravnave norišnice po lanskem sklepu sl. deželnega zbora od 18. sept. meseca, nastali so pozneje jako važni in resnega prevdarka vredni pomisliki, vsled kterih je moral deželni odbor vse one naredbe, v ktere je lanski deželni zbor privolil, in ki so bile že skoro za izvršenje priredjene, popolnoma ustaviti, oziroma ovreči.

To se je pa zgodilo zarad naslednjih razlogov:

Gosp. Evgen Brunner inženir in deželni nadzornik stavstva se je na svoje lastne stroške podal na Dunaj, da bi si tam ogledal napravo in notranje uredbe ondotne norišnice. V tem njegovem namenu ga je deželni odbor kranjski podpiral s tem, da ga je s posebnim pismom priporočil deželnemu odboru za doljne Avstrijsko, prosé, naj bi mu dovolil vstop v ondotno deželno norišnico in naj bi ga priporočil ravnatelju ondotnega závoda, da mu blagovoljno razkaže, razjasni in nasvetuje vse, kar mu je o tej sila važnej zadevi vedeti treba.

Gospod Evg. Brunner je v svojem sporočilu od 29. decembra meseca 1868 l. štev. 4817 deželnemu odboru kranjskemu ob kratkem sporočil izid svojega potovanja na Dunaj in je tudi bolj tehtne stvari, ki si je pri opazovanji dunajske norišnice v svojo bilježnico zapisal, izročil ravnatelju ljubljanskega dobrotnega zavoda v presojo s tukajšnimi zdravniki. — Kakor nadalje Brunner-jevo sporočilo kaže, je gosp. Brunner teh misli, da bi se po njegovih skušnjah in pozvedbah, kakor tudi po zaznamkih, ki si je pri ogledanji dunajske norišnice zabilježil, pri prenaredbi notranje naprave deželne norišnice kranjske, ako se bi namreč tako ravnalo kakor se mu je na Dunaji od veljavnih mož nasvetovalo, in ako se bi v lanskej sesiji sprejeti načrt deželnega zbora nekoliko spremenil, vendar dalo prihraniti kakih 1500—2000 gold.

Deželni odbor je to stvar natančno pretresel in po predlogu zdravnikov ljubljanske bolnišnice za dobro pripoznal, da bi se o tej sila važnej napravi poprej posvetovalo s kakim veljavnim in zanesljivim izvedencem, ter je poklical v ta namen učenega in na glasu obče slovečega dunajskega profesorja gosp. dr. Schlager-ja nalašč v Ljubljano, da bi dal on, kot obče znani izvedenec, o namerjalnem prezidanji norišnice kranjske svoje najbolje nasvete in opominke, ki ne bi samo prileżnost novega zavoda zdatno povzdignili, marveč tudi natančno prevdarjene stroške kolikor mogoče zmanjšali.

Na ta poziv deželnega odbora je prišel gosp. dr. Schlager, profesor na c. kr. universi na Dunaji v Ljubljano in si je ogledal norišnico kranjsko od vseh strani prav natanko.

Po vseskozi natančnem pregledu njene lege in njenega dozdanjega prostora je gosp. dr. Schlager svoje mnenje izrekel, da ni od nobene strani mogoče, da bi se dozdanje norišno poslopje dozidati, ali

pa kako drugáče razširiti moglo. Med raznimi drugimi razlogi, ki je učeni profesor navaja, pravi tudi to, da norišnica kranjska v svojem dosedanjem stanu, gledé na njeno lego, obličje, in na velikost njej odmerjenega prostora, s svojo vnanjo napravo in notranjo uredbo nikakor ne zadostuje svojej nalogi, ki jo imajo deželne norišnice sploh, in da se tudi ne da misliti, da bi se dale napake in druge pomanjkljivosti dozdanje norišnice, kakor tudi njena notranja uravnava, po tem potu, ki se namerja, namreč po odločenih zidarskih in drugih prenaredbah povoljno odstraniti. Nadalje pravi, da on mora sicer pripoznati, da so predloženi načrti zastran prezidanja in poprave norišnega poslopja s posebno marljivostjo izdelani, toda le obžalovati mora, da teh s toliko skrbjo in trudom izdelanih načrtov o prezidanji norišnice in predelavi mrlišnice v besnico nikakor odobriti ne more. Vse to pa zarad tega ne, ker se pri stavbah deželnih norišnic pred vsem drugim gledati mora na tó:

1. da zadostujejo popolnoma zdravstvenim tirjatvam;
2. da se skrbno ločijo od takih obližnjih krajev, ki vzrokujejo nemir, šunder ali pa kako drugače nadlegujejo bolnike;
3. da se bolniki ločijo in sicer: a) po spolu; b) po različnosti bolezni; c) po svojej izobraženosti, to pa ne le v notranjih prostorih norišnice, ampak tudi v vrtu in drugih vnanjih prostorih. — Nadalje mora imeti norišnica potrebne in primerno razredjene prostore za zabavo in različna opravila bolnikov in to ne le v notranjih predelih poslopja, marveč tudi na planem, to je, na prostih in odprtih prostorih; vrh vsega tega pa še primerno velik vrt.

Vsem tem najvažnejšim potrebam, kterim vsaka norišnica popolnoma vstrezati mora, ne zadostuje deželna norišnica kranjska, in s prezidanjem, ki se ravno namerja, se bo le kaj m a l o ali pa c e l ó n i č tem potrebam pripomoglo. Največa napaka pri dozdanjej norišnici je pa še ta, da ima norišnica že zdaj premalo prostora za tolikanj potrebno kretanje bolnikov, s prezidanjem se pa bo ta prostor še veliko bolj skrčil.

Iz teh in še mnogo drugih tehtnih razlogov je gosp. dr. Schlager popolnoma proti prezidanju norišnice, ter nasvetuje, naj se zida popolnoma novo poslopje in to na takem kraji, ki se za napravo in priredbo norišnice gledé na njeno sila važno nalogo in zgorej omenjene tirjatve v vsakem obziru popolnoma prilega.

Ako se naposled še to prevdari, da se za prezidanje dozdanje norišnice namenjeni zaklad, ki znaša 58.000 gold., in v kterega je slav. deželni zbor v lanskej sesiji privolil, za čisto novo poslopje lahko obrne, in da bo v najskrajem času tudi bolnišnico razširiti treba, kteri stroški se bodo vendar mogli že posebej nabrati, in da se potem, ko se novo poslopje za norišnico postavi, dozdajna norišnica brez posebnih in obilnih stroškov lahko v bolnišnico ali pa porodnišnico prenaredi, tedaj po tem takem vsaj večina onih stroškov, ki bi se imeli za razširjatev bolnišnice obrniti, za zidanje popolnoma nove norišnice pripade, in tako bi izpeljava čisto nove norišnice ne prizadjala ravno toliko stroškov.

Pri drugačnem ravnanju pa, ako se namreč ne misli še tako hitro novo poslopje za norišnico postaviti, treba je vsaj za neobhodno potrebno in prileżniše stanovanje mirnejih in za delo sposobnih norcev nujno skrbeti, da se vsaj za te bolnike kaj boljega ustanovi.

Iz vsega tega se lahko sodi, da deželni odbor teh in enakih po mnogih in večletnih skušnjah utrjenih in z dokazi podpiranih misli in nasvetov učenega gosp. dr. Schlager-ja o načinu, po kterem se poslopja za norišnice stavijo in uredujejo, ni mogel prezreti ali celó popolnoma ovreči.

Iz navedenih razlogov je deželni odbor v svojej seji od 14. februarja meseca 1869. l. štev. 768, vsled naročilnega (komisionelnega) posvetovanja o predloženem mnenju gosp. profesorja dr. Schlager-ja to-le sklenil:

1. Namerjalno prezidanje dozdanje deželne norišnice naj se vstavi.
2. Gosp. prof. dr. Schlager naj se naprosi, da izdela pregledni načrt, po kterem se bi izpeljala za vojvodino Kranjsko čisto nova norišnica, v kterej bi imelo blizo kakih 100 bolnikov dovolj prostora in naj dodá temu preglednemu načrtu tudi potrebni osnovni naris in dozdevni prevdarek vseh onih stroškov, ki bi je stalo novo poslopje.
3. Da se pa norišnica vsaj začasno razširi, kar je pri čedalje večem navalu novih bolnikov neobhodno potrebno, naj bi se med tem časom najela prileżna hiša, v ktero se bi mirni norci djali, in to se bi imelo brž ko mogoče izvršiti.
4. Zarad vstave za izvršitev namenjenih sklepov sl. deželnega zbora o zadevi namerjalnega prezidanja norišnice se ima odbor v prihodnjej sesiji opravičeti in nov načrt sl. zboru v potrjenje predložiti. Ob enem se ima tudi predlog staviti, da se porodnišnica v dosedanjo norišnico preloži, ki bo po tem, ko bo nova norišnica gotova, popolnoma prazna in pripravna.
5. V zadnjej sesiji od sl. deželnega zbora sprejeti predlog zastran naprave drvarnice in zaloge za slamo v bolnišnici naj se nevtegoma izvrši.

Kar se tu navedenih sklepov deželnega odbora tiče, se je med tem časom to-le izvršilo:

Deželni odbor je v svojem pismu od 23. februarja 1869. l. gosp. dr. Schlager-ju sporočil, da se je prezidanje norišnice vsled njegovega priznanja in njegovih nasvetov vstavilo, in da bo odbor v prihodnjej sesiji sl. zboru zidanje čisto novega poslopja predlagal. Ob enem se je gosp. prof. naprosil, naj bi on, kot obče znani izvedenec v tej reči, izdelal pregledni načrt, po kterem se bi nova norišnica za deželo Kranjsko izpeljala, in naj bi predložil temu opisovalnemu načrtu tudi osnovni naris in natančen prevdarek stroškov, ki bi je novo poslopje, s prostorom za kakih 100 bolnikov, prizadjalo.

Za začasno nastanovanje mirnih norcev moškega spola najela se je po sklepu deželnega odbora v seji od 27. marca 1869. l. štev. 1483 zasebna hiša z dvorom in vrtom na spodnjih Poljanah hišna štev. 58, in sicer za dve leti z letno najemščino s 460 goldinarjev.

Hiša se je dala nekoliko predelati in poravnati in ima prostora dovolj za 24 mirnih norcev. Pri tleh ima 5 sob s kuhinjo in shrambo vred, v 1. nadstropji ima 6 sob, kuhinjo in shrambo, vrh tega še klet, drvarnico in dovolj prostoren z deskami ograjen vrt.

Hiša je zdaj popolnoma priredjena in oskrbljena za 24 mirnih norcev moškega spola. — Oskrbništvo in nadzorstvo je prevzela družba usmiljenih sester, ki se je zavezala, da bo bolnike z živežem in nadzorovanjem iz svojega glavnega zavoda oskrbovala pod ravno istimi pogoji, kakor v glavnem zavodu in to proti temu, da se jej prepusti užitek vrta provizoričnega zavoda.

Zdravniško vodstvo izročilo se je predstojniku glavne norišnice Ljubljanske.

Naprava nove drvarnice in zaloga za slamo, v kteri napravi je lanski deželni zbor privolil, se je izvršila.

V svojem odpisu od 25. maja meseca 1869. l. štev. 2438 je izrekel gosp. dr. Schlager deželnemu odboru na njegov dopis in prošnjo od 23. februarja 1869. l. štev. 768 in od 23. marca štev. 1118, svoje mnenje zastran pripravnega kraja za zidanje čisto nove norišnice v okolici Ljubljanski, ktero je v ta namen 15. in 16. dne februarja tega leta v zvezi z našimi domačimi zdravniki od vseh strani natančno pregledal, ter je priložil temu dopisu tudi osnovni naris in natančni prevdarek stroškov, ki bi je čisto nova norišnica prizadjala.

Ne da se tajiti, da je ta načrt učenega prof. gosp. dr. Schlagerja vseskozi izvrsten in na podlagi temeljitega in globokoga znanja izdelan, in da so tudi stroški enakemu poslopju primerni, — toda kakor se iz priloženega prevdarka stroškov, ki ga je kakor tudi priložene osnovne narise nove norišnice po besedah in po načrtu gosp. dr. Schlager-ja prav natančno izdelal stavbeni nadzornik gosp. Brunner, lahko razvidi, stalo bi čisto novo poslopje za norišnico Kranjsko 205.648 gld., ali po nasvetu nekterih prenaredb gosp. Brunnerja vsaj 162.000 gold.

Potem takem stavi deželni odbor naslednji predlog:

Slavni deželni zbor naj izroči to sporočilo finančnemu odseku v posvetovanje in sporočevanje.

Od kranjskega deželnega odbora.

V Ljubljani 14. septembra 1869.

Z. 3792.

Bericht des Landes-Ausschusses

wegen

Gründung eines Freiplatzes am Wiener Conservatorium.

Hoher Landtag!

Die Gesellschaft der Musikfreunde in Wien hat in Vertretung des von ihm gegründeten nunmehr nach den Anforderungen der Neuzeit reorganisirten Wiener Conservatoriums den krainischen Landes-Ausschuß mit der Zuschrift vom 2. September l. J. Z. 302 eingeladen, dem gedachten Institute mit dem ein- für alle maligen Beitrage von 2000 fl. als Stifter beizutreten, wofür dem Landes-Ausschusse das Recht zustände für den auf solche Weise für immerwährende Zeiten gegründeten Freiplatz einen Zögling zur unentgeltlichen vollen Ausbildung nach seinem Ermessen zu präsentiren.

Der Landes-Ausschuß leitet diese Eingabe an den hohen eben versammelten Landtag und stellt den Antrag:

Es wolle die Eingabe der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien wegen Gründung eines Freiplatzes für einen Zögling am Wiener Conservatorium dem Finanz-Ausschusse zur weiteren Antragstellung zugewiesen werden.

Vom krainischen Landes-Ausschusse.

Laibach am 12. September 1869.

Sporočilo kranjskega deželnega odbora

od 4. oktobra 1868. leta do konca meseca avgusta 1869. leta.

Obseg: §. 1. Deželnega zbora poslanstvo do Njega Veličanstva. — §. 2. Postavodavstvo: a) Potrjene postave in odobreni sklepi dež. zbora: — Deželne priklade. — Občinske priklade. — Volitna pravica. — Prememba občinskega reda. — Občinske davščine (takse). — Pasji davek. — Šent petersko-trnovska cesta. — b) Nepotrjene postave: Držanje občeškodljivih oseb v posilni delalnici. — Prememba volitvenega reda za deželni zbor. — Postava o šolskem nadzorstvu. — Solni zalog v Ljubljani. — Slovanska akademija prava. — Načrt postave o ravnopravnosti slovenskega jezika v šoli in v uradih. — Razdelitev občinskih pašnikov in menjalk. — Prememba postave o najdencih. — Raba slovenskega jezika pri sodnijah in uradnijah. — Odlog volitve poslanca za Postojno-Lož-Vrhniko. — §. 3. Zemljiški davek: Odpis davkov. — Prodaja nepremekljivega blaga zarad zaostalih davkov. — Prememba zemljiških knjig. — §. 4. Zemljiška odveza: V kakovem stanu je bila konec 1868. leta. — Prošnje za pospeh. — Slovenski opravilni jezik. — Predplača potovanjskih stroškov. — Premenjena obravnava pri srečkanji obligacij zemljiške odveze. — §. 5. Deželno-gospodarstvene stvarí: Sodelovanje deželnega odbora pri kmetijski družbi. — Bramba poljskih pridelkov zoper gosenice in hrošče. — Bramba malih tičev. — Uravnava deželnega kobilstva. — Pregled gozdne postave. — Načrt postave o pravici pri vodah. — §. 6. Odškodovanje za inkamerirani deželni zálog. — §. 7. Občinske stvarí: Stroški za ljubljansko bolnišnico. — Prememba občinske postave ljubljanskega mesta. — Občinske priklade. — Stroški za hrano v bolnišnici in norišnici. — Okrajne blagajnice. — Okrajni zastopi. — Načrt postave o občinskih zemljiščih in gozdih v Dalmaciji. — Imenik vseh občin. — §. 8. Ceste in mostovi: Most čez Kolpo pri Gašparčah. — Nasnutek ceste od Mrtovca do Petrine. — Črnska cesta. — Most čez Mirno. — Kokerska cesta. — Reška cesta. — Cestninska zavora (šranga) v Rakeku. — Ljubljansko-belaška in ljubljansko-karlovška železnica. — §. 9. Deželne naprave: Pogodba o bolnišničini upravi. — Zidanje norišnice. — Državni donesek za porodnišnico. — Stroški za bolnike nemških držav. — Sirotnica. — Posilna delalnica. — Ženski oddelek. — Deželno gledališče. — Slovenske gledišče igre. — §. 10. Šole: Začasno šolsko nadzorstvo. — Pravni upor zoper ta minist. ukaz. — Postava o realkah. — Viša realka. — Služba drugega strežaja pri njej. — Obrtnijske nadaljevalne šole. — Gozdnarska šola v Šnepergu. — Učni pomočki te gozdnarske šole. — Scheyer-jeva knjižica o gozdnem gospodarstvu. — Zbirka gozdno-rastlinska. — Kmetijske nadaljevalne šole. — Normalkin zálog in dež. odbor. — §. 11. Ustanove: Glavarjeva ustanova. — Podelitev 13 novih dijaških ustanov. — Grof Engelshaus-ove ustanove za plemenitnike. — Schellenburg-ova ustanova. — Cesarice Elizabete ustanova za invalide, oziroma za reveže. — Ustanovni zálog in dež. odbor. — Flahenfeld-Volvic-ev kanonikat. — §. 12. Ustanovitev c. k. okrajnih sodnij v Kostanjevici in Senožečah. — §. 13. Policijske stvarí: Dogodek na Jančjem. — Spomenica do vis. ministerstev. — Policijska odprava in potiranje (šub). — Žandarmerijska uravnava (organizacija). — §. 14. Osebne stvarí: Umrli so. — Odpoved poslanstva. — Volitev deželnih poslancev. — Oddaja služeb. — Določi se zapisnikar za dež. zbor. — V pokoj se dene Bajec. — §. 15. O opravilih in upravih sploh: Opravilni red za dež. zbor v slovenskem jeziku. — Avstrijsko-ogerska národna bolnišnica v Carigradu. — Oprava in oborožba deželne brambe. — Prodaja oprave deželnih topov. — Doplača idrijskega rudnika v deželni in zemljiške odveze zalog.

Rechenschaftsbericht des krainischen Landes-Ausschusses

für die Zeit seit 4. October 1868 bis Ende August 1869.

Inhalt: § 1. Landtagsdeputation an das Allerh. Hoflager. – § 2. Gesetzgebung: a) Sanctionirte Gesetze und Allerh. genehmigte Landtagsbeschlüsse. — Landesumlagen. — Gemeindeumlagen. — Wahlrecht-Aenderung der Gemeindeordnung. — Gemeindetaxen. — Hundtaxe. — St. Peter-Dornegger-Straße. b) Nicht sanctionirte Gesetze: — Anhaltung gemeinschädlicher Personen in der Zwangsarbeits-Anstalt. — Abänderung der Landtagswahlordnung. — Schulaufsichts-Gesetz. — Salzniederlage in Laibach. — Slovenische Rechtsacademie. — Gesetzentwurf betreffend die Gleichberechtigung der slovenischen Sprache in Schule und Amt. — Vertheilung der Gemeinde-Hutweiden und der Wechselgründe. — Ablehnung der Aenderung des Findelgesetzes. — Gebrauch der slovenischen Sprache bei Gericht und Amt. — Verschiebung der Neuwahl eines Abgeordneten für Adelsberg-Laas-Oberlaibach. — § 3. Grundsteuer: Steuernachlässe. — Realexecutionen wegen Steuerrückständen. — Aenderung der Grundbücher. — § 4. Grundlastenablösung: Stand mit Ende 1868. — Petitionen um Beschleunigung. — Slovenische Verhandlungssprache. — Reisekostenvorschüsse. — Geändertes Verfahren bei Verlosung der Grundentlastungs-Obligationen. — § 5. Landescultur-Angelegenheiten: Mitwirkung des Landesausschusses bei der Landwirthschafts-Gesellschaft. — Schutz der Bodencultur gegen Raupenschäden und Maikäfer. — Schutz der kleinen Vögel. — Landesgestüts-Organisation. — Revision des Forstgesetzes. — Entwurf eines Wasserrechts-Gesetzes. — § 6. Entschädigung für den inkamerirten Provinzialfond. — § 7. Gemeindeangelegenheiten: Laibacher Spitalskosten. — Revision des Gemeindestatutes der Stadt Laibach. — Gemeindeumlagen. — Kranken- und Irrenhaus-Verpflegskosten. — Bezirkskassen. — Bezirksvertretungen. — Gesetzentwurf über Gemeinde-Gründe und Waldungen in Dalmatien. — § 8. Communications-Mittel: Kulpa-Brücke bei Gasparče. — Straßenbau-Project von Mertovic bis Petrina. — Černastraße. — Neuringbrücke. — Kankerstraße. — Rekastraße. — Mauthschranken in Rakek. — Laibach-Villacher und Laibach-Karlstädter Eisenbahn. — § 9. Landesanstalten: Spitalsregievertrag. — Irrenhausbau. — Aerar. Beitrag für die Gebäranstalten. — Krankenverpflegskosten für Angehörige deutscher Staaten. — Waisenhaus. — Zwangsarbeitshaus. — Weibliche Abtheilung. — Landestheater. — Slovenische Vorstellungen. — § 10. Schulen: Provisorische Schulaufsicht. — Rechtsverwahrung gegen dieselbe. — Realschulgesetz. — Oberrealschule. — Zweite Schuldienerstelle. — Gewerbliche Fortbildungsschulen. — Waldbauschule in Schneeberg. — Lehrmittel der Waldbauschule. — Scheyer's Waldbewirthschaftung. — Forstbotanische Sammlung. — Landwirthschaftliche Fortbildungsschulen. — Uebernahme des Normalschulfondes. — § 11. Stiftungen: Glavar'sche Stiftung. — Verleihung 13 neu kreirter Handstipendien. — Graf Engelshaus'sche adelige Stiftung. — Schellenburg'sche Stiftung. — Kaiserin Elisabeth-Invalidenresp. Armen-Stiftung. — Uebernahme der Stiftungsfonde. — Flachenfeld-Wollwitz'sches Canonicat. — § 12. Wiedererrichtung der k. k. Bezirksgerichte in Landstraß und Senožeč. — § 13. Polizeiliches: Jančberg-Affaire. — Denkschrift an die hohen Ministerien Polizeiliche Abschaffung und Schubwesen. — Gendarmerie-Organisation. — § 14. Personalien: Todesfälle. — Mandatsniederlegungen. — Wahloperate. — Besetzung von Dienstplätzen. — Bestimmung des Schriftführers. — Quiescirung des Baic. — § 15. Geschäftsbehandlung und Verwaltung im Allgemeinen: Landtagsgeschäftsordnung in slovenischer Sprache. — Oesterreich-ung. Nationalspital in Constantinopel. — Landwehradjustirung und Ausrüstung. — Veräußerung ständischer Geschütz-Ausrüstungsgegenstände. — Nachtragsforderung des Landes- und G.-E.-L.-Fondes an das Montan-Werk Idria.

Slavni deželni zbor!

Vsled 26. §. deželnega reda daje deželni odbor o svojem delovanji od poslednjega zborovanja druge dôbe deželnega zbora od 4. oktobra 1868. l. do konca avgusta 1869. l. naslednje

Sporočilo:

§. 1. Deželnega zbora poslanstvo do Njega Veličanstva.

Deželn. zbora poslanstvo do Njega Veličanstva.

Poslanstvo, ktero je kranjski deželni zbor v XXI. seji izvolil, da se v imenu kranjske dežele Njega Veličanstvu z globokim spoštovanjem zahvali za milostljivo potrjenje postave ozir železnice od Ljubljane do Beljaka, bilo je po danem cesarjevem privoljenji od 28. oktobra 1868. leta 12. decembra 1868. l. premilostljivo sprejeto od Njega c. k. apostolskega Veličanstva.* Deželni glavar, kterega je poslanstvo izvolilo si za govornika, o tem cesarjevem sprejemu v prvi seji sporoči deželnemu zboru.

§. 2. Postavodavstvo.

A. Potrjene postave in odobreni sklepi deželnega zbora.

Dež. doklade za deželne in zemljiške odveze zalog za 1868. in 1869 l.

Sklepi slavnega deželnega zbora XIX. seje 21. sept. 1868. l. ozir deželne priklade 14% za 1868. l. in 16% za 1869. l. na vse neposrednje davke brez vojskine priklade, potem 10% na vžitnino od vina, vinskega in sadnega mošta, in mesa za vsako teh dveh let za deželni zalog, kakor tudi ozir doklade 26% za 1868. l. in 24% za 1869. l. na neposrednje davke brez vojskine priklade; dalje 10% doklade na vžitnino od vina, vinskega- in sadnega mošta in mesá za vsake teh dveh let za zemljiške odveze zálog — bili so potrjeni z najvišim odlokom 22. in 28. decembra 1868. l.[1] in [2]

Občinske doklade za zidanje šol.

Z najvišim odlokom 18. januarja t. l. so Njega c. k. apostolsko Veličanstvo milostljivo potrdili sklep deželnega zbora 3. oktobra 1868. l. ozir doklad na direktne davke za zidanje šolskih poslopij in za druge občinske potrebe v Krškem, Leskovcu in Trebelnem, in sicer za šolško poslopje v Krškem za 1868. leto $74^{83}/_{100}$%, za naslednjih 5 let od 1869.—1873. l. pa $54^{42}/_{100}$%; v Leskovcu za 1868. l. $74^{45}/_{100}$% in v Trebelnem za 1868 l. 81%.[3]

Zguba pravice voliti za dež. zbor in voljenemu biti v dež. zbor.

Kazenska preiskava ali obsodba deželn. poslanca.

Z najvišim odlokom Njega c. k. apostolskega Veličanstva od 13. januarja 1869. l.[4] bila je potrjena postava I., ktero je slavni deželni zbor v XXIII. seji 29. septembra 1868. sklenil o zgubi pravice, voliti za deželni zbor in voljenemu biti v deželni zbor, kakor tudi postava II., v isti seji sklenjena o določbah za primerljeje, kedar je deželni poslanec obsojen na kazen ali pa je v kazenski preiskavi.

Prememba §§. 1. do 4. občinsk. reda (vel. občina).

C. k. deželno predsedstvo je 6. januarja t. l. št. 30/Pr. naznanilo, da je Njega c. k. apostolsko Veličanstvo z najvišim odlokom 2. januarja 1869. l.[5] potrdilo postavo, ktero je deželni zbor v XXI. seji 2. oktobra 1868. l. pretresal in sklenil o premembi §§. 1. do 4. občinskega reda od 17. februarja 1866. l. — Ta postava pa, žalibog, še ni vpeljana, in to zarad tega ne, ker še do sedaj od okrajnih glavarstev niso došla vsa sporočila

---

* Vlož. zapisn. številka 3762 in 4052 de 1868.

[1] Vlož. zapisn. številka 57.

[2] Vlož. zapisn. številka 105.

[3] Vlož. zapisn. številka 514.

[4] Vlož. zapisn. številka 381.

[5] Vlož. zapisn. številka 106.

Hoher Landtag!

In Befolgung des § 26 der Landesordnung erstattet der Landes-Ausschuß über seine Geschäftsthätigkeit seit dem Schlusse der zweiten Session der zweiten Landtagsperiode, d. i. seit dem 4. October 1868 bis Ende August d. J., nachstehenden

Rechenschaftsbericht:

§ 1. Landtags-Deputation an das Allerhöchste Hoflager.

Landtags-Deputation an das Allerh. Hoflager.

Die vom krainischen Landtage in der XXI. Sitzung zur Abstattung des ehrfurchtsvollsten Dankes des Landes Krain für die allergnädigste Sanctionirung des Gesetzes, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Laibach nach Tarvis, gewählte Landtags-Deputation wurde nach erflossener kaiserlicher Genehmigung vom 28. October 1868 von Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät am Allerhöchsten Hoflager zu Ofen am 12. December 1868 allergnädigst und huldreichst empfangen.* Der von der Deputation zum Sprecher gewählte Landeshauptmann wird über diese kaiserliche Audienz dem Landtage geziemend gleich bei dessen Eröffnung die Relation erstatten.

§ 2. Gesetzgebung.

A. Sanctionirte Gesetze und Allerh. genehmigte Landtagsbeschlüsse:

Landesumlagen für den Landes- und Grundentlastungsfond für das Jahr 1868 und 1869.

Die Beschlüsse des hohen Landtages der XIX. Sitzung vom 21. September 1868 in Betreff der Landesumlage von 14% für das Jahr 1868 und von 16% für das Jahr 1869 auf sämmtliche directe Steuern ohne Kriegszuschlag, dann von 10% zur Verzehrungssteuer vom Wein, Wein- und Obstmost und vom Fleische für jedes dieser beiden Jahre für den Landesfond, sowie in Betreff der Umlage von 26% für das Jahr 1868 und von 24% für das Jahr 1869 auf die directen Steuern ohne Kriegszuschlag, dann von 10% auf die Verzehrungssteuer vom Wein, Wein- und Obstmost und vom Fleische für jedes dieser beiden Jahre für den Grund-Entlastungsfond — wurden mit den Allerhöchsten Entschließungen vom 22. und 28. December 1868 sanctionirt. [1] und [2]

Gemeinde-Umlagen für Schulbaukosten.

Mit Allerh. Entschließung vom 18. Jänner d. J. haben Seine k. und k. Apost. Majestät die vom krainischen Landtage in der Sitzung vom 3. October 1868 beschlossenen Umlagen auf die directen Steuern zur Bedeckung von Schulhausbaukosten nebst andern Gemeindeerfordernissen für Gurkfeld, Haselbach und Trebelno, und zwar hinsichtlich des Schulgebäudes in Gurkfeld für das Jahr 1868 mit $74^{83}/_{100}$ Percent, und für die darauf folgenden fünf Jahre 1869 bis 1873 mit je $54^{42}/_{100}$ Percent; in Haselbach für das Jahr 1868 mit $74^{45}/_{100}$ Percent, und in Trebelno für das Jahr 1868 mit 81 Percent allergnädigst zu bewilligen geruht.[3]

Ausschließ. v. Wahlrechte u. der Wählbark. zum Landtage. Strafg.Unterf. oder Verurth. eines Landtgs.-Abgeord.

Mit Allerh. Entschließung Seiner k. und k. Apost. Majestät vom 13. Jänner 1869 erhielt das vom hohen Landtage am 29. September 1868 in der XXIII. Sitzung beschlossene Gesetz I., betreffend die Ausschließung von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage, dann das in derselben Landtags-Sitzung beschlossene Gesetz II., enthaltend die Bestimmungen für die Fälle, wenn ein Landtags-Abgeordneter zu einer Strafe verurtheilt wird oder in strafgerichtlicher Untersuchung sich befindet, die Allerh. Sanction.[4]

Aenderung der §§ 1—4 der Gemeindeord. (Hauptgem.)

Nach Mittheilung des k. k. Landes-Präsidiums vom 6. Jänner d. J., Z. 30/Pr., haben Seine k. und k. Apost. Majestät mit Allerh. Entschließung vom 2. Jänner 1869 dem vom h. Landtage in der XXI. Sitzung am 2. October 1868 berathenen und beschlossenen Gesetze, womit die §§ 1 bis 4 der Gemeindeordnung vom 17. Februar 1866 abgeändert werden, die Allerh. Sanction ertheilt.[5] Leider ist dieses Gesetz noch nicht in practische Wirksamkeit getreten,

---

* Exh.-Nr. 3762 und 4052 de 1868.
[1] Exh.-Nr. 57.
[2] Exh.-Nr. 105.
[3] Exh.-Nr. 514.
[4] Exh.-Nr. 381.
[5] Exh.-Nr. 106.

Prememba 6. §. obč. reda od 17. febr. 1866. l. za Kranjsko dež. in obč. reda ljublj. mesta od 9. junija 1850.

in predlogi o novih občinah, zarad tega se morajo za sedaj še odložiti nove volitve občinskih zastopov, kterim so se ravno kar iztekla tri leta.

Vsled dopisa c. k. deželnega predsedstva od 22. oktobra 1868 l. št. 1661/Pr. bili so z najvišim odlokom 15. oktobra 1868. l.[6] potrjeni sklepi deželnega zbora od 23. in 28. septembra 1868. l. ozir premembe 6. §. občinskega reda za Kranjsko deželo od 17. februarja 1866. l., in občinskega reda ljubljanskega mesta od 9. junija 1850. l.

Vpeljava obč. taks.

Postava deželnega zbora o vpeljavi občinskih taks, sklenjena v IX. seji 9. septembra 1868. l. dobila je potrditev z najvišim sklepom 3. decembra 1868. l. — Deželni odbor je vsem občinskim predstojništvom v slovenskem in nemškem jeziku razposlal naznanilo o vpeljavi in rabi te postave.[7]

Št. petersko-trnovska cesta postane okrajno-konkurentna cesta.

Vvrstitev Šent petersko-trnovske ceste med okrajne konkurentne ceste, ktero je slavni deželni zbor 3. oktobra 1868. l. v XXIII. seji sklenil, dobila je najvišo potrditev 28. decembra 1868. l.[8]

Pasji davek.

Postava v IV. seji deželnega zbora 27. avgusta 1868. l. sklenjena, vsled ktere vse občine prejmó pooblastilo, vpeljati pasji davek, bila je potrjena z najvišim sklepom od 13. decembra 1868. l.[9]

O vpeljavi pasjega davka na kmetih izdelal je deželni odbor izvrševalne veleve v slovenskem in nemškem jeziku, ktere je — pridavši jim minist. ukaz od 1859. l. št. 35592 o pasji steklini — na poljubno porabo razposlal vsem občinskim predstojnikom.[10]

Delež sirotnice pri drž. dobrod. loter.

Njega c. in k. apostolsko Veličanstvo je z najvišim sklepom 15. marca t. l.[11] milostljivo sprejelo ponižno zahvalo deželnega zbora Kranjskega iz XIV. seji 21. septembra 1868. l. za milostljivo dovoljenje prošnje, naj bi se kranjski sirotnici naklonil kakov delež od ktere bližnje dobrodelne državne loterije.

Patent o pohišni kramariji.

Ozir sklepa deželnega zbora od 14. septembra 1868. l. o prošnji nekterih občinskih predstojnikov kočevskega okraja za spremembo nekterih določeb najvišega patenta o pohišni kramariji od 4. septembra 1852. l., je visoko c. k. kupčijsko ministerstvo naznanilo c. k. deželni vladi, da se nova postava o pohišni kramariji v kratkem predloži državnemu zboru, s ktero se vstreže sklepom kranjskega deželnega zbora, da toraj za ta kratki čas do vpeljave nove postave ne kaže spreminjati postavnih določil starega patenta. Vendar pa je c. k. ministerstvo izreklo, da hoče željam kranjskega deželnega zbora in potrebam obrtnikov ustreči, kolikor se to dá po administrativni (upravni) poti.[12]

Najviši sprejem deželn. zbora obravnav 1868 l.

Z najvišim sklepom 13. januarja. t. l. je Njega Veličanstvo blagovolilo milostljivo sprejeti obravnave kranjskega deželnega zbora 1868. l. ter si pridržalo najviše potrdilo onih sklepov, kteri ga še niso prejeli.[13]

Zahvala za pomiloščenje.

Deželni odbor za svojo dolžnost spoznava deželnemu zboru na znanje dati, da so Njega Veličanstvo z najvišim sklepom od 6. marca t. l. na znanje vzeli ponižno zahvalo, ktero je deželni zbor 2. oktobra 1868. l. v imenu vojvodstva Kranjskega izrekel za najviše pomiloščenje, podeljeno z lastnoročnim pismom 20. junija 1867. l. vsem podložnikom kraljevin in dežel neogerske krone.[14]

B. Nepotrjene postave in neodobreni sklepi deželnega zbora.

Pridržavanje občeškodljiv. oseb v posilni delalnici.

Postava v deželnem zboru v XII. seji 16. septembra 1868. l. obravnavana in sklenjena o pridržavanji občeškodljivih oseb v posilni delavnici vsled naznanila c. k. deželnega predsedstva od 21. junija t. l. št. 870/Pr.[15] ni prejela najvišega potrdila zato, ker je nasproti dotičnim določbam policijskega kazenskega postavodavstva, ki spada v področje državnega zbora, in zarad določil 2. in 10. §.

Prememba §§. 12, 13, 15, 16, 32 in 37; dalje §§. 10 in 11 in §§. 3, 5, 7, 8 in 9 dež. voliln. reda.

Njega c. in k. Veličanstvo z najvišim sklepom od 19. junija t. l.[16] niso blagovolili potrditi: načrt postave I. o premembi §§. 12, 13, 15, 16, 32 in 37 deželnega volilnega reda, potem načrt postave II. o premembi §§. 10 in 11 deželnega volitvenega reda gledé najvišega sklepa 1. maja 1867. l., in načrt postave III. §§. 3, 5, 7, 8 in 9 deželnega volilnega reda gledé 7. §. osnovne postave o državnem zastopu.

Postava o šolskem nadzorstvu.

Prav tako načrt postave, v XIX. seji deželnega zbora 30. septembra 1868. l. sprejete o šolskem nadzorstvu vsled najvišega sklepa 8. februarja t. l. ni prejel potrdila, in to zarad tega ne, ker se ne vjema z bistvenimi določbami vladnega predloga.[17]

---

[6] Vlož. zapisn. številka 3934 de 1868.
[7] Vlož. zapisn. številka 4688 de 1868.
[8] Vlož. zapisn. številka 405 de 1869.
[9] Vlož. zapisn. številka 26.
[10] Vlož. zapisn. številka 3171.
[11] Vlož. zapisn. številka 1561.
[12] Vlož. zapisn. številka 1032.
[13] Vlož. zapisn. številka 331.
[14] Vlož. zapisn. številka 1249 de 1869.
[15] Vlož. zapisn. številka 2088.
[16] Vlož. zapisn. številka 2831.
[17] Vlož. zapisn. številka 888.

indem noch bis jetzt nicht die Berichte und Anträge der sämmtlichen Bezirkshauptmannschaften wegen Bildung der neuen Gemeinden eingelangt sind, weßhalb auch die Neuwahl der Gemeindevertretungen, deren 3jährige Amtsdauer eben jetzt ausläuft, vorläufig verschoben werden muß.

Aender. d. § 6 der. Gmndord. vom 17. Febr. 1866 f. Krain, u. der Gemord. f. Laibach vom 9. Juni 1850.

Laut Note des k. k. Landes-Präsidiums vom 22. October 1868, Z. 1661/Pr., wurden die hohen Landtagsbeschlüsse vom 23. und 28. September 1868, betreffend die Aenderung des § 6 der Gemeindeordnung für Krain vom 17. Februar 1866, dann der Gemeindeordnung für die Stadt Laibach vom 9. Juni 1850 mit Allerh. Entschließung vom 15. October 1868 sanctionirt.[6]

Einführung v. Gemeindetax.

Das vom hohen Landtage am 9. September 1868 in der IX. Sitzung beschlossene Gesetz, betreffend die Einführung von Gemeinde-Taxen, wurde mit Allerh. Entschließung vom 3. December 1868 sanctionirt. — Der Landes-Ausschuß erließ in slovenischer und deutscher Sprache an alle Gemeinde-Vorstände ein Circulare über die Einführung und Anwendung dieses Gesetzes.[7]

Belehrung der Gem.-Vorst. üb. Gem.-Tax.

St. Peter-Dornegger St. als Bez.-Conc.-Straße.

Die vom h. Landtage am 3. October 1868 in der XXIII. Sitzung beschlossene Einreihung der excamerirten St. Peter-Dornegger-Straße in die Kategorie der Bezirks-Concurrenz-Straßen erhielt mit der Allerh. Entschließung vom 28. December 1868 die Allerh. Genehmigung.[8]

Hundetaxe.

Das vom h. Landtage in der IV. Sitzung am 27. August 1868 beschlossene Gesetz, womit sämmtliche Gemeinden zur Einführung einer Hundesteuer ermächtigt werden, wurde mit Allerh. Entschließung Seiner k. und k. Apost. Majestät vom 13. December 1868 genehmiget.[9]

Hunde-ordnung.

Ueber die Einhebung der Hundetaxe am flachen Lande hat der Landes-Ausschuß eine Vollzugs-Vorschrift in slovenischer und deutscher Sprache ausgearbeitet, und mit derselben unter Anschluß der mit dem Erlasse des h. Ministeriums des Innern vom Jahre 1859, Z. 32592, kundgemachten Vorschriften über die Wuthkrankheit alle Gemeindevorstände zum beliebigen Amtsgebrauche betheilt.[10]

Antheil des Waisenhauses an der Staats-wohlthätigkeits-Lotterie.

Seine k. und k. Apost. Majestät haben mit Allerh. Entschließung vom 15. März d. J. den Inhalt des in der XIV. Sitzung am 21. September 1868 gefaßten Beschlusses des Landtages des Herzogthums Krain für die allergnädigste Gewährung der Bitte, daß das krainische Waisenhaus mit einem Antheile aus einer der nächsten Staatswohlthätigkeits-Lotterie bedacht werde, Seiner Majestät den ehrfurchtsvollsten Dank auszusprechen, zur Kenntniß genommen.[11]

Hausirpatent.

Ueber den h. Landtagsbeschluß vom 14. September 1868, betreffend die Petition mehrerer Gemeindevorsteher des Bezirkes Gottschee um Abänderung mehrerer Bestimmungen des Allerh. Hausirpatentes vom 4. September 1852 hat das hohe Handelsministerium der k. k. Landesregierung in Laibach mitgetheilt, daß in kürzester Frist ein neues Hausirpatent dem h. Reichsrathe zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werden wird, worin den im krainischen Landtage gefaßten Beschlüssen entsprochen werden soll; daß es daher nicht zweckmäßig erscheint, für die kurze Zeit bis zur Wirksamkeit des neuen Gesetzes Abänderungen der legislativen Bestimmungen des alten Hausirpatentes anzustreben. Dagegen hat aber das hohe Handelsministerium erklärt, den Wünschen des krainischen Landtages und den Bedürfnissen der erwerbsuchenden Bevölkerung entgegen zu kommen, insoweit es im administrativen Wege geschehen kann.[12]

Allerh. Kenntnißnahme der Landtagsverh. d. Jahres 1868.

Laut der Allerh. Entschließung vom 13. Jänner d. J. haben Seine k. und k. Apost. Majestät die Verhandlungen des krain. Landtages in der Session des Jahres 1868 zur Allerh. Kenntniß zu nehmen und sich bezüglich der der Allerh. Genehmigung zu unterziehenden Landtagsbeschlüsse die Allerh. Schlußfassung, insoweit diese nicht bereits erfolgt ist, allergnädigst vorzubehalten geruht.[13]

Danksagung für die Amnestie.

Der Landes-Ausschuß erachtet es für seine Pflicht dem hohen Landtage zur Kenntniß zu bringen, daß Seine k. und k. Apost. Majestät mit Allerh. Entschließung vom 6. März l. J. den in der Landtagssitzung vom 2. October 1868 im Namen des Herzogthums Krain beschlossenen Dankesausdruck für die mit dem Allerh. Handschreiben vom 20. Juni 1867 allen Unterthanen der nicht zur ungar. Krone gehörigen Königreiche und Länder ertheilte Amnestie allergnädigst zur Kenntniß zu nehmen geruht haben.[14]

B. Nicht sanctionirte Gesetze und nicht genehmigte Landtagsbeschlüsse.

Anhaltung gemeinschädl. Personen in der Zwangs-arbeitsanstalt.

Das vom h. Landtage in der XII. Sitzung am 16. September 1868 berathene und beschlossene Gesetz, betreffend die Anhaltung gemeinschädlicher Personen in der Zwangsarbeitsanstalt hat nach Mittheilung des k. k. Landes-Präsidiums vom 21. Juni l. J., Z. 870/Pr.[15], die Allerh. Sanction nicht erhalten, weil es den zur Competenz des Reichsrathes gehörigen diesbezüglichen Bestimmungen der Polizeistrafgesetzgebung vorgreift und in den §§ 2 und 10 unstatthafte Bestimmungen enthält.

Abänderung der §§ 12, 13, 15, 16, 32 u. 37, dann der §§ 10 u. 11, u. der §§ 3, 5, 7, 8 u. 9 der Landtags-wahlordnung

Seine k. und k. Apost. Majestät haben mit Allerh. Entschließung vom 19. Juni l. J. den vom h. Landtage in der XVIII. Sitzung am 29. September 1868 beschlossenen Gesetzentwürfen I zur Abänderung der §§ 12, 13, 15, 16, 32 und 37, dann II zur Abänderung der §§ 10 und 11 der Landtagswahlordnung mit Bezugnahme auf die Allerh. Entschließung vom 1. Mai 1867, und endlich den Gesetzentwurf III zur Abänderung der §§ 3, 5, 7, 8 und 9 der Landtagswahlordnung im Grunde des § 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung die Sanction nicht zu ertheilen geruht.[16]

Schulaufsichts gesetz.

Eben so hat auch der vom h. Landtage in der XIX. Sitzung am 30. September 1868 beschlossene Gesetzentwurf, betreffend die Schulaufsicht, laut Allerh. Entschließung vom 8. Februar d. J. wegen principiellen Abweichungen desselben von der Regierungsvorlage die Allerh. Sanction nicht erhalten.[17]

---

[6] Erh.-Nr. 3934 de 1868.
[7] Erh.-Nr. 4688 de 1868.
[8] Erh.-Nr. 405 de 1869.
[9] Erh.-Nr. 26.
[10] Erh.-Nr. 3171.
[11] Erh.-Nr. 1561.
[12] Erh.-Nr. 1032.
[13] Erh.-Nr. 331.
[14] Erh.-Nr. 1249 de 1869.
[15] Erh.-Nr. 2808.
[16] Erh.-Nr. 2831.
[17] Erh.-Nr. 888.

Solna zaloga v Ljubljani.

Z dopisom 17. februarja t. l. št. 754 se je deželni odbor, da izpelje slavnega deželnega zbora sklep 2. oktobra 1868. l., obrnil do kranjskega c. k. finančnega vodstva s prošnjo, da bi željo kranjskega deželnega zastopa zarad naprave solne zaloge v Ljublani krepko priporočilo vis. c. k. finanč. ministerstvu. Tudi do vis. c. k. ministerstva za kmetijstvo se je deželni odbor obrnil s prošnjo, da bi blagovolilo podpirati to stvar. A to ministerstvo je 5. aprila t. l. št. 1338/464 naznanilo, da vis. c. k. finančno ministerstvo gledé na solno postavo od 7. junija 1868. l. (drž. zakonik 1868. l. št. XXIII.) ni uslišalo prošnje, ker je na Kranjskem že od 1829. l. svobodna kupčija s soljo in ker se tedaj iz Trsta vsaki dan lehko dobi soli, kolikor kdo hoče.[18]

Slov. akademija prava.

O prošnji, v kteri je deželni zbor v XX. seji 1868. l. soglasno izrekel, da se v Ljubljani ustanoví akademija prava s slovenskim učnim jezikom, prejel je deželni odbor po c. k. deželnim predsedstvu po naročilu vis. c. k. ministerstva za uk naslednje rešilo:

„Ker v kraljevinah in deželah, ki imajo svoj zastop v državnem zboru, sedaj pravoslovnih akademij ni v organizmu pravo- in državoslovnih studij, zato je ta prošnja pred vsem odvisna od določbe bistvenega uprašanja, ali se taki viši posamni učiliščni zavodi sprejmó v ta organizem ali ne.

To vprašanje se da bistveno rešiti le z obravnavo, ktera se sedaj v ministerstvu za uk po zaslišbi pravo- in državnoslovnih profesorskih zborih snuje o premenu obstoječih načel ozir pravo- in državoslovnih ukov in teoretičnih državnih izpitov, oziroma o premenu sedaj veljavnega na najviši sklep od 25. septembra 1855 (drž. zakonik št. 172) oprtega učnega načrta in osnove o državnih izpitih. Izid teh obravnav se predloži ustavnim obravnavam državnega zbora.

Ministerstvo za uk na vednost jemljoč soglasni sklep deželnega zbora, do vlade obrniti se s to prošnjo, ne vidi se poklicano, pred izidom gori omenjenih obravnav kreniti na nobeno določno stran.“[19]

Načrt o ravnopravnosti slov. jezika v šole in uradnije.

Načrt postave, ktero je slavni deželni zbor sklenil 1. oktobra 1868. l. o izpeljavi načela enakopravnosti slovenskega jezika v šole in uradnije, je deželni odbor z dopisom 17. decembra 1868. l. št. 4009 odposlal c. k. deželnemu predsedstvu s prošnjo, da ga v najviše potrjenje predloži.

10. septembra t. l. pa je deželnemu odboru došel naslednji dopis c. k. deželnega predsedstva od 6. septembra t. l. št. 1258:

„Njega c. in k. apostolsko Veličanstvo vsled najvišega sklepa od 15. junija t. l. ni blagovolilo načrt postave, kterega je deželni odbor vojvodine Kranjske sklenil o izpeljavi ravnopravnosti slovenskega jezika v javnih šolah in uradih, potrditi in to na podlagi 19. §. osnovne postave od 21. decembra 1867. l. o splošnih pravicah državljanov, ker določbe, ki se nahajajo v njem ozir učnega jezika, spadajo v področje državnega zbora in so tudi že rešene z državno postavo od 14. maja 1869. l., in ker se vrh tega ne vjemajo z 19. §. osnovne državne postave o splošnih pravicah, in dalje ker je veleva ozir uradnega jezika v uradnijah predmet izvrševalne oblasti.

To imam čast. slavnemu deželnemu odboru na častiti dopis od 17. decembra 1868. l. št. 4009 naznaniti vsled ukaza gosp. ministra notranjih zadev od 2. t. m. št. 2530.“

Razlaga načrta postave o razdelitvi obč. pašnikov in menjalk.

Načrt postave, sklenjena v zadnjem deželnem zboru o razdelitvi občinskih pašnikov in menjalk je z ministerskim ukazom od 8. januarja t. l. št. 6605/M. N. vrnil se k c. k. deželnemu predsedstvu, da ga še enkrat v natančni pretres vzame in to z c. k. deželno komisijo zemljiške odveze. K temu pretresovanju je bil tudi deželni odbor prošen, da naznani, kako on umé načrt te postave. Razjasnilo se je zahtevalo zlasti o tem:

1. Ali se ima po tej postavi uradom, ki se pečajo z zemljiško odvezo, prepustiti tudi določba v pravnih točkah? — Na to vprašanje je deželni odbor odgovoril: da.

2. Ali se ima po cesarskem patentu od 5. julija 1853. l. in po dotičnem izvrševalnem navodu ravnati pri razdelitvi občinskih pašnikov in menjalk vsled te postave in to v meritoričnem in formalnem oziru? — Tudi tej točki je deželni odbor pritrdil izvzemši edino prvi oddelek 11. §. omenjenega patenta.

3. Ali izvrševalne stroške plačajo oni, kterih se tiče razdelitev, ali dežela? Temu vprašanju je deželni odbor odgovoril: neposrednje (direktivne) stroške plačajo stranke, vse druge pa dežela.

Deželni odbor je ta razjasnila že 23. februarja 1869. l. oddal z odpisom, v kterem je prosil c. k. deželno predsedstvo, da blagovoli krepko podpirati kranjskega deželnega odbora prošnjo za potrjenje tega načrta postave; vendar do danes ni rešena ta stvar.

Prememba 4. § postave o najdencih se odvrne.

Vsled sklepa deželnega zbora od 2. oktobra 1868. l. je deželni odbor visoko c. k. vlado prosil,[20] naj bi se premenil 4. §. državne postave od 29. februarja 1868. l. o stroških javnih najdenišnic.

---

[18] Vlož. zapisn. številka 1619.
[19] Vlož. zapisn. številka 1395.
[20] Vlož. zapisn. številka 1902.

Salzniederlage in Laibach.

Mit Zuschrift vom 17. Februar l. J., Z. 754, hat sich der Landes-Ausschuß in Vollziehung des h. Landtagsbeschlusses vom 2. October 1868 an die krain. k. k. Finanz-Direction mit dem Ersuchen gewendet, den Wunsch der krain. Landesvertretung wegen Errichtung einer Salzniederlage in Laibach dem h. Finanz-Ministerium zur Kenntniß zu bringen und kräftigst zu unterstützen. Auch an das h. Ackerbau-Ministerium hat der Landes-Ausschuß die Bitte um dessen kräftige Unterstützung dieser Angelegenheit gestellt. Nach Mittheilung des h. Ackerbau-Ministeriums vom 5. April l. J., Z. 1338/464, hat das h. Finanz-Ministerium unter Hinweisung auf das Salzgesetz vom 7. Juni 1868 (R. G. Bl. 1868, XXIII) dem gestellten Antrag keine Folge gegeben, da im Kronlande Krain bereits seit dem Jahre 1829 der Salzfreihandel besteht, und überdies gegenwärtig von Triest aus täglich durch die Eisenbahn beliebige Salzquantitäten bezogen werden können.[18]

Slovenische Rechts-Academie.

Ueber die in der XX. Landtagssitzung vom Jahre 1868 einhellig ausgesprochene Bitte wegen Errichtung einer Rechtsacademie in Laibach mit slovenischer Unterrichtssprache ist dem Landes-Ausschusse vom k. k. Landes-Präsidium über Aufforderung Seiner Excellenz des Herrn Ministers für Cultus und Unterricht Folgendes eröffnet worden:

„Nachdem in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern dermalen Rechtsacademien eine dem Organismus des rechts- und staatswissenschaftlichen Studiums fremde Institution sind, so hängt eine solche Bitte vor Allem von der Erörterung und Entscheidung der principiellen Frage ab, ob derlei höhere Special-Unterrichtsinstitute in Zukunft überhaupt in diesen Organismus aufzunehmen sein werden.

Diese Frage kann nur im Zusammenhange mit der Verhandlung erörtert und principiell entschieden werden, welche dermalen im Schooße des Unterrichts-Ministeriums nach gepflogenem Einvernehmen mit den rechts- und staatswissenschaftlichen Professoren-Collegien über die Revision der bezüglich der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien und der theoretischen Staatsprüfungen bestehenden Einrichtungen, beziehungsweise über die Revision des dermalen geltenden, auf der Allerhöchsten Entschließung vom 25. September 1855, (R. G. Bl. Z. 172), basirten Studienplanes und Staatsprüfungs-Sistems gepflogen, und deren Resultate der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen sein werden.

Indem das Ministerium für Cultus und Unterricht von dem einhelligen Beschlusse des Landtages, oberwähntes Ansinnen an die Regierung zu richten, Kenntniß nimmt, kann es sich seinerseits nicht für berufen ansehen, den Resultaten der oben erwähnten Verhandlung in einer bestimmten Richtung vorzugreifen."[19]

Gesetzentwurf, betreffend die Gleichberechtigung der slov. Sprache in Schule und Amt.

Der vom hohen Landtage am 1. October 1868 beschlossene Gesetzentwurf wegen Durchführung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der slovenischen Sprache in Schule und Amt wurde vom Landes-Ausschusse mit Zuschrift vom 17. December 1868, Z. 4009, an das k. k. Landes-Präsidium zur höhern Vorlage desselben Behufs Erwirkung der Allerh. Sanction geleitet.

Am 10. September v. J. erhielt der Landes-Ausschuß von dem k. k. Landes-Präsidium nachstehende Note ddo. 6. September d. J., Z. 1258/Pr.

„Seine k. und k. Apostolische Majestät fanden laut Allerhöchster Entschließung vom 15. Juni d. J. dem vom Landtage des Herzogthumes Krain beschlossenen Gesetzentwurfe zur Durchführung der Gleichberechtigung der slovenischen Sprache in den öffentlichen Schulen und Aemtern auf Grund des § 19 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger die Sanction nicht zu ertheilen, weil die darin enthaltenen Bestimmungen in Betreff der Unterrichtssprache, als zur Competenz des Reichsrathes gehörig, auch durch das Reichsgesetz vom 14. Mai 1869 ihre Erledigung gefunden und überdies mit Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte nicht im Einklange stehen, ferner weil die Anordnungen in Betreff der Amtssprache der Behörden, Gegenstand der Vollzugsgewalt sind.

Hievon beehre ich mich dem löblichen Landes-Ausschusse mit Bezug auf die geschätzte Zuschrift vom 17. December v. J., Z. 4009, in Folge Erlasses des Herrn Ministers des Innern ddo. 2. d. M., Z. 2530/M. J., die Mittheilung zu machen."

Erläuterung des Gesetzentwurfes über die Vertheilung der Gemeinde-Hutweiden und der Wechselgründe.

Der vom h. Landtage in der letzten Session beschlossene Gesetzentwurf über die Vertheilung der Gemeinde-Hutweiden und der Wechselgründe ist mit dem Ministerial-Erlasse vom 8. Jänner d. J. Z. 6605/M. J. zur eingehendern Begutachtung im Einvernehmen mit der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Landescommission an das k. k. Landes-Präsidium zurückgelangt, von welchem auch der Landes-Ausschuß um Bekanntgabe seiner Auffassung dieses Gesetzentwurfes ersucht wurde. Insbesondere wurden über folgende wesentliche Momente nähere Erörterungen abverlangt:

1. Ob nach dem Gesetzentwurfe auch die Entscheidung streitiger Rechtspunkte den mit der Grundlasten-Ablösung und Regulirung betrauten Organen zu übertragen sei? — Diesen Fragepunkt hat der Landes-Ausschuß bejahend beantwortet.

2. Ob das kaiserl. Patent vom 5. Juli 1853 nebst den bezüglichen Durchführungs-Instructionen bei der Vertheilung der Gemeinde-Hutweiden und der Wechselgründe nach dem Gesetzentwurfe in meritaler und formeller Beziehung anwendbar sei? — Auch diesen Punkt hat der Landes-Ausschuß bejahend erläutert, mit einziger Ausnahme des I. Absatzes des § 11 des zitirten Patentes.

3. Ob die Durchführungskosten die Parteien oder das Land zu tragen haben? Ueber diesen Punkt gab der Landes-Ausschuß seine Erklärung dahin ab, daß die Parteien nur die ihnen directivmäßig zur Last fallenden Durchführungskosten zu tragen haben, alle andere aber sind vom Lande zu übernehmen.

Wiewohl der Landes-Ausschuß diese Erklärungen schon mit der Zuschrift vom 23. Februar d. J. Z. 332 abgegeben und das k. k. Landes-Präsidium ersucht hat, die Bitte der krainischen Landes-Vertretung um Erwirkung der Allerh. Sanction des fraglichen Gesetzentwurfes nachdrücklichst zu unterstützen, so ist doch die Erledigung dieses Gegenstandes bisher noch nicht erfolgt.

Ablehn. der Aenderung des § 4 des Findelgesetzes.

Nach Weisung des hohen Landtags-Beschlusses vom 2. October 1868 ist der Landes-Ausschuß bei der hohen Regierung um die Aenderung des § 4 des Reichsgesetzes vom 29. Februar 1868, betreffend die Kosten der öffentlichen Findelanstalten, eingeschritten.[20]

[18] Exh.-Nr. 1619.
[19] Exh.-Nr. 1395.
[20] Exh.-Nr. 1902.

Te prošnje vis. c. k. ministerstvo notranjih zadev ni uslišalo, ker je dotična postava še le lansko leto bila po natančnem pretresovanji sklenjena v državnem zboru, ker razun kranjskega zbora noben drug deželni zbor, zbran jeseni 1868. l., ni ugovarjal temu §., in ker obseg tega §. ne ovira premeniti postavo o najdenstvu na Kranjskem, ker njegove določbe, vsled kterih se povračilo ne sme zahtevati od domovinske občine najdenega otroka, tičejo le stroške za oskrbovanje dotičnega otroka v najdenišnici druge dezele.[21]

Raba slov. jezika pri c. k. sodnijah.

O sklepu slavnega deželnega zbora od 2. oktobra 1868. l. ozir rabe slovenskega jezika pri c. k. sodnijah na Kranjskem, kterega je deželni odbor vis. c. k. ministerstvu pravosodstva dal na znanje, došel je deželnemu odboru nasledni odpis gosp. pravosodnjega ministra od 4. junija 1868. l. št. 6299:

„Ministerstvo za pravosodje bi vsled častitega dopisa od 13. februarja 1869. l. št. 749 spoznalo za dolžnost, sodnije na Kranjskem opomniti na natančno spolnovanje ukazov o rabi slovenskega jezika pri sodnijah, in tudi nadsodniji v Gradcu z nova naročiti, da pazi o spolnovanji teh ukazov, ako bi mu bile došle kakove pritožbe, da se ne spolnujejo ti ukazi, ali ako bi se bile po imenu naznanile sodnije, ki ne spolnujejo teh ukazov.

Ker pa takih pritožeb ni bilo od nobene strani in ker se pravosodnjemu ministerstvu po imenu ni naznanila nobena sodnija, ktera ne bi spolnovala teh ukazov, zato pravosodnje ministerstvo, ktero brez vzroka ne more dvomiti o natančnem spolnovanji dolžnosti sodnij, nima razloga, spolnovanje obstoječih ukazov zatrjevati sodnijam niti prve niti više stopinje.

Še manj pa je moč ukazati, da se zatoženec, ako je zmožen le slovenskega jezika, tudi zagovarja v slovenskem jeziku, kajti po določbah obstoječega kazenskega reda si zatoženec svobodno voli svojega zagovornika, in ta volitev ni odvisna od pogoja, da mora zagovornik zmožen biti zatoženčevega jezika. K temu se dodaja, da se morajo vsi odvetniki (advokati) nadsodnijskega okraja brez ozira na njihovo znanje jezikov vpisati v imenik zagovornikov, in da privoljenje zagovarjanja odvetnikov po odvetniškem redu obsega vsa kraljestva in dežele, zastopane v državnem zboru.

Vsled ukaza, ki ga želi deželni odbor, bila bi ne le zatožencem kračena svobodna volitev njihovih zagovornikov, ampak tudi odvetnikom pravica ozir izvrševanja njihovega zagovarjanja, in to bi mnogokrat dalo priliko, da bi se svobodno izvoljeni ali poklicani zagovorniki bremena zagovarjanja odpovedali, češ, da zadosti ne znajo slovenskega jezika.

Da se pa vendar kolikor moč ustreže željam deželnega odbora, ob enem pravosodnje ministerstvo ukazuje, da se Kranjske sodnije pri uradni volitvi zagovornikov ozirajo na to, da so zagovorniki zmožni jezika zatoženčevega, da toraj morejo zatoženca zagovarjati v njegovem jeziku.

Do daljnih ukazov pa ministerstvo vsled obstoječih postav nima oblasti.“[22]

Raba slov. jezika pr. c. k. okrajnih glavarstvih.

Deželni odbor je od c. k. deželnega predsedstva na dopis, s kterim mu je na znanje dal slavnega deželnega zbora sklep od 2. oktobra 1868. l. o rabi slovenskega jezika pri c. k. okrajnih glavarstvih, prejel naznanilo, da so se vsa c. k. okrajna glavarstva opomnila dotičnih ukazov deželnega predsedstva od 23. avgusta in 20. septembra 1867. l. št. 2229 in 2450 in da se bode, kolikor sega v področje deželne vlade, vedno pazilo na to, da se v tem oziru na tanko zadostuje obsteječim velevam.[23]

Nova volitev deželnega poslanca za Postojno, Lož, in Vrhniko je odložena.

Z ozirom na 2. točko, sklepa deželnega zbora v VIII. seji 1868. l. storjenega se slavnemu deželnemu zboru naznanja, da se je vsled sporočila c. k. deželnega predsedstva od 19. aprila 1869. l. št. 526/Pr. nova volitev poslanca za Postojno, Lož in Vrhniko začasno odložila vsaj do tistega časa, da se z nova osnujejo vélike občine in oziroma izvolijo nova občinska predstojništva.

Dotični dopis[24] c. k. deželnega predsedstva se od besede do besede glasí tako-le:

„Ker so bili volilniki, na kterih podlagi je bil Alojzij Mulej v kranjski deželni zbor izvoljen za poslanca popolnoma po postavi narejeni, zato nisem v stanu pritrditi častnemu dopisu od 27. marca 1869. l. št. 3529, kolikor meri na to, da se ozir volitve poslanca spremené dotični volilniki, ker vladi nikakor ni moč odstopiti od obstoječih postavnih določeb, dokler se te ne spremené po ustavni poti, kar sem že v svojem razjasnilu v deželnega zbora seji 5. septembra 1868. l. določno izgovoril in poudarjal.

Toraj sedaj res ne ostane nič druzega, nego novo volitev z ozirom na to, da bi na prejšnjih podlagah bila brez vspeha, po lastnem mnenju slavnega deželnega odbora začasno, in ker postava, v poslednjem deželnem zboru sprejeta o premembi 12. 13. 15. 16. 32. in 37. §. deželnega volitvenga reda še ni dobila najviše potrditve, saj dotlé odloži, da se po postavi 2. januarja 1869. l. ustanové vélike občine oziroma izvolijo nova občinska predstojništva, kajti še le potem je mogoče, na Vrhniki narediti tri volitne razrede in tako izogniti se temu navskrižju.

---

[21] Vlož. zapisn. številka 2341.
[22] Vlož. zapisn. številka 3537
[23] Vlož. zapisn. številka 1016.

Diesem Einschreiten wurde vom hohen Ministerium des Innern keine Folge gegeben, weil das fragliche Gesetz erst im vorigen Jahre nach eingehender Berathung des Reichsrathes zu Stande gekommen ist, gegen den § 4 desselben von keinem der im Herbste 1868 versammelten Landtage, außer jenem von Krain, eine Einwendung erhoben wurde, und weil endlich der Inhalt dieses Paragraphes der angestrebten Reform des Findelwesens in Krain um so weniger entgegensteht, als die darin enthaltene Bestimmung, wornach eine Uebertragung des Ersatzes auf die Heimatgemeinde des Kindes unstatthaft ist, sich nur auf jene Kosten bezieht, welche für die Verpflegung des betreffenden Kindes in der Findel-Anstalt eines andern Landes auflaufen.[21]

Gebrauch der slov. Sprache bei den k. k. Gerichts-Beh.

Ueber den dem h. k. k. Justiz-Ministerium zur Kenntniß gebrachten Beschluß des hohen Landtages vom 2. October 1868, betreffend den Gebrauch der slovenischen Sprache bei den k. k. Gerichtsbehörden in Krain ist dem Landes-Ausschusse folgende Zuschrift des Herrn Justiz-Ministers vom 4. Juni 1869, Z. 6299, zugekommen:

„Das Justiz-Ministerium würde in Folge der geehrten Zuschrift vom 13. Februar d. J., Z. 749, sich verpflichtet halten, die Gerichtsbehörden in Krain an die genaue Befolgung der über den Gebrauch der slovenischen Sprache bei Gericht bestehenden Vorschriften zu erinnern, und auch das Oberlandesgericht in Graz zur Ueberwachung der Befolgung dieser Vorschriften neuerdings anzuweisen, wenn bisher irgendwelche Beschwerden über die Nichtbefolgung dieser Vorschriften vorgekommen, oder doch jene Gerichte namhaft gemacht worden wären, welche die Befolgung dieser Vorschriften unterlassen.

Da jedoch solche Beschwerden bisher von keiner Seite erhoben wurden, und dem Justiz-Ministerium kein Gericht namhaft gemacht wurde, welches die Befolgung dieser Vorschriften außer Acht lassen würde, so kann sich das Justiz-Ministerium, welches die genaue Pflichterfüllung von Seite der Gerichte ohne Grund nicht in Zweifel ziehen kann, nicht veranlaßt finden, die Befolgung bestehender Vorschriften den Gerichten I. oder höherer Instanz einzuschärfen.

Noch weniger aber ist es thunlich, die Anordnung zu erlassen, daß bei den Schlußverhandlungen, wenn der Angeklagte nur der slovenischen Sprache mächtig ist, auch die Vertheidigung in slovenischer Sprache geführt werde, denn nach den Bestimmungen der geltenden Strafprozeßordnung steht dem Angeklagten die Wahl seines Vertheidigers frei, und diese Wahl ist nicht von der Bedingung abhängig, daß der Vertheidiger der Sprache des Angeklagten kundig sein müsse, wozu kömmt, daß die jährlich anzulegende Vertheidigerliste alle Advocaten des oberlandesgerichtlichen Sprengels ohne Rücksicht auf ihre Sprachkenntnisse zu umfassen hat und die Befugniß der Advocaten zur Vertretung sich nach der Advocatenordnung auf alle im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder erstreckt.

Durch die vom löblichen Landes-Ausschusse gewünschte Anordnung würde daher ebensowohl eine Beeinträchtigung der Clienten in der freien Wahl ihrer Vertheidiger, als auch der Advocaten in der Ausübung ihrer Befugnisse eintreten, und vielfach Anlaß gegeben werden, daß gewählte oder ernannte Vertheidiger wegen angeblich ungenügender Kenntniß der slovenischen Sprache die Last der Vertheidigung ablehnen.

Um jedoch den Wünschen des löblichen Landes-Ausschusses nach Thunlichkeit zu entsprechen, ordne das Justiz-Ministerium unter Einem an, daß die Gerichte in Krain bei der Wahl der von Amtswegen zu bestellenden Vertheidiger darauf Bedacht nehmen, daß der Vertheidiger der Sprache des Angeklagten mächtig sei, um auch die Vertheidigung bei der Schlußverhandlung in der Sprache des Angeklagten führen zu können.

Zu einer weitern Anordnung halte sich aber das Justiz-Ministerium auf Grund der bestehenden Gesetze nicht für ermächtigt."[22]

Gebrauch der slov. Sprache bei den k. k. Bezirkshauptmannschaften.

Der Landes-Ausschuß hat vom k. k. Landes-Präsidium auf die an dasselbe zufolge hohen Landtagsbeschlusses vom 2. October 1868 gerichtete Zuschrift in Betreff des Gebrauches der slovenischen Sprache bei den k. k. Bezirkshauptmannschaften die Mittheilung erhalten, daß die den Gebrauch der slovenischen Sprache betreffenden Landes-Präsidial-Erlässe vom 23. August und 20. September 1867, Z. 2229 und 2450, sämmtlichen k. k. Bezirkshauptmannschaften zur genauen Befolgung in Erinnerung gebracht wurden, und daß stets darauf gesehen werden wird, daß den in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften, soweit die Competenz der Landesregierung reicht, allseitig volle Rechnung getragen wird.[23]

Verschiebung der Neuwahl eines Landtags Abg. f. Adelsb. Laas u. Oberlaibach.

Mit Bezug auf den Punkt 2 des Beschlusses der VIII. Landtags-Sitzung vom Jahre 1868 wird dem hohen Landtage zur Kenntniß gebracht, daß zufolge Eröffnung des k. k. Landes-Präsidiums vom 19. April 1869, Z. 526/Pr., die Neuwahl eines Landtags-Abgeordneten für Adelsberg, Laas und Oberlaibach einstweilen, wenigstens bis zur Activirung der eben in der Neuconstituirung begriffenen Hauptgemeinden, und rücksichtlich bis zur bevorstehenden Neuwahl der Gemeindevertretungen verschoben wird.

Die diesbezügliche Note des k. k. Landes-Präsidiums lautet wörtlich:

„Nachdem die Wahllisten, auf deren Grund Alois Muley als Abgeordneter in den krainischen Landtag gewählt wurde, in vollkommen legaler Art zu Stande kamen, so bin ich nicht in der Lage auf das schätzbare Ansinnen vom 27. März 1869, Z. 3529, insoweit es eine Aenderung der gedachten Wahllisten behufs der Vornahme einer Abgeordnetenneuwahl bezielt, einzugehen, weil irgend ein Abgehen von bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, so lange diese selbst nicht im verfassungsmäßigen Wege abgeändert werden, für die Organe der Regierung, wie ich dies schon in meiner Erklärung in der Landtagssitzung vom 5. September 1868 ganz bestimmt auszusprechen und zu betonen die Ehre hatte, absolut unzulässig erscheint.

Es bleibt also vor der Hand allerdings nichts anderes übrig, als die Neuwahl, wenn man von einer aussichtslosen Erneuerung auf den frühern Grundlagen absieht, nach der eigenen Andeutung des löbl. Landes-Ausschusses einstweilen, da das in der letzten Landtagssession votirte Gesetz wegen Aenderung der §§ 12, 13, 15, 16, 32 und 37 der Landtagswahlordnung noch nicht die Allerh. Sanction erhielt, wenigstens bis zur Activirung der eben in der Neuconstituirung nach dem Gesetze vom 2. Jänner 1869 begriffenen Hauptgemeinden und rücksichtlich bis zur bevorstehenden Neuwahl der Gemeindevertretungen zu verschieben, welche auch die Eventualität der Bildung von drei Wahlkörpern in Oberlaibach und dadurch die Möglichkeit der Behebung des Conflictes in sich schließt.

---

[21] Exh.-Nr. 2341.
[22] Exh.-Nr. 2587.
[23] Exh.-Nr. 1016.

Zoper odložitev nove volitve nimam nobenega ugovora, to tem manj, ker sprevidim, da je vlada s tem, da se ostro drži postave, obvarovana vsakega utrjenega očitanja, češ, da je tudi ona kriva napake, da volitni postojnsko-ložko-vrhniški okrog trgov in mest v deželnem zastopu nima svojega poslanca.“[24]

§. 3. Zemljiški davek.

Izvrševaje sklep slavnega deželnega zbora od 2. oktobra 1868. l. obrnil se je deželni odbor do vis. c. k. deželnega predsedstva s prošnjo, da dela na to, da tako c. k. finančno vodstvo, kakor tudi c. k. okrajna glavarstva v vseh okrajih enakomerno spolnujejo najviši sklep od 31. decembra 1864. l., s kterim je Njega Veličanstvo milostljivo dovolilo, da se Kranjski deželi zarad preobloženje vsako leto odpiše nekoliko zemljiškega davka, in da ti uradi, kar moč, kmalu predložé dotične nasvete, koliko in komu se ima odpisati kaj zemljiškega davka.

Odpis davkov.

C. k. finančno ministerstvo je z ukazom od 16. maja t. l. št. 3570 kranjski deželi za 1867. l. dovolilo, da se zarad slabe letine odpiše nekoliko zemljiškega davka; in ta odpisan davek po izkazu, kterega je predsedstvo c. k. finanč. vodstva naznanilo z dopisom 27. maja t. l. št. 494[25], znaša 31.668 gld. 44½ kr. zemljiškega davka s tretjinsko in vojskino priklado vred. — Vrh tega se je zaostalih davkov pozneje odpisalo 5 gld. 25 kr. za 1865. l. in 14 gld. 99 kr. za 1866. leto.

Zarad preobloženja z davki se menda za 1867. l. celó nič zemljiškega davka ni odpisalo Kranjski deželi.

Dovoljeni odpis se menda opira na slabe letine, t. j. na sploh veljavno postavno določbo, vsled ktere se ima o uimah zemljiški davek odpisati ali ves, ali njega dve tretjini ali le ena tretjina, kakor je uima veča ali manjša.

Jako verjetno je, da so niži uradovi c. k. finančnemu ministerstvu predloge o odpisu zemljiških davkov, naši deželi dovoljenem, stavili le ali zarad dokazanih uim ali zato, ker se ne dajo iztirjati. — Zlasti treba povdarjati, da so se 1867. l. izmed 29 davkovskih okrajev davki odpisavali le v naslednjih 13 davkovskih okrajih: v postonjskem, bistriškem, idrijskem, kranjskogorskem, ložkem, metliškem, planinskem, radoliškem, novomeškem, žužemberškem, trebanskem, črnomaljskem in ipavskem. Za 1866. l. bile so te davkovske olajšave privoljene v vseh davkovskih okrajih razun kočevskega, ribniškega in ljubljanske okolice.

Primerjaje davkovske olajšave 1866. l. z 126.124 gld. 20½ kr. z odpisi davkov za 1867. leto 31.668 gld. 44½ kr. pokaže se razloček z 94.455 gld. 76 kr.

Ta neznansko veliki razloček v davkovskih odpisih za 1866. in 1867. leto že sam po sebi pelje do sklepa, da ali niži uradovi, oziroma c. k. finančno vodstvo, za 1867. l. niso večih zneskov predlagali c. k. fin. ministerstvu, ali pa misel, da več nima veljave najviši sklep od 31. decembra 1864. l., ki je bil dan pod prejšnjo vladno osnovo.

Odpis zemljiškega davka za 1867. l. je c. k. finančno ministerstvo dovolilo še le 16. maja 1869. l., onega za 1868. l. pa še celó ne, zato je popolnoma opravičena misel, ktero je deželni odbor v svojem sporočilu za 1866. l. na 11. strani izrekel, misel, da se najviši sklep od 31. decembra 1864. l. še ne izpeljuje niti v svoji tesnejši razlagi vis. c. k. finančnega ministerstva, niti po navodu, kterega je to ministerstvo dalo nižim uradom, v tem namreč, da bi se že v začetku vsakega leta davkovski zneski, ki so znani iz stalnega preobloženja z davki in se imajo odpisati, odločijo od skupno predpisanega davka in posebe zaznamvajo, oziroma, da se ti zneski ne pobirajo, zlasti s silo ne.

Realne izvršbe zarad zaostalih davkov.

Najtrdnejši dokaz, da je naša dežela preobložena z davki, je pač sporočilo[26] c. k. okrajnega glavarstva krškega od 30. decembra 1868. l. št. 6689 do c. k. deželnega predsedstva o realnih izvršbah zarad davkovskih zaostankov v krškem okraji. — V zedinjenem okraji kostanjeviško-krškem bilo je namreč konec 1868. l. v realni izvršbi zarad zaostalih davkov 142 posestev, med njimi 12 zarad napák v davkarskih izkazih o zastankih.

C. k. okrajni glavar krški brez ovinkov izreka strah, da se posestva gledé toliko realnih izvršb morajo prodajati pod pravo ceno; s tem se pa izpodkopava realni kredit in mnogim družinam perti pogin. Gospod okrajni glavar izreka, da je on v takih primerljejih za to, da se realne izvršbe kar koli moč malo kedaj napeljejo, ali da se po postavodavstvenem poti odpravijo, ter prosi, naj bi se davki odpisali v vsem krškem okraji.

Tolikonj veče čudo je toraj, da se na krški okraj kar nič ni oziralo pri odpisanji davkov za 1867. l., da-si tudi je deželni odbor v dopisu do predsedstva c. k. finančnega vodstva od 27. februarja 1869. l. št. 831 krepko podpiral nasvet krškega okrajnega glavarja, da se imanovanemu okraju odpiše kaj zemljiškega davka.

Deželni odbor deželnemu zboru prepušča preudarek, ali je in kaj je dalje storiti v važni tej zadevi, ki tako globoko sega v blagostan naše dežele.

---

[24] Vlož. zapisn. številka 1874 de 1869.
[25] Vlož. zapisn. številka 2553.
[26] Vlož. zapisn. številka 831.

Ich kann gegen diese Verschiebung der Neuwahl um so weniger einen Anstand haben, als ich die Regierung durch das strenge Festhalten am Gesetze vor jedem gegründeten Vorwurfe der Mitschuld an dem Fortbestande der Unzukömlichkeit, daß der Wahlbezirk der Städte und Märkte Adelsberg, Oberlaibach und Laas in der Landesvertretung nicht repräsentirt erscheint, gewahrt sehe."[24]

§ 3. Grundsteuer.

In Vollziehung des hohen Landtagsbeschlusses vom 2. October 1868 hat sich der Landes-Ausschuß an das h. k. k. Landes-Präsidium um dessen Einwirkung gewendet, daß sowohl von der k. k. Finanz-Direction, als auch von den k. k. Bezirkshauptmannschaften die Allerh. Entschließung vom 31. December 1864 in Betreff der dem Lande Krain allergnädigst bewilligten periodischen Grundsteuernachlässe aus dem Titel der Ueberbürdung genau und in allen Bezirken gleichmäßig befolgt werde, und daß von diesen Behörden die bezüglichen Anträge, wie viel und wem etwas an der Grundsteuer nachzulassen sei, jährlich möglichst bald zur Vorlage gebracht werden.

Steuernachlässe.

Der dem Lande Krain mit dem Finanz-Ministerial-Erlasse vom 16. Mai d. J., Z. 3570, für das Jahr 1867 aus dem Titel der Mißernte bewilligte Grundsteuernachlaß beträgt laut des vom Präsidium der k. k. Finanz-Direction mit Note vom 27. Mai d. J., Z. 494,[25] mitgetheilten Ausweises 31.668 fl. 44½ kr. an Grundsteuer sammt Drittel- und Kriegszuschlag; nebstdem aber noch nachträglich an Steuerrückstand 5 fl. 25 kr. für das Jahr 1865 und für das Jahr 1866 14 fl. 99 kr.

Aus dem Titel der Ueberbürdung scheint unserm Lande für das Jahr 1867 kein Steuernachlaß bewilligt worden zu sein.

Der bewilligte Nachlaß scheint sich auf Mißernten respective auf die allgemein giltige gesetzliche Bestimmung zu gründen, nach welcher bei Elementarschäden je nach ihrer Ausdehnung und Intensität die Grundsteuer entweder ganz oder zu ⅔ oder ⅓ derselben abzuschreiben ist.

Es hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, daß der ganze unserm Lande für das Jahr 1867 bewilligte Grundsteuernachlaß von den Unterbehörden nur theils wegen constatirter Elementarschäden, theils wegen Uneinbringlichkeit der Steuerbeträge beim h. k. k. Finanz-Ministerium in Antrag gebracht wurde. — Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß für das Jahr 1867 unter 29 Steuerbezirken nur in folgenden 13 ein Grundsteuernachlaß bewilligt wurde, nämlich im Steuerbezirke Adelsberg, Feistritz, Idria, Kronau, Laas, Möttling, Planina, Radmannsdorf, Rudolfswerth, Seisenberg, Treffen, Tschernembl, Wippach. Für das Jahr 1866 wurden aber, mit Ausnahme der Steuerbezirke Gottschee und Reifnitz und der Stadt Laibach, in allen übrigen Steuerbezirken Grundsteuernachlässe bewilliget.

Vergleicht man aber die für das Jahr 1866 bewilligte Steuernachlaßsumme pr. 126.124 fl. 20½ kr., mit der für das Jahr 1867 bewilligten pr. 31.668 fl. 44½ kr., so ergibt sich ein Unterschied von 94.455 fl. 76 kr.

Diese erstaunlich große Differenz in den Steuernachlässen der beiden Jahre 1866 et 1867 führt unwillkührlich zur Schlußfolgerung, daß entweder von den untergeordneten Behörden respective von der k. k. Finanz-Direction für das Jahr 1867 keine größere Nachlaßsumme beim h. k. k. Finanz-Ministerium beantragt wurde, oder daß die unter dem frühern Regierungssystem ergangene Allerh. Entschließung vom 31. December 1864 jetzt nicht mehr für bindend gehalten wird.

Da der Grundsteuernachlaß für das Jahr 1867 vom h. k. k. Finanz-Ministerium erst am 16. Mai 1869, für das Jahr 1868 aber noch gar nicht bewilligt worden ist, so erscheint die vom Landes-Ausschusse in seinem Rechenschaftsberichte für das Jahr 1866 auf Seite 11 geäußerte Besorgniß vollkommen gerechtfertiget, daß die Allerh. Entschließung vom 31. December 1864 nicht einmal in der ihr vom h. k. k. Finanz-Ministerium gegebenen einschränkenden Auslegung, und nicht nach der von demselben den Unterbehörden ertheilten Weisung zur Durchführung gelangt, nämlich, daß schon am Beginne eines jeden Jahres die aus dem stabilen Momente der Steuerüberbürdungen bekannten und jedenfalls in Abschreibung zu bringenden Steuerquoten aus der Gesammtsteuervorschreibung ausgeschieden und vorgemerkt, beziehungsweise, daß diese Quoten nicht eingehoben würden, und namentlich nicht mit Anwendung von Zwangsmaßregeln.

Real-Execut. wegen Steuer-Rückständen.

Den sprechendsten Beweis hinsichtlich der Steuerüberbürdung unseres Landes liefert wohl der von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Gurkfeld an das k. k. Landes-Präsidium am 30. December 1868, Z. 6689, erstattete Bericht[26] über Real-Executionen wegen Steuerrückständen im Bezirke Gurkfeld. — Im vereinigten Bezirke Landstraß - Gurkfeld befanden sich nämlich mit Schluß des Jahres 1868 wegen rückständiger Abgaben 142 Realitäten in der Real-Execution, darunter 12 wegen Unrichtigkeit der steuerämtlichen Rückstandsausweise.

Der k. k. Bezirkshauptmann von Gurkfeld spricht rückhaltslos die Befürchtung aus, daß bei so zahlreichen Real-Executionen auch Verkäufe unter dem wahren Werthe stattfinden müssen, wodurch der Real-Credit erschüttert und die Existenz einer großen Anzahl Familien bedroht wird. Der Herr Bezirkshauptmann erklärt sich für solche Fälle für die Herabsetzung der Real-Executionskosten auf das möglichst geringe Maß oder für gänzliche Aufhebung derselben im Gesetzgebungswege, und stellt die Bitte auf Gewährung einer Steuerabschreibung für den ganzen Bezirk Gurkfeld.

Es ist sich daher um so mehr zu verwundern, daß der Bezirk Gurkfeld bei der Bewilligung des Grundsteuernachlasses für das Jahr 1867 ganz unberücksichtiget geblieben ist, wiewohl auch der Landes-Ausschuß in seiner Note an das löbl. k. k. Finanz-Directions-Präsidium vom 27. Februar d. J., Z. 831, im Sinne des Antrages des Bezirkshauptmannes von Gurkfeld die Bewilligung einer umfassenden Steuerabschreibung für den genannten Bezirk wärmstens befürwortet hat.

Der Landes-Ausschuß überläßt es dem Ermessen des hohen Landtages, ob und welche weitern Schritte in dieser höchst wichtigen in den Wohlstand des Landes tiefeingreifenden Angelegenheit einzuleiten wären.

[24] Exh.-Nr. 1874 de 1869.
[25] Exh.-Nr. 2553.
[26] Exh.-Nr. 831.

Na vprašanje gosp. finanč. ministra od 11. julija 1868. l. št. 19328,* iz koliko udov naj se sestavi kranjska deželna komisija za uredbo zemljiškega davka v smislu 8. §. postave od 24. maja 1869. l. (državni zakonik št. 88), odgovoril je deželni odbor, naj šteje 10 udov.

Prememba zemljiških knjig (grunt. bukev).

V XXI. seji je slavni deželni zbor deželnemu odboru dal naročilo, kolikor moč nabirati tvarine, da se zemljiške knjige spremené po sedanjega časa razmerah in načrt dotične postave pripraviti do prihodnje dobe deželnega zbora.

Slavni deželni zbor je s tem naročilom pripoznal, da se zemljiške knjige ne dadó na vrat na nos spremeniti in popraviti, ampak da treba mnogo časa, truda in denarja. Deželni odbor je gledal na to, da si polagoma nabira potrebno gradivo. Kar pa tiče načrt novega reda za zemljiške knjige, to je gotovo, da so te knjige v tesni zvezi s pravnim postavodavstvom in da imajo na-nje bistven vpliv postave o civilnem pravu. Dokler se toraj v teh nič stanovitnega ne določi, zdi se deželnemu odboru prezgodaj načrtati nov red zemljiških knjig za Kranjsko, zato onemu naročilu slavnega deželnega zbora ne zadosti, nadjaje se, da je te misli tudi slavni deželni zbor.

§. 4. Zemljiška odveza služnosti.

Na kteri stopinji je bila konec 1868. l.

Deželnemu odboru je c. k. komisija za zemljiško odvezo in uravnave z dopisom od 17. januarja t. l. št. 221 dala naslednji izkaz[27] o stanu zemljiške odveze služnosti konec 1868. leta.

Do konca 1868. l. je bilo vsega vkup 3984 oglasil ali napovedeb s 163.901 pravico izročenih deželni komisiji, ktera jih je v obravnavo oddala dotičnim nižim uradom. Izmed teh je bilo 1868. l. 261 oglasil ali napovedeb z 11366 pravicami, vsega skupaj do sedaj 2862 oglasil ali napovedeb s 109.290 pravicami dovršenih, zato v obravnavanju ostane še 1122 oglasil s 54611 pravicami, izmed teh je več nego 460 oglasil ali napovedeb z več nego 25.000 pravicami že dospelo do tega, da se že ali vrednost precenjuje in prerajtuje, ali da se zemlja razdeljuje.

1868. l. bilo je odvezanih:
2175 drvnih ali lesnih pravic,
2433 pašnih pravic,
1145 nastilnih pravic,
657 vzajemnih lastninsko-rabnih pravic.

Dalje je bilo 197 pašnih pravic le uravnanih, 4759 pravic pa je bilo ali odsojenih ali pa so se jim odpovedali dozdevni lastniki.

Vsega skupaj je bilo do konca 1868 leta:

1. odvezanih 15.931 drvnih (lesnih), 47.709 pašnih, 9907 nastilnih, 8417 vzajemnih lastninsko-rabnih in 365 drugih, skupaj toraj 82.329 pravic;
2. le uravnanih: 106 drvnih (lesnih), 9069 pašnih, 44 nastilnih in 359 drugih, skupaj toraj 9578 pravic, nasproti pa je
3. ali po odsoji ali po odpovedi dozdevnih lastnikov odpadlo je 17383 pravic.

Izmed rešenih pravic bilo je odkupljenih: za denar 23627; — 46610 proti temu, da se je kaj zemlje odstopilo ali zemlja razdelila; 12086 pa za druge reči enake cene. Z razsodbami se je rešilo 46519, 35810 pravic pa s pogodbami. Z nova uravnanih pravic je bilo rešenih: po razsodbi 169, po pogodbah pa 9409 pravic.

Odveznina dosedaj znaša:

1. v gotovini 165.512 goldinarjev; pomniti je pa, da je pri 11.199 pravicah deloma le pobotanje;

2. Zemlje se je odstopilo: 61.775 orali gozda in 44.793 orali druzega sveta; razdeljenih je 4737 orali gozda in 16.027 orali drugega sveta.

Vsa odvezana plan meri 239.586 orali gozda in 88.402 orali drugega svetá. Uravnanih je bilo 17685 orali gozda in 12707 orali drugega svetá. Ves svet dosedaj odvezan ali uravnan meri 358.380 orali.

Deželna komisija je 1868. leta naredila 82 pogodeb in 314 razsodeb z 798 pravdnimi točkami in izgotovila 31 pisem o popisovanji in zaznamovanji mej; vsega skupaj pa je izgotovila 1327 pogodeb, 2235 razsodeb z 4742 pravdnimi točkami in 396 pisem o popisovanji in zaznamovanji mej.

Prošnje za pospeševanje zemljiške odveze.

Vsled sklepa deželnega zbora od 2. oktobra 1668. l. bile so prošnje nekterih vasi v Bohinu, naj se pospeši zemljiška odveza in neha politična sekvestracija gozdov v radoliškem okraji izročene c. k. deželni vladi,[28] ktera je brž deželni komisiji ukazala v pretres vzeti pomnoženje delavnih moči za odvezna opravila pri c. k. okrajnem glavarstvu v Radolici; a ta je v dopisu od 16. februarja t. l. št. 210[29] izrekla, da pri radoliškem glavarstvu ni treba pomnožiti delalnih moči za odvezna opravila, ker se zarad mnogih in raznih ovir tudi s pomnoženimi močmi ne dajo pospešiti obravnave. Posebni oviri ste jej kratki letni čas, v kterem le se dajo izvrševati ogledi v planinskih in gozdnih krajih, in pa pomanjkanje sposobnih nestranskih zvedencev, ktere

* Vlož. zapisn. številka 3192 de 1869.
[27] Vlož. zapisn. številka 470.
[28] Vlož. zapisn. številka 47.
[29] Vlož. zapisn. številka 1408.

Ueber eine Anfrage des Herrn Finanz-Ministers vom 11. Juli 1868, Z. 19328,* aus wie vielen Mitgliedern die Landescommission zur Regelung der Grundsteuer in Krain im Sinne des § 8 des Gesetzes vom 24. Mai 1869 R. G. B. Nr. 88 zusammenzusetzen wäre, hat sich der Landes-Ausschuß für eine Anzahl von zehn Mitgliedern ausgesprochen. Gr.-Steuer-Landes-Commission.

In der XXI. Sitzung hat der h. Landtag den Landes-Ausschuß beauftragt, nach Thunlichkeit das Materiale zu sammeln, damit die Grundbücher den Zeitverhältnissen entsprechend abgeändert werden, um einen bezüglichen Gesetzentwurf für die nächste Session vorzubereiten. Aenderung der Grundbücher.

Der hohe Landtag hat hiebei anerkannt, daß sich das Grundbuchswesen nicht plötzlich, sondern nur mit Aufwand von viel Zeit, Mühe und Kosten ändern und bessern läßt. Der Landes-Ausschuß hat sein Augenmerk darauf gerichtet, das erforderliche Materiale nach und nach zu sammeln. Was aber den Entwurf einer neuen Grundbuchsordnung betrifft, so ist es gewiß, daß dieselbe im innigsten Zusammenhange mit der Justizgesetzgebung steht und insbesondere durch die Civilprozeßgesetze wesentlich beeinflußt wird. So lange also hierin noch nichts Definitives festgesetzt ist, erscheint dem Landes-Ausschusse die Entwerfung einer Grundbuchsordnung für Krain verfrüht, daher dem obigen Auftrage des h. Landtages in der Hoffnung nicht entsprochen wird, daß auch der h. Landtag diese Ansicht theilen wird.

§ 4. Grundlasten-Ablösung.

Dem Landes-Ausschusse ist von der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Commission mit Note vom 17. Jänner l. J., Z. 221, über den Stand des Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungsgeschäftes mit Schluß des Jahres 1868 folgender Ausweis mitgetheilt worden.[27] Stand mit Ende 1868.

Bis Ende 1868 sind im Ganzen 3984 Anmeldungen oder Provocationen mit 163.901 Rechten bei der Landes-Commission überreicht und den competenten Unterorganen zur Amtshandlung zugewiesen worden.

Hievon sind im Jahre 1868 261 Anmeldungen oder Provocationen mit 11.366 Rechten, im Ganzen aber bisher 2862 Anmeldungen oder Provocationen mit 109.290 Rechten abgethan worden, daher noch 1122 Anmeldungen mit 54.611 Rechten in der Verhandlung bleiben, von denen sich indessen mehr als 460 Anmeldungen oder Provocationen mit mehr als 25.000 Rechten bereits im Stadium der Aequivalentsermittlung oder Grundtheilung befinden.

Im Jahre 1868 sind abgelöst worden:

2175 Holzungsrechte,
2433 Weiderechte,
1145 Streubezüge,
657 gemeinschaftliche Besitz- und Benützungsrechte.

Ferner sind 197 Weiderechte nur regulirt worden; weitere 4759 Rechte sind durch Aberkennung oder Verzichtleistung entfallen.

Im Ganzen wurden bisher

1. abgelöst 15.931 Holzungsrechte, 47.709 Weiderechte, 9907 Streubezugsrechte, 8417 gemeinschaftliche Besitz- und Benützungsrechte, 365 andere Servitutsrechte, zusammen also 82.329 Rechte;
2. blos regulirt 106 Holzungsrechte, 9069 Weiderechte, 44 Streubezugsrechte und 359 sonstige Rechte, zusammen also 9578 Rechte, wogegen
3. durch Aberkennung oder Verzichtleistung 17.383 Rechte entfallen sind.

Von den abgelösten Rechten sind 23.627 gegen Geld, 46.610 gegen Grundabtretung oder Grundtheilung und 12.086 gegen ein anderes Aequivalent, zumeist durch Compensation abgelöst worden und es ist die Ablösung bei 46.519 Rechten mittelst Erkenntniß, bei 35.810 aber im Vergleichswege erfolgt. Von den blos regulirten Rechten sind 169 mittelst Erkenntnissen, 9409 aber im Wege des Vergleiches regulirt worden.

An Ablösungsäquivalenten sind bisher ermittelt worden:

1. im baren Gelde 165.512 Gulden, wobei bemerkt wird, daß bei 11.199 Rechten eine theilweise Compensation eingetreten ist;
2. an Grund und Boden mittelst Abtretungen 61,775 Joch Wald und 44.739 Joch sonstiger Cultur, dann mittelst Theilung 4737 Joch Wald und 16.027 Joch sonstiger Cultur.

Die ganze durch Ablösung entlastete Fläche umfaßt 239.586 Joch Wald und 88.402 Joch sonstiger Cultur, die Regulirung ist auf einer Fläche von 17.685 Joch Wald und 12.707 Joch sonstiger Cultur durchgeführt worden. Die gesammte Grundfläche auf die sich die bisher bewirkte Ablösung oder Regulirung bezieht, umfaßt 358.380 Joch.

Von der Landes-Commission sind im Jahre 1868, 82 Vergleiche, 314 Erkenntnisse mit 798 Streitpunkten und 31 Grenzbeschreibungs- und Vermarkungsurkunden, im Ganzen aber bisher 1327 Vergleiche, 2235 Erkenntnisse mit 4742 Streitpunkten und 396 Grenzbeschreibungs- und Vermarkungs-Urkunden ausgefertiget worden.

Gemäß h. Landtagsbeschlusses vom 2. October 1868 wurden die Petitionen mehrerer Ortschaften aus der Wochein um Beschleunigung der Grundlastenablösung und um Aufhebung der politischen Sequestration der Waldungen im Radmannsdorfer Bezirke an die k. k. Landesregierung geleitetet,[28] welche sofort der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Landes-Commission die einschlägigen Weisungen mit der Aufforderung ertheilte, die Vermehrung der Arbeitskräfte für das Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungsgeschäft bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Radmannsdorf in Erwägung zu ziehen. Petitionen um Beschleunigung.

In ihrer diesbezüglichen Note vom 16. Februar d. J., Z. 210,[29] hat sich die k. k. Grundentlastungs-Landes-Commission gegen die Vermehrung der Arbeitskräfte für die Grundentlastungsarbeiten bei der Radmannsdorfer k. k. Bezirkshauptmannschaft ausgesprochen, weil durch eine solche Vermehrung bei den obwaltenden manigfaltigen Hindernissen die Verhandlungen nicht beschleuniget werden könnten. Als besonderes Hinderniß wird die Kürze der schönen Jahreszeit, während welcher in den Alpen- und Waldregionen Localisirungen möglich sind, bezeichnet, sowie auch der Mangel an geeigneten, unbefangenen Sachverständigen, welche die Grundentlastungs-Landes-Commission aus andern Lan-

* Exh.-Nr. 3192 de 1869.
[27] Exh.-Nr. 470.
[28] Exh.-Nr. 47.
[29] Exh.-Nr. 1408.

mora deželna komisija iz drugih krajev dežele dobivati. Vrh tega hlepijo nekteri zastopniki mnogih udeleženih strank, meritoričnih obravnav in potrebnih pozvedovanj ogibati se z vmesnimi prepiri, ki nimajo nobenega vspeha.

Ozir tako imenovane Ilovice oziroma gozdov in planin, ki so pod politično sekvestracijo, se obravnave ne dajo ločiti; ampak more jih z vspehom voditi le uradnik, ki je zveden na vse strani. Deželna komisija ne bode zamudila nobene ugodne prilike, da pospeši obravnave.

Lesnim (drvnim) tatvinam in gozdnim prestopkom, kakor tudi napačni rabi drv in lesá dalo bi se, kakor misli deželna komisija, v okom priti, ako bi občinski predstojniki imeli pogum, krepko postopati zoper nje. Vsled prošnje nekterih vasi je deželna komisija začela pretresati kazni, s kterimi naj bi se žugalo gozdnim prestopkom. Trpežnega zboljšanja v tej stvari se je pa nadjati le, kedar bodo meritorično določene pravne zadeve.

Da se potrebna skrb obrača na gozde, dokler se ne dovršé odvezne obravnave in ne neha politična gozdna sekvestracija, dalo je c. k. deželno predsedstvo z dopisom od 19. januarja t. l. 33/Pr. potrebne veleve c. k. gozdni sekvestraciji v Radolici in ondašnjemu c. k. okrajnemu glavarstvu, kteremu je tudi zlasti naročilo, naj se kar se dá, ozira na občine, ki želé, da se h komisijam, ki pozvedajo potrebščine drv in lesá, pokličejo tudi občinski zastopniki in zvedeni tesarji.

Slovenski obravnovalni jezik.

Ozir rabe slovenskega jezika je c. k. deželno predsedstvo z nova opomnilo na dotične ukaze.

Ta opomin c. k. deželne vlade je deželni odbor na znanje dal občinskim predstojnikom v bohinski Bistrici in Srednji vasi, kteri so v tej zadevi v lanski dobi deželnemu zboru vložili prošnjo.

Predplače potovanjskih stroškov.

Vsled sklepa deželnega zbora od 3. oktobra 1868. l. se je deželni odbor do c. k. komisije zemljiške odveze obrnil s prošnjo,[31] da predplače potovanjskih stroškov, ki jih imajo plačati stranke, kmalu iztirjajo dotične okrajne komisije oziroma c. k. okrajna glavarstva in povrnejo zálogu zemljiške odveze. Predplače, c. k. finančni prokuraturi iz odveznega záloga dane, da ž njimi plača izvršbene stroške ozir zaostankov zemljiške odveze, utegnejo po sporočilu c. k. finančne prokurature od 29. aprila t. l. št. 1168[32] še to leto povrnjene biti.

Prememba 13. §. v navodu o srečkanju obligacij zemljiške odveze.

Da se prihrani mnogo časa in truda pri srečkanji obligacij zemljiške odveze, kakoršno je dosedaj bilo v navadi, zato je deželni odbor sklenil, 13. §. dotičnega navoda premeniti tako, da se takrat, kedar v srečkanje pridejo obligacije, ktere so bile prepisane (vinkulirane), namesto zadnjega odstavka 13. §. sprejame določilo: da se s temi obligacijami ravná kakor da so nove, toraj da dotični srečkalni list komisija vloží v srečkalno kolo, obligacije pa, ki so po tej prepisavi zgubile svojo veljavo, morajo biti na tanko zaznamvane v posebnem izkazu, ki se priloži zapisniku o srečkanji, in če se izsrečkajo, imajo biti ničke (t. j. brez veljave), a, da so prišle iz kolesa, mora se to zaznamvati v zapisniku.[33]

Zoper vpeljavo te določbe ni niti c. k. ministerstvo notranjih oprav, niti finančno ministerstvo v odpisu od 27. januarja t. l. št. 18.056[34] celó nič opomnilo.

Deželni odbor bode skrbel zato, da se pred vsakim srečkanjem napravi natančen zapisek istih obligacijskih številk, ktere imajo, ako se izsrečkajo, biti ničke, in da se pri srečkanji ostro pazi na-nje.

Ako se sčasoma neprimerno mnogo tacih ničk nabere v kolesu, vzemó se, kakor veleva 13. §. omenjenega navoda, iz kolesa ter va-nj vložé številke novih obligacij.

§. 5. Zemljodelske stvari.

Sodelovanje deželnega odbora pri c. k. kmetijski družbi.

Od vis. c. k. ministerstva za poljodeljstvo je deželnemu odboru došlo vabilo, naj bi se obravnav središčnega odbora c. k. kmet. družbe vdeleževal v zadevah državne podpore za deželne zemljodelske stvari.[35]

Tej želji je deželni odbor ustregel s tem, da je deželnega glavarja Karola pl. Wurzbach-Tannenberg-a izvolil, da se udeležuje omenjenih obravnav.[36]

Vladnemu mnenju, da bi tudi deželni zalog imel kaj dodati k podpori, ktera se je iz državnega záloga po nasvetu kmetijske družbe za 1869. l. imela dovoliti za zemljodelstvo, deželni odbor ni pritrdil.[37]

Varstvo zemlj. pridelkov zoper škodo gosenic in hroščev.

Od c. k. deželne vlade je deželni odbor z dopisom od 8. marca t. l. št. 327[38] dve deželni postavi od 10. decembra 1868. l., kteri ste se po vladnem predlogu vpeljali v Avstriji pod Anižo:

---

[30] Vlož. zapisn. številka 382.
[31] Vlož. zapisn. številka 668.
[32] Vlož. zapisn. številka 2067.
[33] Vlož. zapisn. številka 3903 de 1868.
[34] Vlož. zapisn. številka 574.
[35] Vlož. zapisn. številka 286.
[36] Vlož. zapisn. številka 689.
[37] Vlož. zapisn. številka 2106.
[38] Vlož. zapisn. številka 1152.

destheilen heranzuziehen genöthiget ist. Hiezu komme auch die Sucht mancher Vertreter der vielen betheiligten Parteien, meritorischen Verhandlungen und maßgebenden Erhebungen durch Inzidenzstreitigkeiten, die zu nichts führen, auszuweichen.

In Betreff der sogenannten Jelovica und resp. der in Sequestration einbezogenen Waldungen und Alpen seien die Verhandlungen von einander nicht trennbar und können nur von einem und demselben bereits allseitig informirten Beamten mit Erfolg geleitet werden. Die Grundentlastungs-Landes-Commission werde keinen Anlaß vorüber gehen lassen, um die Verhandlungen möglichst zu beschleunigen.

Holzdiebstählen und Forstfreveln, sowie Mißbräuchen in der Holzverwendung könnte nach der Ansicht der Grundentlastungs-Landes-Commission gesteuert werden, wenn die Gemeindevorstände den Muth hätten, gegen solche frei und offen aufzutreten. Es sind bei der Grundentlastungs-Landes-Commission über Ansuchen einiger Ortschaften Provisorialverhandlungen wegen Androhung von Conventional-Strafen gegen Forstfrevler im Zuge; eine dauernde Besserung der Zustände sei aber nur von der meritorischen Feststellung der Rechtsverhältnisse zu hoffen.

Wegen Zuwendung der nöthigen Obsorge auf die Waldungen bis zur Beendigung der Servituten-Ablösungsverhandlungen und bis zur Aufhebung der politischen Forst-Sequestration hat das löbl. k. k. Landes-Präsidium laut Note vom 19. Jänner l. J., Z. 33/Pr.,[30] die erforderlichen Weisungen an das k. k. Forst- und Sequestrationsamt in Radmannsdorf und an die k. k. Bezirkshauptmannschaft dortselbst erlassen, und insbesondere der letztern auch den Wunsch der Gemeinden zur thunlichsten Berücksichtigung empfohlen, daß zu den Commissionen für die Erhebung des Bauholzbedarfes auch Gemeindevertreter und fachkundige Zimmerleute beigezogen werden.

Slovenische Verhandlungs Sprache.

Bezüglich des Gebrauches der slovenischen Sprache hat das löbl. k. k. Landes-Präsidium die darauf abzielenden Erlässe neuerlich in Erinnerung gebracht. —

Diese Verfügungen der k. k. Landesregierung hat der Landes-Ausschuß den Gemeindevorständen in Wocheiner-Feistritz und Mitterdorf über ihre an den hohen Landtag in der vorjährigen Session eingebrachten Petitionen bekannt gegeben. —

Reisekosten-Vorschüsse.

In Gemäßheit des hohen Landtagsbeschlusses vom 3. October 1868 hat sich der Landes-Ausschuß an die k. k. Grundentlastungs-Landes-Commission mit dem Ersuchen gewendet,[31] daß die den Parteien zur Last fallenden Reisekostenvorschußrückstände durch die betreffenden Local-Commissionen respective durch die k. k. Bezirkshauptmannschaften mit aller Energie eingebracht und an den Grundentlastungsfond refundirt werden. — Die der k. k. Finanz-Prokuratur zur Bestreitung der Executionskosten bezüglich der Grundentlastungsrückstände aus dem Grundentlastungsfonde ertheilten Vorschüsse dürften nach Mittheilung der k. k. Finanz-Prokuratur vom 29. April d. J., Z. 1168,[32] noch im Laufe dieses Jahres zur Refundirung gelangen.

Abänderung des § 13 der Instruct. über das Verfahren bei Verlosung d. Grundentl.-Schuldverschreibgen.

In Anbetracht des großen Zeit- und Arbeitsaufwandes, der mit dem bisher vorgezeichneten Verfahren bei Verlosung der Grundentlastungs-Schuldverschreibungen verbunden ist, hat der Landes-Ausschuß die Aenderung des § 13 der bezüglichen Instruction in der Art beantragt, daß in jenen Fällen, in denen bezüglich einzelner zur Verlosung bestimmter Grundentlastungs-Obligationen Umschreibungen stattgefunden haben, anstatt des im Schlußabsatze des § 13 der Instruction vorgezeichneten Verfahrens, die Bestimmung genehmiget werde, daß die durch die Umschreibung neuentstandenen Obligationen als neu zugewachsen behandelt und die bezüglichen Loszettel in das Glücksrad commissionell eingelegt werden, während die durch solche Umschreibungen erloschenen Obligationen in einem besondern, dem Verlosungsprotokolle beizuschließenden Verzeichnisse in Evidenz zu halten, und, falls sie gezogen werden, als Nieten zu behandeln sind, wobei jedoch die Ziehung jeder Niete aus dem Glücksrade im Protokolle anzumerken ist.[33]

Gegen die Einführung dieser Maßregel fand das hohe k. k. Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem hohen k. k. Finanz-Ministerium laut Erlasses vom 26. Jänner l. J., Z. 18056, durchaus nichts zu erinnern.[34]

Der Landes-Ausschuß wird dafür sorgen, daß vor jeder Verlosung das Verzeichniß jener Obligations-Nummern, die im Falle der Ziehung als Nieten zu behandeln sein werden, mit größter Genauigkeit festgestellt und bei der Verlosung selbst genau im Auge behalten wird.

Für den Fall, als sich im Laufe der Zeit eine unverhältnißmäßige Anhäufung der im Glücksrade erliegenden Nieten ergeben sollte, wird die Entfernung derselben aus dem Glücksrade und die neue Einlegung der Obligations-Nummern im Sinne des § 13 der gedachten Instruction veranlaßt werden.

§ 5. Landescultur-Angelegenheiten.

Mitwirkung d. Landesausschusses bei der k. k. Landwirthsch.-Gesellschaft.

Vom hohen k. k. Ackerbau-Ministerium ist dem Landes-Ausschusse die Einladung zugekommen, bei den Verhandlungen des Central-Ausschusses der Landwirthschaft-Gesellschaft in Angelegenheiten der Staats-Subventionen für Landes-Cultur-Zwecke zu intervenriren.[35]

Diesem Wunsche ist der Landes-Ausschuß durch Abordnung des Landeshauptmannes Carl v. Wurzbach-Tannenberg zur Mitwirkung im verstärkten Central-Ausschusse in den fraglichen Subventions-Angelegenheiten entgegengekommen.[36]

Der Ansicht der hohen Regierung, daß auch der Landesfond zu der nach dem Antrage der Landwirthschaft-Gesellschaft für das Jahr 1869 für Landes-Cultur-Zwecke aus dem Staatsschatze zu bewilligenden Subvention zu concurriren hätte, fand der Landes-Ausschuß nicht beizustimmen.[37]

Schutz der Bodencultur gegen Raupenschäden und Maikäfer.

Von der k. k. Landesregierung wurden mit Note vom 8. März d. J., Z. 327,[38] dem Landes-Ausschusse die

[30] Exh.-Nr. 382.
[31] Exh.-Nr. 668.
[32] Exh.-Nr. 2067.
[33] Exh.-Nr. 3903 de 1868.
[34] Exh.-Nr. 574.
[35] Exh.-Nr. 286.
[36] Exh.-Nr. 689.
[37] Exh.-Nr. 2106.
[38] Exh.-Nr. 1152.

Varstvo malih tičev.

a) o varstvu deželnih pridelkov zoper škodo gosenic in hroščev;
b) o varstvu malih tičev — prejel z vabilom, naj izreče, ali in s kterimi premembami ste ti dve postavi primerni, da ju vlada predloži kranjskemu deželnemu zboru?

Deželni odbor je izrekel, da bi te dve postavi, če se nekoliko spremenite, bili koristni tudi za našo deželo.[39]

Uravnava deželnega kobilstva.

Dopis c. k. deželne vlade od 12. decembra 1868. l. št. 8528 o uravnavi deželnega kobilstva, je deželni odbor rešil z obširnim odpisom, v kterem izrekuje, da je silna potreba, v vseh deželah premeniti kobilstvo, da se povzdigne izreja konj, ter nasvetuje, da se z ozirom na sedanje konjsko pleme, na kmetijske potrebe in na podnebne razmere v namišljeni kobilstveni uravnavi v eno skupino dene Štajersko, Koroško, Kranjsko in Primorsko.[40]

Pregledovanje gozdne postave.

C. k. deželno predsedstvo je deželni odbor povabilo, naj se udeleži komisijnih obravnav o vprašanjih zarad pregledovanja gozdne postave.

Temu vabilu je deželni zbor ustregel s tem, da je k dotičnim obravnavam poslal deželnega glavarja in enega prisednika deželnega odbora.[41]

Načrt postave v vodnih pravicah.

C. k. deželna vlada je deželnemu odboru v presodbo izročila načrt postave o vodnih pravicah, kterega jej je poslalo ministerstvo za poljodelstvo.

Tej želji je deželni odbor ustregel s tem, da je izdelal obširno presodbo ter se vrh tega udeleževal komisijnih obravnav o tej postavi.[42]

§. 6. Odškodovanje za inkamerirani deželni zaklad.

Vprašanje o povračilu inkameriranega deželnega zaklada, ki se je obravnavalo deset in desetleja, rešeno je in sicer še precej povoljno z ozirom na sedanje denarstveno-državne razmere. Pogodbne ponudbe vis. deželnega zbora v XXIII. seji 3. oktobra sprejete, je deželni odbor gospodu finančnemu ministru na znanje dal z dopisom od 27. oktobra 1868. l. št. 3943. — 27. marca 1869. l. je Njega Veličanstvo potrdilo načrt postave, s ktero se z zastopi nekterih kronovin sklepajo pogodbe o podporah, ktere so se jim dosedaj plačevale iz državne blagajnice. Z dopisom od 18. maja 1869. l. št. 942 je gospod finančni minister deželnemu odboru za podpis poslal dva enaka spisa pogodbe, v kteri je izpuščena 4. točka prejšnjega njenega načrta.

Dotična istina ima se precej, ko se podpiše pogodba, izplačati v novih enojnih 5% državnih obligacijah z obrestnima obrokoma februar-avgust, torej pričenši s kuponi od 1. avgusta 1869. l.; posebe pa se deželi povrnejo obresti za mesec januar 1869. l.

Podporni zneski, ki se kranjski deželi morda letos plačajo, pobotajo se posebej z obrestmi. Ozir prošnje, ki jo je sklenil slavni deželni zbor, naj se v pogodbi razjasni ali popolnoma izpusti oddelek, ki govori o rekvizicijskem zalogu, je deželni odbor od gosp. finančniga ministra dobil zagotovilo, da se ta prošnja preudari in njena rešitev o svojem času naznani deželnemu odboru.

Deželni odbor je toraj odškodovanjsko pogodbo po vladinem predlogu (glej 404. stran stenograf. sporočila o XVIII. seji 1868 l.) izpustivši 4. točko sklenil in podpisana oba enako glaseča se spisa pogodbe z dopisom od 2. junija 1869. l. št. 2401 gosp. finančnemu ministru poslal s prošnjo, da se te nove obligacije za 700.000 gld., ki se po tej pogodbi izroče kranjski deželi, izgotové na ime kranjskega domestikalnega zaloga, in sicer naj jih 60 bode vsaka po 10.000 gld. in 100 vsaka po 1.000 gld.

Doslé teh obligacij še nima v posesti deželna blagajnica.

§. 7. Občinske stvari.

Stroški za ljubljanske bolnike.

Stroške za oskrbovanje ubogih domačinov ljubljanskega mesta v deželni bolnišnici je po sklepu deželnega zbora od 28. decembra 1866. leta ljubljanska mestna občina tudi še dalje dolžna plačevati, kakor je to bilo opomnjeno že v 6. §. sporočila 1868. l. Na prošnjo deželnega odbora od 16. marca 1868. l. št. 317, da se izreče izvršbna (eksekutivna) sekvestracija nad mestno vžitnino za varstvo oskrbovalnih stroškov, več let bolnišničnemu zalogu zaostalih, je c. k. deželna vlada z dopisom od 13. avgusta 1868. l. št. 5064 naznanila, da je občini ljubljanskega mesta, proteč jej politično izvršbo, ukazala plačati zaostale bolnišnične stroške. Zoper ta odlok c. k. deželne vlade je mestna občina pritožila se pri c. k. ministru notranjih zadev, a bila je njena pritožba zavrnjena z odlokom od 11. januarja 1869. l. št. 1640. Po tej odločbi se je deželni odbor z dopisom od 17. februarja t. l. št. 435 do mestne gosposke obrnil ter od nje zahteval, naj precej bolnišničinemu zalogu plača zaostale stroške, in sicer one, ki so do konca II. četrt leta 1868. l. narastli na . . 12.110 gld. 32 kr. najdalje v osmih dneh, one za III. kvatre 1868. l. z . . . . . 1.272 „ 60 „

---

[39] Vlož. zapisn. številka 1396.
[40] Vlož. zapisn. številka 4825 de 1868.
[41] Vlož. zapisn. številka 354.
[42] Vlož. zapisn. stevilka 1819.

aus der Initiative der hohen Regierung hervorgegangenen, im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns eingeführten Landesgesetze vom 10. December 1868 betreffend:

a. den Schutz der Bodencultur gegen Raupenschäden und Maikäfer;

b. den Schutz der kleinen Vögel, zur Abgabe des Gutachtens übermittelt, ob und mit welchen Aenderungen diese beiden Gesetze zur Einbringung als Regierungsvorlage beim krainischen Landtage geeignet wären. Schutz der kleinen Vögel.

Der Landes-Ausschuß anerkannte mit einigen Modificationen die Ersprießlichkeit solcher Gesetze auch für unser Land.[39]

Die Note der k. k. Landesregierung vom 12. December 1868, Z. 8528, betreffend die Landesgestüt-Organisation, hat der Landes-Ausschuß durch Ausarbeitung eines umfassenden Gutachtens erlediget, worin die Reorganisirung des Beschälwesens zur Hebung der Pferdezucht in allen Ländern Oesterreichs als dringend nothwendig bezeichnet, und mit Rücksicht auf den bestehenden Pferdeschlag, den landwirthschaftlichen Bedarf und auf die klimatischen Verhältnisse aus den Ländern Steiermark, Kärnten, Krain und Küstenland die Bildung einer eigenen Gruppe in dem projectirten Gestüt-Organismus befürwortet wird.[40] Landesgestüt-Organisation.

Das k. k. Landes-Präsidium hat zur Theilnahme an der commissionellen Erörterung der Fragen wegen der Revision des Forstgesetzes den Landes-Ausschuß eingeladen. Revision des Forstgesetzes.

Diesem Ansinnen hat der Landes-Ausschuß durch Abordnung des Herrn Landeshauptmannes und eines Ausschußbeisitzers zu den bezüglichen Verhandlungen entsprochen.[41]

Die k. k. Landesregierung hat einen vom hohen Ackerbauministerium ihr zugemittelten Gesetzentwurf über das Wasserrecht dem Landes-Ausschusse zur Begutachtung mitgetheilt. Entwurf eines Wasserrechtsgesetzes.

Diesem Ansinnen hat der Landes-Ausschuß durch Ausarbeitung eines umfassenden Gutachtens Genüge geleistet, und außerdem bei den commissionellen Berathungen hierüber intervenirt.[42]

§ 6. Entschädigung für den incamerirten Provincialfond.

Die durch Decenien verhandelte Frage wegen Rückstellung des incamerirten Provincialfondes hat endlich, mit Rücksicht auf unsere jetzigen financiellen staatlichen Verhältnisse, eine ziemlich befriedigende Lösung gefunden. Der die Vergleichspropositionen betreffende hohe Landtagsbeschluß der XXIII. Sitzung vom 3. October 1868 wurde vom Landes-Ausschusse Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister mit dem Schreiben vom 27. October 1868, Z. 3943, mitgetheilt. Am 27. März 1869 erhielt der Gesetzentwurf, betreffend den Abschluß von Vergleichen mit den Vertretungen einiger Kronländer hinsichtlich der denselben bisher aus der Staatscassa gezahlten Subventionen die Allerhöchste Sanction. Mit dem Schreiben vom 18. Mai l. J., Z. 942/F. M., hat der Herr Finanzminister dem Landes-Ausschusse zwei Vergleichsparien zur Unterfertigung übersendet, in welchen der Punkt 4 des früheren Vergleichs-Entwurfes weggelassen ist.

Die Hinauszahlung der betreffenden Kapitalsbeträge hat in neuen 5% Schuldtiteln der einheitlichen Staatsschuld nach Unterfertigung des Vergleiches ohne Aufenthalt zu erfolgen, und zwar mit den Verzinsungsterminen Februar — August, also mit Coupons vom 1. August 1869 herwärts, wobei dem Lande übrigens der auf den Monat Jänner 1869 entfallende Zinsenbetrag separat vergütet wird.

Die dem Lande Krain heuer etwa gezahlten Subventionsbeträge werden den Gegenstand einer besonderen Zinsenausgleichung bilden. Hinsichtlich der vom hohen Landtage beschlossenen Bitte auf Erläuterung oder gänzliche Weglassung des den Requisitionsfond behandelnden Vergleichspunktes erhielt der Landes-Ausschuß die Zusicherung des Herrn Finanz-Ministers, daß diese Bitte in Erwägung gezogen und deren Erledigung seiner Zeit dem Landes-Ausschusse bekannt gegeben werden wird.

Der Landes-Ausschuß hat demnach den Entschädigungsvergleich nach dem Regierungsantrage (vide S. 404 des stenogr. Berichtes der XVIII. Landtags-Sitzung vom Jahre 1868) nach Weglassung des Punktes 4 abgeschlossen und die unterfertigten zwei Vergleichsparien mit dem Schreiben vom 2. Juni 1869, Z. 2401, dem Herrn Finanz-Minister mit der Bitte eingesendet, daß die nach diesem Vergleiche dem Lande Krain zukommenden neuen Obligationen pr. 700.000 fl. auf Namen des krainischen Domesticalfondes ausgefertigt werden, und zwar 60 Stück zu 10.000 fl. und 100 Stück zu 1000 fl.

Bisher befindet sich die Landescasse noch nicht im Besitze dieser Obligationen.

§ 7. Gemeinde-Angelegenheiten.

Die Krankenverpflegskosten für die im Laibacher Spitale behandelten, nach Laibach zuständigen mittellosen Individuen hat nach dem landtäglichen Sitzungsbeschlusse vom 28. December 1866 die Stadt-Commune auch weiterhin zu tragen, wie dies bereits im § 6. des Rechenschaftsberichtes vom Jahre 1868 bemerkt wurde. Ueber Ansuchen des Landes-Ausschusses vom 16. März 1868, Z. 317, um Veranlassung der executiven Sequestration des städtischen Verzehrungssteuer-Avversums zur Deckung der an den Krankenhausfond schuldigen mehrjährigen Verpflegsgebühren hat nun die k. k. Landesregierung laut Mittheilung vom 13. August 1868, Z. 5064, die Stadtgemeinde Laibach zur Bezahlung der rückständigen Spitalskosten unter Androhung der politischen Execution aufgefordert. Gegen diese Entscheidung der k. k. Landesregierung hat die Stadtgemeinde an das hohe k. k. Ministerium des Innern den Recurs ergriffen, wurde aber mit dem Erlasse vom 11. Jänner 1869, Z. 1640, mit ihrem Recurse zurückgewiesen. Nach dieser Entscheidung hat sich der Landes-Ausschuß mit Zuschrift vom 17. Februar d. J., Z. 435, an den Stadtmagistrat um die sofortige Einzahlung der rückständigen Spitalskosten an den Krankenhausfond mit dem Beisatze gewendet, daß der bis Ende des II. Quartals 1868 erwachsene Rückstand per . . . . . 12.110 fl. 32 kr.
binnen längstens 8 Tagen, die für das III. Quartal 1868 mit . . . . . 1.272 „ 60 „ Laibacher Spitalskosten.

[39] Exh.-Nr. 1396.
[40] Exh.-Nr. 4825 de 1868.
[41] Exh.-Nr. 354.
[42] Exh.-Nr. 1819.

pa najdalje v enem mesecu, daljne pa vselej v štirih tednih potem, ko prejme dotični izkaz. Ker pa o istem času namesto mestnega odbora, kterega je bila c. k. deželna vlada razpustila, ni bil še izvoljen nov mestni odbor, zato se deželni odbor ni branil, mestni občini na mestnega magistrata dopis s sklepom od 6. marca t. l. št. 979 dovoliti obrok osmih tednov, v kterih ima plačati zaostale bolnišničine stroške.

Novi mestni odbor je izrekel, da ga je volja plačati ne le ostale stroške mesesa aprila 1869. leta blizo do 13.000 gld. narastle, ampak tudi prihodnje, toda z določno pravno ogrado, da plača, česar ni dolžan, in s pridržkom, to stvar na razsodbo predložiti državni sodniji. Sklicevaje se na slabe denarstvene zadeve mestne občine je mestni odbor ob enem tudi izrekel, da tekoče leto more plačati le 6000 gld. in sicer v naslednjih obrokih:

meseca julija . . . . . 2000 gld.
„ septembra . . . 1000 „
in „ decembra . . . 3000 „

Te plačilne roke je deželni odbor s sklepom od 1. maja t. l. št. 2061 mestni občini dovolil s pogojo, da daljni zaostanek plača 1870. leto. Predlog, ki ga je mestna gosposka sprožila o premembi razdelitve omenjenih bolnišničinih stroškov, prepustil je deželni odbor mestnemu odboru, da ga kot prošnjo predloži slavnemu deželnemu zboru.

Progled občinske postave ljubljanskega mesta.

Vstrezaje deželnega zbora sklepu od 28. septembra 1868. l., ki zahteva, da se pregleda nov načrt občinske postave za ljubljansko mesto, se je deželni odbor z dopisi od 7. oktobra 1868. l. št. 3698 in od 23. februarja t. l. št. 883 obrnil do ljubljanskega mestnega odbora, ter bode, ako bode mogoče, v posebni predlogi slavnemu deželnemu zboru na sklepovanje predložil te občinske postave načrt, kterega že ima v pregledovanji mestni odbor.

Občinske doklade.

Deželni odbor, nadjaje se pritrditve slavnega deželnega zbora, je občinam v Škocijanu pri Hrvaškem brodu, v Šmarjeti in na Raki dovolil 31% doklado na neposrednje davke za poplačo stavbenih stroškov za županijska gospodarska poslopja v Škocijanu na eno leto.[43]

Občini na Trati je deželni odbor, tudi nadjaje se pritrditve slavn. deželnega zbora za 1869. leto dovolil 33% doklado na direktne davke za neogibne šolske stroške.[44]

Poslednjič je deželni odbor, tudi nadjaje se slavn. deželnega zbora pritrditve, občini v Kranjski gori za 1869 l. dovolil 50% doklado na direktne davke v katastralnih občinah Kranjske gore in Rute (Gozd).[45]

Ker so se občinske doklade v imenovanih občinah zarad silnih stroškov morale tem prej tem bolje pobirati, zato je deželni odbor bil tega mnenja, da jih sme dovoliti, nadjaje se deželnega odbora pritrditve, ktere sedaj prosi.

Ali ne bi občine imele plačevati oskrbovalne stroške za svoje bolnike in norce, kteri jih sami ne morejo plačati?

Doljno-avstrijanski deželni odbor je osnovani načrt postave, ktero predloži deželnemu zboru o tem, da bi občine imele plačevati oskrbovalne stroške za svoje bolnike in norce, kteri jih sami ne morejo plačati, kranjskemu deželnemu zboru poslal z vprašanjem, ali tudi on misli sprožiti enako postavo? Temu vprašanju je deželni odbor odgovoril, da on ni tega mnenja. Razlogi so mu ti-le: kranjske občine skoro vse nimajo lastnega premoženja, morale bi toraj, ako bi imele plačevati te stroške, seči po nakladah, to bi za nektere občine bilo jako težko breme, bolj razmerno se razdelé in zravnajo po nakladah za deželni zalog; dalje bi to silno pomnožilo pisarijo. Pri tej priliki je pa deželni odbor vse občinske predstojnike kranjske v posebnem slovenski in nemški tiskanem okrožnem dopisu opomnil njihove dolžnosti, da z največo vestnostjo spričala o revščini dajejo svoje občine bolnikom, kteri hočejo sprejeti biti v deželno bolnišnico.

Tudi do škofijstva se je deželni odbor obrnil s prošnjo, naj bi tudi častita duhovščina, ko jej taka spričala dojdejo na potrdilo, ostro pazila na to, da se deželni zaklad ne preobloži z nepravičnimi stroški za oskrbovanje bolnikov.[46]

Okrajne blagajnice.

Vsled sklepa deželnega zbora, v XXI. seji 1868. l. storjenega, se je deželni odbor do c. k. deželne vlade obrnil s prošnjo, naj bi se dovolilo, da ostanejo okrajne blagajnice, ter je od c. k. deželnega predsedstva dobil naznanilo, da se dovolijo do konca 1869. leta.

Naprava okrajnih ranocelnikov in okrajnih babic, o kteri je bil obširnejši govor v 6. §. lanskega sporočila, bi, ako se opustijo okrajne blagajnice in ob enem ne vpelje druga primerna uredba, kakoršna bi bili okrajni zastopi, zgubila svojo denarno podlogo; obstanek teh zdravilnih organov se pa ne sme v nevarnost postaviti, zato deželni odbor, ker se okrajni zastopi za zdaj v naši deželi ne morejo vpeljati iz mnogih obzirov, stavi predlog: „Slavni deželni zbor naj do vis. c. k. vlade sklene prošnjo, da se še dalje in vsaj do konca

[43] Vlož. zapisn. številka 484.
[44] Vlož. zapisn. številka 1277.
[45] Vlož. zapisn. številka 2377.
[46] Vlož. zapisn. številka 456.

anerlaufenen Kosten, längstens binnen einer Monatsfrist, die späterhin sich ergebenden Verpflegsgebühren aber stets binnen vier Wochen nach Empfang des diesbezüglichen Ausweises zu berichtigen sind. Da aber zur selben Zeit an die Stelle des von der k. k. Landesregierung aufgelösten Gemeinderathes noch kein anderer gewählt war, so nahm der Landes-Ausschuß keinen Anstand, der Stadt-Commune über Einschreiten des Stadtmagistrates mit dem Beschlusse vom 6. März d. J., Z. 979, zur Berichtigung der Spitalskostenrückstände eine achtwöchentliche Zahlungszufristung zu bewilligen.

Der neue Gemeinderath erklärte sich zur Zahlung des fraglichen, im Monate April 1869 bis zum beiläufigen Betrage von 15.000 fl. anerwachsenen Rückstandes, sowie der künftigen Spitalskosten bereit, jedoch mit der ausdrücklichen Rechtsverwahrung aus dem Titel der Zahlung einer Nichtschuld und unter dem Vorbehalte, diese Angelegenheit dem Reichsgerichte zur Entscheidung zu unterbreiten. Mit Berufung auf die mißlichen Finanz-Verhältnisse der Stadtgemeinde erklärte zugleich der Gemeinderath, im laufenden Jahre nur den Theilbetrag von 6000 fl. abtragen zu können, und zwar in folgenden Terminsraten:

im Monate Juli . . . . . 2000 fl.
„ „ September . . . 1000 fl.
und „ „ December . . . 3000 fl.

Diese Zahlungszufristung hat der Landes-Ausschuß der Stadt-Commune mit dem Sitzungsbeschlusse vom 1. Mai d. J., Z. 2061, unter der Bedingung bewilliget, daß der Restbetrag im Jahre 1870 berichtiget werden wird. Hinsichtlich der vom Stadtmagistrate in Anregung gebrachten Aenderung der Repartition der fraglichen Spitalskosten überlies der Landesausschuß dem Gemeinderathe die Initiative durch Ueberreichung einer Petition an den h. Landtag.

Revision des Gemeindestatutes der Stadt Laibach.

Dem hohen Landtagsbeschlusse vom 28. September 1868, betreffend die Vorlage eines revidirten Entwurfes des Gemeindestatutes für die Stadt Laibach entsprechend, hat sich der Landes-Ausschuß in den Zuschriften vom 7. October 1868, Z. 3698, und vom 23. Februar l. J., Z. 883, mit der Laibacher Gemeinderepräsentanz ins Einvernehmen gesetzt, und wird der vom Gemeinderathe bereits in Angriff genommene revidirte Statutenentwurf, insoferne es möglich sein wird, in einer besonderen Vorlage dem hohen Landtage zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Gemeinde-Umlagen.

Der Landes-Ausschuß hat sub spe rati des hohen Landtages in den Gemeinden St. Kanzian bei Gutenwerth, St. Margarethen und Arch die Einhebung einer 31% Umlage auf die directen landesfürstl. Steuern zur Deckung der Baukosten für die pfarrhöflichen Wirthschaftsgebäude in St. Kanzian auf Ein Jahr bewilliget.[43]

Der Gemeinde Trata bewilligte der Landes-Ausschuß, ebenfalls sub spe rati des hohen Landtages, zur Deckung unvermeidlicher Schulauslagen die Einhebung einer 33% Umlage auf die directen landesfürstl. Steuern für das Jahr 1869.[44]

Endlich hat der Landes-Ausschuß der Gemeinde Kronau die Einhebung der vom Gemeinde-Ausschusse beschlossenen Umlage von 50% auf die directen landesfürstl. Steuern für das Jahr 1869 in den Katastral-Gemeinden Kronau und Wald sub spe rati des hohen Landtages bewilliget.[45]

Da mit der Einhebung der Gemeindeumlagen in den obbezeichneten Gemeinden mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der zu deckenden Auslagen möglichst bald begonnen werden mußte, so sah sich der Landes-Ausschuß bemüssiget, diese Umlagen in Gewärtigung der nachträglichen Zustimmung des hohen Landtages, um deren Ertheilung hiemit gebeten wird, zu bewilligen.

Uebertragung eines Theiles der Kranken- u. Irren-Verpflegskosten f. zahlungsunfähige Kranke auf die Heimats-Gemeinden.

Der n. ö. Landes-Ausschuß hat seinen zur landtäglichen Behandlung vorbereiteten Antrag eines Gesetzentwurfes wegen „Uebernahme eines Theiles der Kranken- und Irrenverpflegskosten von zahlungsunfähigen Kranken von den Heimatsgemeinden" dem krain. Landes-Ausschusse mit der Anfrage mitgetheilt, ob auch von Seite dieses Landes-Ausschusses die Anregung einer ähnlichen Maßregel beabsichtiget wird? Diese Anfrage hat der Landes-Ausschuß in der Erwägung, daß die Gemeinden hierlands fast durchaus kein eigenes Vermögen besitzen, und also zur Bedeckung der ihnen zugewiesenen Krankenkosten doch wieder nur zu Umlagen greifen müßten, in welchem Falle aber einzelne Gemeinden zeitweilig von dieser Last schwer betroffen würden, während sich der Druck bei Berichtigung der Krankenverpflegskosten aus dem Landesfonde entsprechend vertheilt und allmählig ausgleicht; in weiterer Erwägung, daß eine solche Ueberwälzung eines Theiles der Krankenverpflegskosten auf die Gemeinden eine sehr bedeutende, ganz unverhältnißmäßige Vermehrung des Schreibgeschäftes im Gefolge hätte, verneinend beantwortet, aus diesem Anlasse sämmtlichen Gemeindevorständen Krains mittelst eines eigenen gedruckten Circulars in slovenischer und deutscher Sprache ihre Pflicht in Erinnerung gebracht, bei Ertheilung von Armuthszeugnissen an kranke Gemeindeangehörige zum Behufe ihrer Aufnahme in eine öffentliche Krankenanstalt mit der größten Gewissenhaftigkeit vorzugehen.

Auch an die kirchliche Oberbehörde hat sich der Landes-Ausschuß mit dem Ersuchen gewendet, daß auch von Seite der hochwürdigen Pfarrgeistlichkeit den an dieselbe zur Bestätigung gelangenden Armuthszeugnissen der Gemeindevorstände alle Aufmerksamkeit gewidmet werde, um den Landesfond vor unbilliger Belastung mit Krankenverpflegskosten zu bewahren.[46]

Bezirkscassen.

Gemäß hohen Landtagsbeschlusses der XXI. Sitzung vom Jahre 1868 ist der Landes-Ausschuß bei der k. k. Landesregierung wegen Bewilligung des Fortbestandes der Bezirkscassen eingeschritten, und erhielt vom k. k. Landes-Präsidium die Mittheilung, daß die Bezirkscassen noch bis Ende des Jahres 1869 bewilliget sind.

Da die Institution der Bezirksärzte und Bezirkshebammen, welche im § 6 des Rechenschaftsberichtes vom Jahre 1868 ausführlicher besprochen wurde, nach Beseitigung der Bezirkscassen ohne gleichzeitiger Activirung einer andern entsprechenden Einrichtung, als welche die Einführung von Bezirksvertretungen ins Auge gefaßt wurde, ihren pecuniären Stützpunkt verlieren würde, der Fortbestand dieser Sanitäts-Organe aber nicht gefährdet werden darf, so wird, da der Versuch mit den Bezirksvertretungen vor der Hand in unserm Lande aus mehrfachen Rücksichten nicht angezeigt erscheint, der Antrag gestellt, der h. Landtag wolle beschließen, an die h. Regierung das Ersuchen zu stellen, daß die Bezirkscassen

[43] Exh.-Nr. 484.
[44] Exh.-Nr. 1277.
[45] Exh.-Nr. 2377.
[46] Exh.-Nr. 456.

1870. leta dovolijo okrajne blagajnice, ali pa da se stroški za te zdravilne organe plačujejo iz državne blagajnice, kakor stroški za popisovanje in nabiranje vojakov.

Okrajni zastopi.

Deželni odbor je v IX. seji lanskega deželnega zbora priporočal pretresovanje vprašanja, ali se v naši deželi ne bi vpeljali okrajni zastopi, ter s sklepom XXI. seje od 2. oktobra 1868. l. dobil naročilo, to vprašanje na vse strani in iz vseh obzirov pretresovati in prihodnjemu deželnemu zboru primerne nasvete predložiti na sklepovanje.

Deželni odbor, žalibog, letos še ne more v tej zadevi zbornici predložiti pozitiven predlog, kajti čakati je treba, ali in kako se bodo potrdile vélike občine, ktere se z nova vpeljejo po postavi, z najvišim sklepom od 2. januarja 1868. l. potrjeni. Še le djanjski vspeh nove občinske uredbe bode podlaga misli o potrebi in koristi okrajnih zastopov. Deželni odbor se predrzne sploh opomniti le to, da pogled v druge dežele, zlasti na česko kraljestvo, ki je najbolj izobraženo v političnem obziru, očitno kaže, da razmere sedanjega časa niso ugodne vspešnemu delovanju samoupravnih (avtonomnih) okrajnih zastopov.

Imenik kranjskih občin.

V XXI. seji je slavni zbor deželnemu odboru naročil pretresati, kako bi se o ugodni priliki sestavil imenik kranjskih občin.

Kakor je želeti, da se sestavi tak imenik, vendar deželni odbor do sedaj ni mogel ustreči naročilu deželnega zbora, ker je pred durmi ustanovitev novih občin. Ko se ustanové nove občine, skrb bode deželnemu odboru, da pripravi vse, česar treba za imenik občin, kterega morda že v prihodnjem zborovanji predloži slavnemu deželnemu zboru.

Načrt postave o občinskih posestih in gozdih v Dalmaciji.

Deželnemu odboru je od c. k. deželnega predsedstva došel načrt postave za Dalmacijo, sestavljen pri c. k. ministerstvu za poljodelstvo o rabi in deloma razdelitvi občinskih posestev in o oskrbovanji gozdov, da izreče, ali in kako daleč bi se določbe te postave dale obrniti tudi na razmere naše dežele?

Ta načrt pa, kakor je določno izreklo vis. ministerstvo za poljodelstvo, nima nikakoršnega upliva na obravnavo zarad postave, ktero je kranjski deželni zbor sklenil o razdelitvi občinskih pašnikov in menjalk.

Ker se določbe postave — ugodne za potrebe dalmatinske — zarad velikega razločka posestvenih in gospodarskih razmer dalmatinskih in kranjskih sploh ne bi dale obračati na našo deželo, zato je deželni odbor kazaje na postavo, ktero je kranjski deželni zbor sklenil o razdelitvi občinskih pašnikov in menjalk, kakor tudi z ozirom na posvetovanje posebne postave za vojvodino kranjsko o pregledu gozdne postave od 1852. l., bil te misli, da mu ni treba meritorično pretresati omenjeni načrt postave za Dalmacijo.[47]

§. 8. Občila ali ceste.

Most čez Kolpo pri Gašparčah se ne privolji.

Vsled sprožitve hrvaško-slavonsko-dalmatinskega namestništva v Zagrebu se je deželni odbor zopet poprijel obravnav, 1861. l. pričetih zarad stanovitnega mosta čez Kolpo pri Gašparčah, da se zvežete Kolpina in Čubrankina dolina, ter od kočevsega odbora skladnih cest zahteval[48] da pové, kaj on misli o tem.

Po sporočilu omenjenega odbora od 21. junija t. l. št. 82 že več let sem popolnoma počiva kupčija z lesom, zarad ktere se je prav za prav predlagal ta most, in sedaj se ondi največ prevaža žito in vino, kar se tudi v prihodnje še lahko stori po brodu pri Vosajlu, zato se ne da opravičiti, da bi se ta most z neprimerno velikimi stroški delal, in to tem manj, ker se s 5354 gld. 6¾ kr., kolikor bi bilo treba iz kranjskega deželnega zaloga podpore dati za ta most, osivniška skladna cesta, izpeljana od Čubra do Mrtovca, prav lahko, ako se privzemo občine ktere tiče, skoz Srobotnik in Kuželj do Petrinje dalje pelje na Kranjski strani ob Kulpinem bregu prav do mosta pri Brodu.

Nasnutek za osilniško skladno cesto od Mrtovca do Petrinje.

Nadaljevanje osilniške skladne ceste na Kranjski strani zdi se deželnemu odboru ne le iz splošnih dezelnih koristi ampak tudi iz obzira na občini Srobotnik in Kuželj, ki stojite ob Kolpi in ste zvezani le s sosešćnjimi poti, tako važno, da bi slavnemu deželnemu zboru raji priporočal to cesto, da se podpira, nego most pri Gašparčah, ki bi največ na korist bil hrvaškim vasem.

Deželni odbor je toraj kočevskemu cestnemu odboru naročil, naj precej prične izdelovati načrt za to novo cesto, in preračunjati stroške, obravnavati z občinami, ki se imajoprivzeti k tej skladni cesti, in naj do konca avgusta t. l. dogotovljen izdelek deželnemu odboru pošlje, da se slavnemu deželnemu zboru more staviti predlog o podpori te ceste iz deželnega zaloga.

To je bilo tudi c. k. kranjski deželni vladi naznanjeno s prošnjo, da tako tudi sporoči kr. hrvaško-slavonsko-dalmatinskemu namestništvu v Zagrebu.[49]

Črnska cesta.

V 7. §. lanskega sporočila je deželni odbor slavnemu deželnemu zboru na znanje dal, doklé so bile dospele obravave o Črnski cesti na štajerski strani.

[47] Vlož. zapisn. številka 1516.
[48] Vlož. zapisn. številka 2477.
[49] Vlož. zapisn. številka 2819.

noch weiter hin und wenigstens bis Ende des Jahres 1870 belassen, oder aber daß die Entlohnung des gedachten Sanitäts-Personales, sowie die Auslagen für die Militär-Conscription und Recrutirung aus der Staatscasse bestritten werden.

Bezirksvertretungen.

Der Landes-Ausschuß hat in der IX. Sitzung der vorjährigen Landtags-Session die Frage hinsichtlich der Einführung von Bezirksvertretungen in unserm Lande der Berathung des hohen Hauses empfohlen und mit dem hohen Beschlusse der XXI. Landtags-Sitzung vom 2. October 1868 den Auftrag erhalten, diese Frage einer genauen, alle maßgebenden Rücksichten umfassenden Erhebung und Erörterung zu unterziehen und hierüber dem hohen Landtage in der nächsten Session die geeigneten Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen.

Leider ist der Landes-Ausschuß heuer noch nicht in der Lage, in dieser Angelegenheit mit irgend einem positiven Antrage vor das hohe Haus treten zu können, indem noch abgewartet werden muß, ob und inwiefern die nach dem mit der Allerh. Entschließung vom 2. Jänner 1869 sanctionirten Gesetze neu in Wirksamkeit tretenden Hauptgemeinden sich bewähren werden, um auf die Gestaltung und die practischen Erfolge des neuen Gemeinde-Organismus das Gutachten über die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Bezirksvertretungen stützen zu können. Der Landes-Ausschuß erlaubt sich nur die allgemeine Bemerkung, daß ein Blick in andere Länder, namentlich aber in das politisch am meisten entwickelte Königreich Böhmen deutlich zeigt, daß unsere Zeitverhältnisse dem erfolgreichen Wirken autonomer Bezirksvertretungen nicht günstig sind.

Gemeinde-Kataster.

In der XXI. Sitzung hat der h. Landtag den Landes-Ausschuß beauftragt, in Ueberlegung zu ziehen, auf welche Art bei günstiger Gelegenheit ein Gemeindekataster angefertigt werden könnte.

So wünschenswerth die Anlegung eines derlei Katasters auch ist, so konnte der Landes-Ausschuß doch bisher dem Auftrage des h. Landtages nicht entsprechen, weil die Neubildung der Gemeinden bevorsteht, bisher jedoch noch nicht durchgeführt ist. Sobald jedoch die neuen großen Gemeinden gebildet sein werden, wird der Landes-Ausschuß das Nothwendige wegen Herstellung eines vollständigen Gemeindekatasters veranlassen, und hoffentlich in der nächsten Session denselben dem h. Landtage vorlegen.

Gesetzentwurf über Gemeindegründe und Waldungen in Dalmatien.

Dem Landes-Ausschusse wurde ein im k. k. Ackerbau-Ministerium verfaßter Gesetzentwurf für Dalmatien über die Benützung und theilweise Vertheilung der Gemeindegründe und über die Aufforstung und Erhaltung der Gemeindewaldungen vom k. k. Landes-Präsidium zur Aufgabe des Gutachtens in der Richtung mitgetheilt, ob und in wie weit die Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes auch auf die hierländigen Verhältnisse Anwendung finden könnten?

Dieser Gesetzentwurf soll jedoch nach der ausdrücklichen Bemerkung des h. Ackerbau-Ministeriums auf die noch schwebende Verhandlung über das vom krainischen Landtage beschlossene Gesetz wegen Vertheilung der Gemeindehutweiden und der Wechselgründe in keiner Weise einen Einfluß nehmen.

Da mit Rücksicht auf die große Differenz der Bodenbesitz- und Bewirthschaftungs-Verhältnisse Dalmatiens und Krains die Bestimmungen eines den Bedürfnissen Dalmatiens angepaßten Gesetzes hierlands im Allgemeinen nicht anwendbar wären, so fand es der Landes-Ausschuß unter Hinweisung auf das vom h. krainischen Landtage beschlossene Gesetz, betreffend die Vertheilung der Gemeinde-Hutweiden und der Wechselgründe, sowie mit Rücksicht auf die in einem eigenen Gesetzentwurfe für das Herzogthum Krain niedergelegten commissionellen Berathungen über die Revision des Forstgesetzes vom Jahre 1852, nicht angezeigt, in eine meritorische Prüfung des in Rede stehenden dalmatinischen Gesetzentwurfes einzugehen.[47]

§ 8. Communicationsmittel.

Brückenbau über d. Kulpa bei Gašparče abgelehnt.

Ueber Anregung des kroa.-slavonisch.-dalmatinischen Statthaltereirathes in Agram, hat der Landes-Ausschuß die im Jahre 1861 begonnene Verhandlung wegen Erbauung einer stabilen Brücke über die Kulpa bei Gašparče zur Erleichterung der Communication im Kulpa- und Čubrankathale wieder aufgenommen, und vom Concurrenz-Straßen-Comité in Gottschee das Gutachten abverlangt.[48]

Da nach der Erklärung des genannten Straßen-Comité's vom 21. Juni l. J., Z. 82, der Holzverkehr im Kulpathale, zu dessen Förderung vorzugsweise jener Brückenbau beantragt wurde, schon seit Jahren völlig ruht, und gegenwärtig der Verkehr dortselbst hauptsächlich auf Getreide- und Weinzufuhr beschränkt ist, welcher auch durch die bei Wosail befindliche Ueberfuhrplätte noch weiterhin vermittelt werden kann, so erscheint die Erbauung einer Brücke mit einem verhältnißmäßig hohen Kostenaufwande um so weniger gerechtfertigt, als mit der aus dem krainischen Landesfonde beanspruchten Subvention von 5354 fl. 6¾ kr. sehr leicht die von Čubar bis Mertovitz ausgeführte Ossiunitzer Concurrenz-Straße mit Zuhilfnahme der tangirten Gemeinden über Srobotnik und Kuželj bis Petrina auf der krainischen Seite längs dem Kulpa-Ufer zum Anschlusse an die Brücke in Brod fortgeführt werden könnte.

Project zum Ausbaue der Ossiunitzer Concurrenz-Straße von Mertovitz bis Petrina.

Dieses Project der Fortführung der Ossiunitzer Concurrenz-Straße auf krainischer Seite, erscheint dem Landes-Ausschusse sowohl im allgemeinen Landesinteresse, als auch mit Rücksicht auf die längs der Kulpa gelegenen, bisher auf bloße Vicinal-Wege beschränkten Gemeinden Srobotnik und Kuželj von solcher Wichtigkeit, daß er eher die Subventionirung dieser neu zu eröffnenden Straßenstrecke, als jene des zunächst den kroatischen Dörfern vortheilhaften Brückenbaues bei Gašparče beim hohen Landtage befürworten könnte.

Der Landes-Ausschuß hat daher das Straßen-Comité in Gottschee beauftragt, sogleich an die Ausarbeitung eines Planes und der Kostenüberschläge des neuen Straßenprojectes zu gehen, die Concurrenzverhandlungen mit den in diesen Straßenbau einzubeziehenden Gemeinden zu pflegen und bis Ende August d. J. ein spruchreifes Elaborat behufs Antragstellung im hohen Landtage wegen Subventionirung dieses Straßenbaues aus Landesmitteln zu liefern.

Dieser Sachverhalt wurde auch der k. k. krainischen Landesregierung mit dem Ersuchen zur Verständigung des k. kroatisch-slavonisch-dalmatinischen Statthaltereirathes in Agram mitgetheilt.[49]

Černaer Straße.

Unter § 7 des Rechenschaftsberichtes des Landes-Ausschusses vom Jahre 1868 wurde der Stand der Verhandlung wegen Ausbaues der Černaer Straße auf steierischer Seite dem hohen Landtage zur Kenntniß gebracht.

[47] Exh.-Nr. 1516.
[48] Exh.-Nr. 2477.
[49] Exh.-Nr. 2819.

Deželni odbor sedaj slavnemu deželnemu zboru naznanja, kako se je dalje obravnavala ta stvar.

Vsled dopisa štajerskega deželnega odbora od 12. oktobra 1868 št. 4867 je štajerski deželni zbor v zadnjem zborovanji bil zoper to, da se Črnska cesta, kolikor je je na štajerski strani, vvrsti med okrajne ceste I. razreda, gornjegrajski okrajni zastop pa je še ni hotel sprejeti med okrajne ceste II. razreda.

Izid teh obravnav je deželni odbor kamniškemu mestnemu predstojništvu in odboru skladnih cest kamniškega okraja na znanje dal s prošnjo, naj se med seboj in s predstojništvi dotičnih občin porazumejo in premišljajo, kako bi se vendar-le Črnska cesta dala izdelati na štajerski strani, od koder ravno se je bila sprožila misel o izpeljavi te skladne ceste, za ktero so kranjske občine jako veliko storile, kajti ta cesta, ko se izpelje do Gornjega grada, bode važna in gotovo na veliko korist obeh dežel mejašem.

Deželni odbor je mislil, da bi morda ustni pogovori zastopnikov kranjskih občin z gornjegrajskim okrajnim zastopom največ pomagali.[50]

Toda v zapisniku, kterega je kamniški cestni odbor po razumenju s kamniškim mestom in z občinami kamniškega okraja sestavil 1. aprila 1869. l., izrekajo občinski predstojniki, da nimajo v tej stvari nikakoršnega upliva do gornjegrajskega okrajnega zastopa. Večina vprašanih občinskih zastopov je izrekla prošnjo, naj Črnska cesta neha biti okrajna cesta, dokler se tudi na štajerski strani ne naredi za okrajno cesto. Le štirje občinski predstojniki so bili zoper ta večinin sklep ter so izrekli prošnjo, naj bi ne nehala vsa cesta biti skladna cesta, ampak naj bi cesta od podnožja Črnivške gore do Stranj ostala okrajna cesta, širja cesta od Stranjskega mosta pa do Kamnika, ktera se je na desnem bregu Bistrice ob smodniških malnih ravno kar izpeljala na državne stroške, naj bi se vvrstila med skladne ceste.

Deželni odbor pa je tega mnenja, da ta manjšinina prošnja ni utrjena in da se tudi ne dá izpeljati, ter je pritrdivši večininemu izreku v seji 8. maja t. l. sklenil, slavnemu deželnemu zboru staviti predlog, naj Črnska cesta neha biti skladna cesta.

V novejšem času pa je deželni odbor zvedel, da je gornjegrajski okrajni zastop med tem zopet sklenil, izdelati cesto od Gornjega grada do kranjske meje ter zvezati jo s Črnsko cesto, in da je že pričel delati jo, zato se je z dopisom od 20. avgusta t. l. št. 1555 obrnil do gornjegrajskega okrajnega zastopa, naj mu naznani, koliko je resnice v tej zvedbi. Odgovor ki se še pričakuje, pokaže, ali bode deželni odbor slavni zbornici predlagal, da se opusti Črnska okrajna cesta, ali pa da se prične popravljati, ker se je med temi obravnavami precej zanemarila.

Podpora za most čez Mirno.

Krško-rateški cestni odbor je s predloženim izdelanim stavbinim nasnutkom potrebo zidanega mosta čez Mirno na Krško-vaški cesti dokazal. Deželni odbor je toraj vsled pooblastila slavnega deželnega zbora od 3. oktobra 1868. l. s sklepom od 8. maja t. l. za ta most, ki se je v javni dražbi oddal za 5400 gld., podpore iz deželnega zaloga privolil 1800 gld.[51]

Kokerska cesta.

Vsled slavnega deželnega zbora sklepa od 2. oktobra 1868. l. je deželni odbor do c. k. deželne vlade in do vis. ministerstva notranjih zadev obrnil se s prošnjo, naj bi se kokerska cesta boljše popravljala oziroma preložila na nekterih krajih.[52]

C. k. deželna vlada je deželnemu odboru naznanila, da je že meseca julija 1868. l. vis. ministerstvu razkazala potrebo, da se ta cesta zlasti čez goro Ljubelica preloži, da je od ministerstva dobila privoljenje, izdelati dotični nasnutek ter da je stavbnemu uradu pri c. k. okrajnem glavarstvu v Kranji naročila izdelati ta nasnutek.[53]

Pozneje je c. k. deželna vlada naznanila, da se je za kokersko cesto v državni proračun vstavilo 10.000 gld. kot izvanredna potrebščina. Ozir stroškov, ki bodo še potrebni po nasnutku, c. k. deželna vlada pravi, da se o svojem času predložé dotični nasveti.[54]

Cesta skozi reško dolino.

Senožeškega okraja cestni obbor je konec lanskega leta pri deželnem odboru z nova iz deželnega zaloga prosil podpore za popravljanje reške ceste, da-siravno je slavni deželni odbor tej cesti že v prejšnjih letih dovolil podporo, in sicer 1866. l. 1000 gld. in 1867. l. zopet 1000 gld.

Ta prošnja je bila podpirana s tem, da je to cesta stala 32.000 gld., da je popravljanje te ceste, ki je v senožeškem okraji 3132° dolga in $3^1/_2$° široka in vsako leto stane 2800 gld., pretežko breme za ubožane prebivalce brez obrtnije, to tem več, ker morajo še druge okrajne in občinske ceste in poljske pote v obsegu 30.000° popravljati. Vrh tega je silno treba mnogih novih poprav na tej cesti in neogibno se mora v 1869. l. plačati stari zaostanek stavbnih stroškov. Tolikanj teže breme pa je senožeskemu okraju popravljati

[50] Vlož. zapisn. številka 3283 de 1868.
[52] Vlož. zapisn. številka 1985.
[51] Vlož. zapisn. številka 553.
[53] Vlož. zapisn. številka 811.
[54] Vlož. zapisn. številka 2217.

Der Landes-Ausschuß bringt nun im Folgenden den weitern Verlauf dieses Gegenstandes zur Kenntniß des hohen Hauses:

Laut Note des steiermärkischen Landes-Ausschusses vom 12. October 1868, Z. 4867, hat sowohl der steiermärk. Landtag in der letztabgelaufenen Session die Einreihung der auf steierischer Seite befindlichen Strecke der Černaer Straße in die Kategorie der Bezirksstraßen I. Classe, als auch die Bezirksvertretung von Oberburg die Aufnahme dieser Straßenstrecke unter die Bezirksstraßen II. Classe abgelehnt.

Dieses Ergebniß der Verhandlung hat der Landes-Ausschuß der Vorstehung der Stadt Stein und dem Concurrenzstraßen-Bau-Comité des Steiner Bezirkes mit der Einladung mitgetheilt, im gegenseitigen Einvernehmen, sowie im Einvernehmen mit den Vorstehungen der betheiligten Gemeinden in Erwägung zu ziehen, welche Mittel und Wege einzuschlagen wären, um den Ausbau der Černaer Straße auf steierischem Boden dennoch zu Stande zu bringen, da ehemals ja eben von dieser Seite die Anregung zur Herstellung der fraglichen Concurrenzstraße, für welche die krainischen Gemeinden sehr namhafte Opfer gebracht haben, ausgegangen ist, und diese Straße nach ihrer Vollendung bis Oberburg gewiß für beide angrenzenden Landestheile von Bedeutung und Nutzen sein würde.

Der Landes-Ausschuß hat die Absendung einiger Vertreter der krainischen Gemeinden an die Bezirksvertretung von Oberburg behufs mündlicher Unterhandlung als ein, möglicher Weise zum Ziele führendes Mittel bezeichnet.[50]

In dem vom Steiner Concurrenz-Straßenbau-Comité im Einvernehmen mit der Stadt Stein und mit den Landgemeinden des Steiner Bezirkes diesfalls aufgenommenen Protokolle vom 1. April 1869 erklären sich die Gemeindevorstände außer Stand zu sein, auf die Oberburger Bezirksvertretung in dieser Angelegenheit irgendwelchen Einfluß üben zu können. — Die Mehrheit der einvernommenen Gemeindevorstehungen sprach die Bitte aus, daß der Černaer Straßenzug insolange als Bezirksstraße aufgelassen werde, bis dieser Straßenzug auch auf steierischer Seite als Bezirksstraße hergestellt sein wird. — Nur vier Gemeindevorstände sprachen sich gegen den von der Majorität gefaßten Beschluß aus, und brachten die Bitte vor, daß nicht der ganze Straßenzug als Concurrenzstraße aufgelassen werde, sondern daß ein Theil davon vom Fuße des Černivc Berges bis gegen Strajne als Bezirksstraße bestehen bleibe, von der Brücke bei Strajne aber bis Stein die am rechten Ufer der Feistritz längs den Pulver-Mühlen sich hinziehende, viel breiter und eben angelegte ärarische Bezirksstraße als Concurrenzstraße erklärt werde.

Der Landes-Ausschuß hielt jedoch dieses Minoritäts-Votum für weniger begründet und für kaum durchführbar und hat der Ansicht der Majorität beitretend in der Sitzung am 8. Mai d. J. beschlossen, in der nächsten Landtags-Session die Auflassung der Černaer Straße als Concurrenzstraße zu beantragen.

Da aber in jüngster Zeit der Landes-Ausschuß eine Kunde erhielt, daß die Bezirksvertretung von Oberburg mittlerweile die Herstellung der Straßenpartie von Oberburg bis an die krain. Gränze mit dem Anschlusse an die Černathaler Straße wieder beschlossen und selbst schon mit den diesfälligen Arbeiten begonnen habe, so wendet er sich mit Zuschrift vom 20. August d. J., Z. 1555, an die Oberburger Bezirksvertretung um Ertheilung der diesfälligen Auskunft, und es wird von dem Inhalte der noch zu gewärtigenden Antwort der genannten Bezirksvertretung abhängen, ob der Landes-Ausschuß dem h. Hause einen Antrag auf Auflassung der Černathaler Bezirksstraße einbringen, oder aber die Einleitungen zur völligen Instandsetzung des während den schwebenden Verhandlungen minder aufmerksam conservirten krain. Straßentheils treffen wird.

Subvention f. die Neuring Brücke.

Das Concurrenzstraßenbau-Comité Gurkfeld-Račah hat unter Vorlage des detaillirten Bauprojectes die Nothwendigkeit der Herstellung einer steinernen Brücke über die Neuring an der Munkendorfer Straße nachgewiesen. Der Landes-Ausschuß hat sonach zufolge Ermächtigung des hohen Landtages vom 3. October 1868 mit Sitzungsbeschluß vom 8. Mai d. J. zu diesem Brückenbau, dessen Ausführung um den Pauschalbetrag von 5400 fl. im Lizitationswege hintangegeben wurde, den Beitrag von 1800 fl. aus dem Landesfonde bewilliget.[51]

Kanker Straße.

Zufolge hohen Landtagsbeschlusses vom 2. October 1868 ist der Landes-Ausschuß bei der k. k. Landesregierung und beim hohen Ministerium des Innern um die bessere Conservirung, beziehungsweise um die Umlegung einiger an derselben befindlichen steilen Strecken der Kanker Straße eingeschritten.[52]

Nach der über diesen Gegenstand dem Landes-Ausschusse gemachten Mittheilung hat die k. k. Landesregierung schon im Juli 1868 dem h. Ministerium die Nothwendigkeit der Umlegung der Kanker Straße, namentlich über den Ljubelcaberg vorgestellt, und von hochdemselben die Bewilligung zur Verfassung des bezüglichen Projectes erhalten, dessen Ausarbeitung den Bau-Organen der k. k. Bezirkshauptmannschaft Krainburg aufgetragen wurde.[53]

Nach einer spätern Mittheilung der k. k. Landesregierung wurden in den Voranschlag pro 1869 für die Kanker Straße 10.000 fl. als außerordentliches Erforderniß eingestellt; bezüglich der weitern präliminarmäßigen Kostenbedeckung werden aber nach Versicherung der politischen Landesbehörde seinerzeit die geeigneten Anträge gestellt werden.[54]

Rekathaler-straße.

Das Straßen-Comité des Bezirkes Senosetsch ist beim Landes-Ausschusse gegen Ende des vorigen Jahres neuerlich um eine Subvention aus dem Landesfonde für die Erhaltung der Rekathalerstraße eingeschritten, ungeachtet solche Subventionen bereits in den Vorjahren und zwar im Jahre 1866 pr. 1000 fl. und im Jahre 1867 ebenfalls mit 1000 fl. vom h. Landtage bewilliget worden sind.

Zur Begründung wurde angeführt, daß die Herstellung dieser Straße einen Kostenaufwand von 32.000 fl. verursacht habe, und daß die Erhaltung des im Bezirke Senosetsch gelegenen Fragmentes derselben in einer Länge von 3132° und einer Breite von $3^1/_2$° mit einem jährlichen Kostenaufwande von 2800 fl. für die ohnehin ganz verarmte und erwerbloße Bevölkerung jenes Bezirkes bei dem Umstande, als zudem noch andere Bezirks- dann Gemeindestraßen und Feldwege in einer Ausdehnung von 30.000 Klaftern in gutem Stande zu erhalten sind, geradezu erdrückend sei. Uebrigens seien mehrere sehr dringende Neuherstellungen an der Rekathaler Straße, so wie die Berichtigung eines alten Baukostenrückstandes im Jahre 1869 unabweislich. Doppelt schwer aber falle dem Bezirke Senosetsch die Concurrenz

[50] Exh.-Nr. 3883 de 1868.
[51] Exh.-Nr. 1985.
[52] Exh.-Nr. 553.
[53] Exh.-Nr. 811.
[54] Exh.-Nr. 2217.

reško cesto zato, ker to cesto malo rabijo, med tem ko so stanovniki bistriškega okraja, ki po njej izvažajo vse svoje poljske in gozdne pridelke, oproščeni vseh skladeb za njeno popravljanje, ker je ta cesta, kolikor je je v bistriškem okraji, državna cesta. Senožeški cestni odbor je toraj stavil daljno prošnjo, naj bi deželni odbor delal na to, da tudi cesta, ki vodi skozi senožeški okraj, postane državna.

Navedeni vzroki so deželni odbor nagnili, da je senožeškemu cestnemu odboru iz deželnega zaloga privolil 500 gld. podpore, ob enem se je pa tudi z dopisom od 14. januarja 1869. l. št. 3324 obrnil do c. k. deželne vlade s silno prošnjo, naj bi se z nova poprijele obravnave prejšnjih let o inkameriranji omenjenega cestnega kosa: kajti že takrat, ko se je pričela delati reška cesta, bil je namen vvrstiti jo med državne ceste; uno cesto pa, ki s to štric gre skozi čičarijo, izbrisati izmed državnih cest, ker je neukretno izpeljana po visoki plani nerôdnih krajev in zarad večkratnih zametov.

V tem namiravanji je tudi iskati vzrok, da se je reška cesta delala $3^1/_2{}^0$ široka, toraj mnogo širja, kakor je navadno treba okrajni cesti. (15′).

Ker je že en kos te ceste, namreč od Strusnikarja do deželne meje, inkameriran, zato je le treba, da se inkamerira tudi isti kos od Strusnikarja do Famle oziroma do železničine postaje v Divači, in tako bode nepotrebna vsporedna cesta skozi Čičarijo in prihrani se mnogo stroškov za cestno popravljanje.

C. k. deželna vlada je tudi pritrdila deželnega odbora nasvetu ter je z dopisom od 13. februarja 1869. l. št. 624[55] naznanila, da je c. k. tržaško namestništvo poleg odgovora od 15. januarja 1869. l. št. 14474 vis. c. k. ministerstvu notranjih opravkov ozir inkameriranja reške skladne ceste od Strušnikarja skozi Britof in Korgnale do Bazovice že predložilo dotični nasnutek ozir primorske ceste. Dalje je c. k. deželna vlada naznanila, da ob enem podpiraje nasvet za inkameriranje te ceste sporoča in potrebni predlog ozir kranjskega cestnega kosa stavi vis. c. kr. ministerstvu.

Vis. c. k. ministerstvo notranjih opravkov pa je, žalibog, nasvete deželnih uradov, Kranjskega in Isterskega, zavrglo z ukazom do voditelja tržaškega namestništva od 8. aprila 1869. l. št. 2680; ta ukaz je deželnemu odboru došel v prepisu.[56] V njem se ministerstvo naslanja na prejšnje neugodno rešilo vis. c. k. državnega ministerstva od 1866. l., pristavlja, da bi se morala ta cesta, ako bi Primorska in Kranjska deželna vlada še kedaj zarad posebnih okoliščin utegnila nasvetovati inkameriranje Bazoviško-Škofeljsko-Strusnikarjeve ceste, po vsakem načinu ali na okrajne ali deželne stroške spraviti v vélikih cest stan za sprejem primeren; tudi bi se, predno se to stori, moral poprašati isterski deželni zastop, ker gre zato, da se na Primorskem opustí državna cesta, ki za to deželo ne utegne biti brez važnosti.

Neugodni izid teh obravnav naznanil se je senožeškemu cestnemu odboru ter se na znanje daje tudi slavnemu deželnemu zboru.

Cestninski zapor v Rakeku se ne privoli.

Po slavnega deželnega odbora sklepu iz XXIII. seje 3. oktobra 1868. l. nakazala se je cestnemu odboru planinskega okraja dovoljena podpora 100 gld. iz deželnega zaloga; ob enem se je pa deželni odbor do c. k. deželne vlade obrnil s prošnjo, naj se na Rakek-cerkniški in Rakek-planinski skladni cesti cestnina vpelje s tem, da se v Rakeku postavi šranga, da se povrne vsaj nekoliko velikih stroškov za popravljanje te ceste.

Deželni odbor, žalibog, slavnemu deželnemu zboru ne more sporočati ugodni izid v tej stvari, kajti c. k. deželna vlada mu je 7. januarja t. l. št. 9008 odgovorila, da zaželene cestnine ne more dovoliti.[57]

O podpori, ki naj bi se za vsako leto privolila planinskemu cestnemu odboru, pripravi se poseben predlog.

Ljubljansko-belaška železnica.

V lanskem sporočilu pohvaljeno delovanje ljubljanskega odbora za ljubljansko-beljaško železnico, ki je že v delu, je sklenjeno z oddajo te železnice c. k. priv. Cesarjevič Rudolfovi železničini družbi.

Opomniti je le, da je železničin odbor deželnemu zalogu že povrnil tistih 5000 gl., ki so se mu bili izplačali za trasovanje te železnice.[58]

Ljubljansko-karlovška železnica.

Na vlogo deželnega odbora od 29. nov. 1868. l. št. 4386, ktero je vis. kupčijskemu ministru izročil vsled obravnave o ljubljansko-karlovški železnici XXII. seje deželnega zbora, odgovorilo je to vis. ministerstvo, da pripoznava važnost te železničine zveze in da se je na-njo oziralo v načrtu postave o dopolnjevanji avstrijske železniške mreže, kterega je 15. marca t. l. predložilo državnemu zboru.

Predno se pa ustanové natančnejše koncesijske določbe, oziroma predno se posebna dotična postava predloži državnemu zboru, morajo izdelani biti dotični posebni nasnutki in do gotovosti priti, da se ta železnica sklene z dalmatinsko.[59]

---

[55] Vlož. zapisn. številka 818 de 1869.
[56] Vlož. zapisn. številka 1883 de 1869.
[57] Vlož. zapisn. številka 294.
[58] Vlož. zapisn. številka 3648.
[59] Vlož. zapisn. številka 1643.

für die Rekathaler Straße aus dem Grunde, weil die Concurrenten diese Straße nur sehr wenig benützen, während die Insassen des Bezirkes Feistritz, welche auf derselben alle ihre Feld- und Waldproducte verfrachten, von jeder Beitragsleistung zu deren Erhaltung verschont bleiben, weil die innerhalb der Grenzen des Feistritzer Bezirkes gelegene Strecke der Rekathaler Straße incamerirt worden ist. Das Straßen-Comité von Senosetsch hat daher die weitere Bitte gestellt, der Landes-Ausschuß möge dahin wirken, daß nun auch der Zug durch das Senosetscher Gebiet gleichfalls incamerirt werde.

In Würdigung der vorangeführten Gründe hat der Landes-Ausschuß dem Senosetscher Straßen-Comité eine bare Subvention pr. 500 fl. aus dem Landesfonde bewilligen zu sollen geglaubt, gleichzeitig aber verwendete er sich mit Note vom 14. November 1869, Z. 3324, an die hiesige k. k. Landesregierung mit dem dringenden Ersuchen, die schon vor Jahren mit der k. k. Triester Statthalterei gepflogenen Verhandlungen wegen der Incamerirung der fraglichen Straßen-Strecke wieder aufzunehmen. Denn bereits damals, als der Bau der Rekathalerstraße in Angriff genommen worden war, hatte man den Plan, dieselbe zu einer Reichsstraße zu erheben, dafür aber die mit derselben parallel laufende ärarische Straße durch das Tschitschengebiet wegen ihrer unzweckmäßigen Anlage über eine Hochebene und durch unwirthbare Gegenden, wo sie häufigen Schneeverwehungen ausgesetzt ist, zu excameriren.

In diesem Projecte dürfte auch der Grund zu suchen sein, daß die Rekathaler Straße in einer Breite von $3^1/_2{}^0$, also weit über das Normal-Maß einer Bezirksstraße (15') angelegt worden ist.

Nachdem nur ein Theil derselben, nämlich vom Strußniker bis an die Landesgrenze bereits incamerirt worden ist, so erübriget nur mehr die Incamerirung der Strecke vom Strußniker bis Famle resp. bis zur Eisenbahn, Station Divača, um die Parallel-Linie durch das Tschitschenland ganz entbehrlich zu machen und auf solche Art eine namhafte Ersparung an Straßen-Erhaltungskosten herbeiführen.

Die hiesige k. k. Landesregierung ist auf die Anträge des Landes-Ausschusses auch eingegangen, und hat mit Note vom 13. Februar 1869, Z. 624,[55] eröffnet, daß die k. k. Statthalterei in Triest laut Mittheilung vom 15. Jänner 1869, Z. 14474, in Absicht auf die Incamerirung der Rekathaler Concurrenz-Straße vom Strußniker über Britof und Corgnale nach Baßovizza das diesfällige Detailproject bezüglich des küstenländischen Straßenzuges bereits an das hohe k. k. Ministerium des Innern vorgelegt habe, während die k. k. Landesregierung in Unterstützung des Incamerirungs-Antrages unter Einem dahin Bericht erstatte und die erforderlichen Anträge bezüglich des krain. Straßenzuges stelle.

Leider hat das h. k. k. Ministerium des Innern die Anträge der Landesbehörden von Krain und Istrien mit Erlaß an den Statthalterei-Leiter in Triest vom 8. April 1869, Z. 2680, welcher dem Landes-Ausschusse in Abschrift zugekommen ist,[56] unter Hinweisung auf eine frühere absprechende Erledigung des h. Staatsministeriums vom Jahre 1866 abzulehnen befunden mit dem Beifügen, daß für den Fall, als sich die Landesstellen im Küstenlande und in Krain in späterer Zeit durch besondere Umstände veranlaßt finden sollten, die Incamerirung der Straße Bassovizza-Scoffle Strußnikar wieder in Anregung zu bringen, müßte, bevor die gedachte Straße jedenfalls auf Bezirks- oder Landeskosten in einen zur Uebernahme geeigneten chausséemäßigen Stand versetzt werden und auch früher das Gutachten der Istrianer Landesvertretung eingeholt werden, da es sich darum handeln würde, eine Aerarialstraße im Küstenlande aufzulassen, die für dasselbe nicht ohne Bedeutung sein dürfte.

Dieses ungünstige Endergebniß der Verhandlung wurde zunächst dem Senosetscher Straßen-Comité mitgetheilt und wird nun auch dem h. Landtag zur Kenntniß gebracht.

Nichtbewilligung eines Mauthschrankens in Rakek.

Gemäß hohen Landtags-Beschlusses der XXIII. Sitzung vom 3. October 1868 wurde dem Concurrenz-Straßenbau-Comité des Planinaer Bezirkes die bewilligte Subvention von 1000 fl. aus dem Landesfonde angewiesen; zugleich hat sich der Landes-Ausschuß an die k. k. Landesregierung wegen Einführung einer Straßenmauth auf der Rakek-Zirknizer und Rakek-Planinaer Concurrenz-Straße mit der Aufstellung eines Mauthschrankens in Rakek, behufs theilweiser Deckung der großen mit der Erhaltung dieser Straßen verbundenen Kosten, gewendet.

Leider hat der Landes-Ausschuß keinen günstigen Erfolg dieser Angelegenheit dem hohen Hause zu berichten, denn die k. k. Landesregierung hat demselben unterm 7. Jänner l. J., Z. 9008, erwiedert, daß sie in die angestrebte Mauthbewilligung nicht eingehen könne.[57]

Ueber die dem Planinaer Concurrenz-Straßenbau-Comité aus Landesmitteln jährlich zu bewilligende Subvention wird eine abgesonderte Vorlage vorbereitet.

Laibach-Villacher Eisenbahn.

Die im vorjährigen Rechenschaftsberichte des Landes-Ausschusses hervorgehobene Thätigkeit des Laibacher Eisenbahn-Comité's für das Zustandekommen der bereits im Baue begriffenen Laibach-Villacher Eisenbahnlinie hat durch die Concessionirung der k. k. privilegirten Kronprinz Rudolfsbahn-Gesellschaft mit diesem Eisenbahnbaue ihren Abschluß erhalten.

Es kommt nur noch zu bemerken, daß das Eisenbahn-Comité den für die Tracirungs-Arbeiten aus dem Landesfonde erhaltenen Vorschuß pr. 5000 fl. bereits rückgezahlt hat.[58]

Laibach-Karlstädter Eisenbahnlinie

In Betreff des in der XXII. Landtagssitzung vom Jahre 1868 verhandelten Zustandekommens einer Eisenbahn von Laibach nach Karlstadt wurde dem Landes-Ausschusse vom hohen Handels-Ministerium über die Eingabe vom 29. November 1868, Z. 4386, eröffnet, daß die Wichtigkeit dieser Eisenbahn-Verbindung anerkannt werde, und in dem am 15. März d. J. im Abgeordnetenhause eingebrachten Gesetzentwurfe wegen Vervollständigung des österr. Eisenbahnnetzes auf dieselbe Rücksicht genommen wurde.

Zur Feststellung der näheren Concessions-Bestimmungen, beziehungsweise zur Einbringung eines diesfälligen Specialgesetzes, kann jedoch erst dann geschritten werden, wenn die betreffenden Detailprojecte und Kostenvoranschläge vorliegen werden, und wenn auch über die Herstellung der dalmatinischen Anschlußlinie Sicherheit erlangt sein wird.[59]

---

[55] Exh.-Nr. 818 de 1869.
[56] Exh.-Nr. 1883 de 1869.
[57] Exh.-Nr. 294.
[58] Exhib.-Nr. 3648.
[59] Exhib.-Nr. 1643.

Dalje je gospod kupčijski minister kranjski c. k. deželni vladi na njeno poganjanje za to železnico 8. junija t. l. odgovoril, da je c. kr. vlada z ozirom na sklep poslednjega državnega zbora nazaj vzela načrt postave, ktero mu je bila 15. marca t. l. predložila o dopolnjevanji avstrijske železniške mreže, a da se še vedno drží programa, kterega je vlada v njej razgrnila.[60]

S tem, da se je poslé zagotovila dalmatinska železnica, utegnila je tudi ljubljansko-karlovška železnica bliže pomekniti se svojemu cilju.

§. 9. Deželne naprave.

Pogodba o bolnišničini upravi.

Pogodba, z občino hčerá krščanske ljubezni sv. Vincencija Pavljanskega sklenjena o upravi in oskrbništvu bolnikov v deželni bolnišnici, ktera je svojo veljavo zadobila 1. oktobra 1867. l., bila je pregledovana na podlagi skušenj prvega leta poskušnje.

Šlo je posebno za to, da se na eni strani primerno skrajša zamotani način preračunanja, na drugi pa da se upravni pavšali in jedilna cena ustanové tako, da bodo niži za zavodne zaloge, a tudi redovni občini pravični.

Da se doseže zaželeni namen, zato se je veljavna upravna pogdoba najprej na tanko preudarjala in pregledovala, v zboru bolnišničinega vodstva, oddelkinih predstojnikov, deželnega računstva in usmiljenih sester poslanstva pod predsedstvom deželnega odbora poročevalca. Pri tem posvetovanji se je soglasno spoznalo, da se mora pridržati vpeljano zdravniško zapisovanje jedil in pijač, a imelo bi se spremeniti dosedanje jako težavno in zamotano računanje oskrbniških stroškov, in to po zgledu Videnske bolnišnice.

Deželni odbor pritrdivši tema zborovima nasvetoma je deželnemu računstvu ukazal, da na podlagi pogodbe, v Videnski bolnišnici veljavne, dotičnih jedilnih izkazov in pridevških mer in cen z ozirom na tukajšnje razmere in cene jedil in pijač sestavi jedilni izkaz in tarifo o cenah in da preračuni upravne pavšale vseh oddelkov na podlagi podatkov, v zadnjem letu dobljenih. Nato je deželni odbor še enkrat po natančnem preudarjanji osnoval novo pogodbo, ktero je naznanil družbi usmiljenih sester, da jo pregledajo in, če se jim treba zdí, predložé dotične nasvete o premembi.[61]

V seji 1. maja t. l. je bila poslednjič ta z nova dogovorjena pogodba na nedoločen čas z vzajemno pravico enoletne odpovedi potrjna ter je s 1. majem t. l. pričenši zadobila tudi veljavo.[62]

Deželni odbor si je prizadeval s to pogodbo v okom priti vsakoršni prenapeti ceni in škodovanju zavodskih zalogov, ter se nadja, da je s to pogodbo naravnal pot, po kteri se bode mnogo prihranilo.

Zidanje norišnice.

Zoper prezidavanje in zoper novo uredbo norišnice po sklepu slavnega deželnega zbora od 18. septembra 1868. l. se je pozneje pokazalo toliko važnih pomislekov, da je dež. odbor moral ustaviti oziroma preklicati vse, kar je bil izvrševaje omenjeni sklep že storil.

Zlasti je bil slavno znani zvedenec v tej stvari in dunajski profesor in dušoslovec dr. Schlager, kterega je bil deželni odbor v ta namen nalašč poklical v Ljubljano, določno zoper namisljeni nasnutek, ter je nasvetoval, naj se nova norišnica zida v kraji, temu namenu ugodnem.

Misli dr. Schlager-ja, ki se opirajo na mnoge skušnje o norišnicah, deželni odbor ni mogel prezirati. Vsled tega je deželni odbor izvršil le točko F potrjenega nasnutka, kar se tiče drvarnice in shrambe za slamo, o norišnici sami pa se nasveti s posebnim sporočilom predložé slavnemu deželnemu zboru.

Tu se le še opomni, da se je za mirne norce možkega spola na spodnjih Poljanah na dve leti najela osobna hiša z dvoriščem in vrtom vred ter uredila za 24 bolnikov.[63]

Donesek iz državne blagajnice za porodno hišo se odbije.

Izvrševaje visoki sklep od 2. oktobra 1868. l. XXI. seje deželnega zbora je deželni odbor pri vis. c. k. vladi vložil prošnjo, naj bi se iz državne blagajnice dovolil donesek za oskrbovanje ljubljanske porodne hiše in najdenišnice, in to tretjina vseh dotičnih stroškov.[64]

To prošnjo je vis. ministerstvo notranjih opravkov odbilo, ker vzrok, s kterim se podpira pravica do državne podpore za ljubljansko porodno hišo in najdenišnico, češ, da zarad tega, ker se ta zavod rabi za učilniške namene, noseče in porodnice, ki dalje ostajajo v njej in so vzrok večim stroškom deželnega zaloga, po sporočilu c. k. vodstva te porodne učilnice ni utrjen, zato odpade vsaka pravica do te podpore iz državnega

---

[60] Vlož. zapisn. številka 2806.
[61] Vlož. zapisn. številka 4001 de 1868.
[62] Vlož. zapisn. številka 1875.
[63] Vlož. zapisn. stevilka 2449.
[64] Vlož. zapisn. številka 1903.

Ferner hat der Herr Handels-Minister der krainischen k. k. Landesregierung auf ihre Verwendung für das Zustandekommen der fraglichen Eisenbahnlinie unterm 8. Juni d. J. eröffnet, daß sich die k. k. Regierung mit Rücksicht auf den Schluß der letzten Reichsraths-Session veranlaßt gesehen hat, den am 15. März d. J. im Abgeordnetenhause des Reichsrathes eingebrachten Gesetzentwurf wegen Vervollständigung des österreichischen Eisenbahnnetzes zurückzuziehen, daß aber gleichwohl das in demselben entwickelte Regierungsprogramm auch fortan aufrecht erhalten wird.[60]

Durch die seither erfolgte Feststellung des Ausbaues der dalmatinischen Anschlußlinie dürfte auch die Laibach-Karlstädter Eisenbahn ihrer Verwirklichung näher gerückt worden sein.

§ 9. Landes-Anstalten.

Spitals-Regievertrag.

Der mit 1. October 1867 in Wirksamkeit getretene Vertrag mit der Gemeinde der Töchter der christlichen Liebe St. Vinzenz von Paul zur Sicherstellung der Regie und Krankenpflege im hiesigen Civilspital wurde auf Grundlage der im ersten Probejahre gewonnenen Erfahrungen einer Revision unterzogen.

Es handelte sich hauptsächlich darum, einerseits die complizirte Verrechnungsweise entsprechend zu vereinfachen, und andererseits die Ansätze der Regie-Pauschalien und des Speisen-Tarifes in einem für die Anstaltsfonde billigeren, doch aber auch der Ordensgemeinde gerechten Ausmaße festzustellen.

Um das erwünschte Resultat zu erzielen, wurde der zu Recht bestandene Regievertrag zuerst in einer Conferrenz der Spitals-Direction, der Abtheilungsvorstände, der Landesbuchhaltung und der Repräsentanz der Schwestergemeinde unter dem Vorsitze des Landes-Ausschußreferenten einer eingehenden Besprechung und Revision unterzogen. Bei dieser Berathung wurde einstimmig anerkannt, daß die eingeführte magistrale Verschreibung der Speisen und Getränke zwar beizubehalten, dagegen aber die bisherige, sehr umständliche und schwerfällige Verpflegskostenberechnung nach dem Muster des Wiedner Spitales abzuändern wäre.

Der Landes-Ausschuß, auf diese Anträge der Conferrenz eingehend, hat auf Grundlage der im Wiedner Spitale bestehenden Unternehmungsverträge und der einschlägigen Speisen-Ausweise, Ingredienzien-Ausmaße und Tarife von der Landesbuchhaltung einen Speisenausweis und Preistarif mit Berücksichtigung der hiesigen Localverhältnisse und Preise der Nahrungsmittel und Getränke verfassen und das Regie-Erforderniß-Pauschale für alle Abtheilungen auf Grund der im letzten Jahre gesammelten Daten ermitteln lassen. Hiernach hat der Landes-Ausschuß nach nochmaliger eingehender Erwägung einen neuen Vertrag entworfen und denselben der Congregation der barmherzigen Schwestern zur Durchsicht und Stellung etwaiger Abänderungsanträge mitgetheilt.[61]

In der Sitzung vom 1. Mai d. J. wurde endlich der vereinbarte neue Vertrag auf unbestimmte Zeit mit dem gegenseitigen Rechte der einjährigen Kündigungsfrist genehmiget, und vom 1. Mai d. J. angefangen auch in Wirksamkeit gesetzt.[62]

Der Landes-Ausschuß war bestrebt, bei Feststellung des Vertrages jede Ueberspannung der Preise und jede Schädigung der Anstaltenfonde fern zu halten, und hofft, durch diesen Vertrag den Weg zu wesentlichen Ersparnissen angebahnt zu haben.

Irrenhausbau.

Dem Umbaue und der neuen Adaptirung der Irrenanstalt nach dem Beschlusse des hohen Landtages vom 18. September 1868 haben sich nachträglich so wichtige Bedenken in den Weg gestellt, daß der Landes-Ausschuß alle in Vollziehung des zitirten hohen Landtagsbeschlusses bereits getroffenen Verfügungen sistiren, beziehungsweise rückgängig machen mußte.

Namentlich hat sich eine anerkannte Autorität, der Wiener Professor und Psyhiater Dr. Schlager, der vom Landes-Ausschusse in dieser Angelegenheit eigens nach Laibach berufen wurde, ganz entschieden gegen das Bauproject ausgesprochen und den Bau eines neuen Irrenhauses an einem, dem Zwecke der Irrenanstalt günstig gelegenen Orte angerathen.

Die auf vielfältige Erfahrungen basirte Anschauung des Dr. Schlager über das Irrenhauswesen konnte der Landes-Ausschuß nicht unbeachtet lassen. In Folge dessen wurde nur der die Herstellung des Holz- und Strohmagazins betreffende Punkt F des landtäglich genehmigten Bauprojectes zur Ausführung gebracht, hinsichtlich der Irrenanstalt aber werden dem hohen Landtage mittelst eines besondern Berichtes die Anträge gestellt werden.

Hier wird nur noch erwähnt, daß zur Unterbringung ruhiger Geisteskranke männlichen Geschlechtes ein Privathaus sammt Hof und Garten auf der untern Poljana auf die Dauer von zwei Jahren gemietet und für 24 Kranke adaptirt worden ist.[63]

Ablehnung eines Beitrages aus dem Staatsschatze für die Gebäranstalt.

In Vollziehung des hohen Auftrages vom 2. October 1868 der XXI. Landtags-Sitzung ist der Landes-Ausschuß bei der h. Regierung um Bewilligung eines Beitrages aus dem Staatsschatze zu den Verpflegskosten der Laibacher Gebär- und Findelanstalt in der Höhe von einem Drittel derselben eingeschritten.[64]

Dieses Einschreiten wurde vom h. Ministerium des Innern abweislich erlediget, da das Motiv zur Unterstützung des Anspruches auf einen Staatsbeitrag zu den Kosten der Gebär- und Findelanstalt zu Laibach, nämlich als ob aus der Benützung der Anstalt für Unterrichtszwecke wegen des dadurch nothwendig werdenden längern Verweilens der Schwangeren und Wöchnerinnen in der Anstalt dem Landesfonde größere Kosten erwüchsen, nach den Auskünften der einvernommenen k. k. Direction der geburtshilflichen Lehranstalt daselbst nicht begründet sei, somit auch jeder Titel für den erhobenen Anspruch entfalle und somit, da nach den Reichsgesetzen vom 17. Februar 1864, Nr. 22, und 29. Februar

[60] Exhib.-Nr. 2806.
[61] Exh.-Nr. 4001 de 1868.
[62] Exh.-Nr. 1875.
[63] Exh.-Nr. 2449.
[64] Exh.-Nr. 1903.

zaloga, zlasti ker so porodne hiše in najdenišnice deželne naprave vsled državnih postav od 17. februarja 1864. l. št. 22 in od 29. februarja 1868 št. 15.[65]

Stroški za bolnike podložne nemškim državam.

Vsled ukaza vis. ministerstva notranjih zadev od 20. maja 1869. l. št. 6802 se po pogodbi, sklenjeni v Eisenahu, ne smé povračilo oskrbovalnih stroškov od nobene nemške države, ako ga tudi one nasprotno ne zahtevajo, tirjati za njene ubožne v avstrijskih bolnišnicah oskrbovane podložnike, bodi si bolne na telesu ali duhu.[66]

Sirotnica.

Vsled naznanila magistrata ljubljanskega mesta od 1. maja t. l. št. 3608 je ljubljanski mestni odbor o tukajšnjem dopisu od 23. februarja 1869. l. št. 884 v seji od 27. aprila t. l. sklenil s preudarjanjem, kedaj in kako se sirotničin zalog izroči deželnemu odboru, čakati istega trenutka, ko bode konečno določeno, kedaj in kako se ustanovi deželna sirotnica.

Vsled tega sklepa mestnega odbora se zalogi sirotniških ustanóv, ktere hrani ljubljanski mestni magistrat, niso izročili deželnemu odboru.

Zarad stanovališča sirotnice v tako imenovani Medijatkini hiši št. 73 deželni odbor doslé ni mogel zadostiti naročilu, ktero mu je slavni deželni zbor dal v XIV. seji od 21. decembra 1868. l., ker Marija Svetinina zapuščina še ni dovršena, kajti prav njen izid utegne bistven upliv imeti na obravnave, ktere se bodo o stanovališču sirotnice vršile s knezoškofijskim ordinarijatom in ljubljanskim stolnim kapiteljnom kot glavnima dedičema gospé Marije Svetinove.

Prav zarad tega tudi še ni rešeno naročilo, ktero je slavni deželni zbor 21. septembra 1868. l. dal deželnemu odboru, češ, naj osnuje pravila za deželno sirotnico, ker bode izid Svetinine zapuščine važna točka za sirotničina pravila, ktera se imajo osnovati po porazumenji knezoškofijskega ordinarijata, ljubljanskega mestnega odbora in c. k. deželne vlade kot najviše nadzornice nad ustanovami.

Posilna delalnica.

V XIV. seji lanskega zborovanja bilo je ukazano, da se v ljubljanski posilni delalnici zopet ustanovi oddelek za ženske. Deželni odbor se je toraj z dopisom od 27. marca t. l. št. 4016 leta 1868. do deželnih odborov v Trstu, Gorici, Poreču, Celovcu, Innsbruku, Lincu, Dunaji, Gradcu, Solnogradu in Zari in do kr. namestništva v Zagrebu obrnil z vabilom, naj rabijo te ženski oddelek za ondošnje posiljenke, ter jim naznanil, da ustanovljena davščina za oskrbovanje znaša 39 kr.

Posiljenke goriških krajev.

Temu vabilu je goriški deželni odbor odgovoril, da je c. k. tržaško namestništvo prosil, naj se ženske, goriških krajev zaznamovane za posilno delalnico, od 1. junija 1869. l. poši ljajov kranjsko posilno delalnico.[67]

Posiljenke iz Koroškega.

Dalje je celovški deželni odbor z dopisom o 14. avgusta t. l. št. 1810, — nadjaje se, da tudi deželni zbor kranjski zniža oskrbovalne stroške, ako se to zgodi v lankovški boljšalnici — ondašnjo c. k. deželno vlado prosil, da se ženske zaznamovane za posilno delalnico, iz celovškega, šentvidskega, beljaškega, spitalskega in hermagorskega okrajnega glavarstva v prihodnje pošiljajo v ljubljansko posilno delalnico.[68]

Posiljenke iz Lankovca.

Konečno je še opomniti, da se je 9 kranjskih posiljenk 1. jun. t. l. iz lankovške boljšalnice izročilo tukajšnji delalnici, in da so vsa c. k. okrajna glavarstva na Kranjskem kakor tudi ljubljanski mestni magistrat od c. k. deželne vlade dobila ukaz, od 1. junija t. l. pričenši vse osebe, ki so zaznamovane za posilnico, pošiljati v ljubljansko posilno delalnico.[69]

Nove plače nadzornikov.

Službine plače, z deželnega zbora sklepom od 18. septemhra 1868. l. ustanovljene za nadzornike v posilni delalnici, izplačujejo se od 1. oktobra 1868. l.[70]

Deželno gledališče.

V smislu sklepa deželnega zbora od 18. septembra in 2. oktobra 1868. l. je deželni odbor sklenil, od podpore, ki je je za gledališče v proračun stanovskega zaloga za 1869. l. ustanovljene 1600 gld.

dati za podporo nemškemu gledališču . . . . . 1000 gld.

ostanek . . . . . 600 gld.

pa prihraniti za podporo slovenskih dramatiških namenov. Kako se obrne poslednja ta podpora, pové posebni predlog deželnega odbora.

Za podvzetje deželnega gledališča od septembra 1869. l. do cvetne nedelje 1870. l. bil je po raznih časnikih razpisan konkurs do konca meseca marca.[71]

Slovenske gledišče igre.

Deželni odbor je bil v seji sklenil, da se gledališčnemu podvzetniku stavi neogibni pogoj, da gledališče vsaki mesec enkrat in to v nedeljo za porabo ostane deželnemu odboru, da ga prepustí slovenskemu dramatičnemu društvu.

Na ta razpis se ni oglasil noben podvzetnik, zato je deželni odbor pričel obravnave o gledališču z neko ljubljansko združbo gledišćnih prijateljev in posestnikov gledišćnih lož, ter je prav s to združbo sklenil

---

[65] Vlož. zapisn. številka 3555.
[66] Vlož. zapisn. številka 2706.
[67] Vlož. zapisn. številka 1961.
[68] Vlož. zapisn. številka 3652.
[69] Vlož. zapisn. številka 1756.
[70] Vlož. zapisn. številka 4014 de 1868.
[71] Vlož. zapisn. številka 833.

1868, Nr. 15, die hiesige Gebär- und Findelanstalt eine Landesanstalt ist, der Staatsschatz zu den diesbezüglichen Kosten nicht ins Mitleid gezogen werden könne.[65]

Krankenverpflegskosten für Angehörige deutscher Staaten.

Zufolge Verordnung des hohen Ministeriums des Innern vom 20. Mai 1869, Z. 6802, könne im Sinne der Eisenacher Convention von keinem deutschen Staate Krankenverpflegskosten für deren mittellose, in den österreichischen Spitälern verpflegte Angehörige, sowohl körperlich als auch Geisteskranke, unter Voraussetzung der Reciprocität, reclamirt werden.[66]

Waisenhaus.

Laut Mittheilung des Stadtmagistrates vom 1. Mai d. J., Z. 3608, hat der Laibacher Gemeinderath über die hierortige Note vom 23. Februar 1869, Z. 884, in der Sitzung vom 27. April d. J. beschlossen, die Erörterung über Zeit und Modalitäten der Uebergabe der Waisenstiftungsfonde an den Landes-Ausschuß jenem Zeitpunkte vorzubehalten, wenn die Zeit und Modalitäten der Activirung der Landeswaisenanstalt selbst feststehen werden.

Zufolge dieses Gemeinderathsbeschlusses wurden die beim Laibacher Stadtmagistrate in Verwahrung befindlichen Waisenstiftungsfonde dem Landes-Ausschusse nicht übergeben.

Wegen Unterbringung der Waisenanstalt im sogenannten Mediat'schen Hause Nr. 73 konnte der Landes-Ausschuß dem in der XIV. Landtags-Sitzung in der vorjährigen Session erhaltenen diesbezüglichen hohen Auftrage vom 21. September 1868 bisher noch nicht entsprechen, weil die Nachlaßabhandlung der Maria Svetina noch nicht beendigt ist, deren Ergebniß auf die wegen Unterbringung des Waisenhauses mit dem fürstbischöflichen Ordinariate und dem Laibacher Domcapitel als Universalerben der Frau Maria Svetina zu pflegenden Verhandlungen von sehr wesentlichem Einfluße sein kann.

Aus demselben Grunde ist auch der hohe landtägliche Auftrag vom 21. September 1868 wegen Verfassung eines Statutenentwurfes für die zu errichtende Landeswaisenanstalt bisher noch nicht erlediget worden, indem das Ergebniß der Nachlaßabhandlung für den einvernehmlich mit dem fürstbischöflichen Consistorium, dem Laibacher Gemeinderathe und mit der k. k. Landesregierung als Stiftungsoberaufsichtsbehörde zu verfassenden Statutenentwurf einen wichtigen Anhaltspunkt bilden wird.

Zwangsarbeitshaus.

Nachdem in der XIV. Sitzung der vorjährigen Landtags-Session die Wiedererrichtung der weiblichen Abtheilung in der Laibacher Zwangsarbeitsanstalt angeordnet wurde, hat sich der Landes-Ausschuß mit Zuschrift vom 27. März l. J., Z. 4016 ex 1868, an die Landes-Ausschüsse in Triest, Görz, Parenzo, Klagenfurt, Innsbruck, Linz, Wien, Graz, Salzburg und Zara, und an den k. Statth.-Rath in Agram mit der Einladung zur Benützung dieser Abtheilung zur Unterbringung weiblicher Zwänglinge, und unter Bekanntgabe der auf 39 Neukreuzer festgesetzten Verpflegstaxe gewendet.

Weibliche Zwänglinge des Görzer Gebietes.

Auf diese Einladung hat der Landes-Ausschuß in Görz mitgetheilt, daß er die k. k. Statthalterei in Triest ersucht habe, daß weibliche Individuen des Görzer Gebietes vom 1. Juni 1869 an für das krainische Zwangsarbeitshaus notionirt werden.[67]

Weibliche Zwänglinge aus Kärnten.

Ferner hat der Landes-Ausschuß in Klagenfurt laut Note vom 14. August d. J., Z. 1810, in der Zuversicht, daß im Falle einer Herabsetzung der Verpflegstaxe an der Lankovitzer Corrections-Anstalt auch der krainische Landtag sich bewogen finden werde, in eine Herabsetzung der Verpflegstaxe bei dem Laibacher Zwangsarbeitshause einzugehen, die dortländige Landesregierung um die erforderlichen Einleitungen ersucht, daß in Hinkunft die bei den Bezirkshauptmannschaften Klagenfurt, St. Veit, Villach, Spital und Hermagor zur Abgabe in ein Zwangsarbeitshaus notionirten weiblichen Individuen in die Laibacher Zwangsarbeitsanstalt instradirt werden.[68]

Uebernahme der weiblichen Zwänglinge aus Lankovitz.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß die nach Krain zuständigen 9 weiblichen Zwänglinge am 1. Juni dieses Jahres von der Correctionsanstalt in Lankovitz dem hiesigen Zwangsarbeitshause übergeben worden sind, (Nr. Exh. 3530 ex 1869), und daß alle k. k. Bezirkshauptmannschaften Krains, sowie der Laibacher Stadtmagistrat von der k. k. Landesregierung die Weisung erhalten haben, vom 1. Juni d. J. angefangen alle Notionirungen und Einlieferungen der Zwänglinge an das Zwangsarbeitshaus in Laibach zu dirigiren.[69]

Neue Dienstbezüge des Aufsichts-Personals.

Die mit dem hohen Landtagsbeschlusse vom 18. September 1868 neusistemisirten Dienstbezüge des Aufsichtspersonales in der Zwangsarbeitsanstalt wurden vom 1. October 1868 an flüßig gemacht.[70]

Landestheater.

Im Sinne der hohen Landtagsbeschlüsse vom 18. September und 2. October 1868 beschloß der Landes-Ausschuß von der im Präliminare des ständ. Fondes pro 1869 eingestellten Theater-Subvention pr. 1600 fl.

den Theilbetrag pr. . . . . 1000 fl.

als Subvention für das deutsche Theater zu widmen, den Rest per . . . . . 600 fl.

aber zur Unterstützung slovenischer dramatischer Zwecke zu reserviren. Ueber die Art der Verwendung dieser letztern Subvention wird der Landes-Ausschuß eine besondere Vorlage einbringen.

Zur Bewerbung um die Theaterunternehmung am landschaftlichen Theater für die Saison vom Monate September 1869 bis zum Palmsonntage des Jahres 1870 wurde der Concurs in verschiedenen Zeitungsblättern bis Ende März d. J. ausgeschrieben.[71]

Slovenische Theater-Vorstellungen.

Durch Sitzungsbeschluß hat der Landes-Ausschuß festgesetzt, daß dem Theaterunternehmer die unabweisbare Bedingniß gestellt werde, daß das Theater allmonatlich Einmal und zwar an einem Sonntage dem Landes-Ausschusse zur Verfügung bleibe, um es dem slovenischen dramatischen Vereine überlassen zu können.

Nachdem sich auf die Concurs-Ausschreibung kein unternehmungslustiger Bewerber gemeldet hat, trat der Landes-Ausschuß mit einer Laibacher Gesellschaft von Theaterfreunden und Logenbesitzern wegen Ueberlassung des

---

[65] Exh.-Nr. 3555.
[66] Exh.-Nr. 2706.
[67] Exh.-Nr. 1961.
[68] Exh.-Nr. 3652.
[69] Exh.-Nr. 1756.
[70] Exh.-Nr. 4014 de 1868.
[71] Exh.-Nr. 833.

pogodbo[72] s pogojo, gori omenjeno, in z edino premembo, da se tem podvzetnikom namesto 1000 gld. podpore iz stanovskega zaloga prepusté stanovske lože, ki blizo toliko donašajo na leto. Ta združba je izmed svoje srede sestavila gledališčno vodstvo ter je že naravnala pot, da se brez ovire prične gledišče.

Deželni odbor je tega mnenja, da je po tej poti svojo nalogo ustregši nemškim in slovenskim prijateljem gledališča rešil po sedanjih razmerah.

§. 10. Šole.

Začasno šolsko nadzorstvo.

Da tudi v naši deželi, dokler se ne sklene deželna postava, djansko veljavo dobi najviše vodstvo in nadzorstvo ljudskih šol, ktero po 1. §. državne postave od 25. maja 1868. l. (drž. zakonik št. 48) gre državi, in da se konec stori sedanjim vsestranskim oviram, zato je gospod minister za bogočastje in uk izdal ukaz od 10. februarja t. l., ki je razglašen v državnem zakoniku in veljavo zadobil 1. marca t. l. — Izvrševaje ta ukaz, je c. k. deželna vlada knezoškofijskemu konzistoriju, najvišemu šolskemu nadzorniku in okrajnim nadzornikom s 1. marcem vzela vsa dotična dosedanja opravila, ter je óno cerkvenega nadzorstva in najvišega šolskega nadzornika prevzela sama, óna duhovnih okrajnih nadzornikov pa c. k. okrajnim glavarstvom in ljubljanski mestni občini izročila. Deželnemu odboru je c. k. deželno predsedstvo na voljo prepustilo, določiti dva odbornika, da se vdeležujeta važnejših obravnav v šolskih zadevah.

Deželni odbor je odrekel udeležbo obravnav pri začasnem deželnem šolskem svetu.

Pravni upor do vseh vis. ministerstev zoper začasno šolsko nadzorstvo.

Ker je deželni odbor v tem ukazu vis. ministerstva za uk videl kračenje pravice, ki po ustavi gre slavnemu deželnemu zboru do udeležbe deželnega postavodavstva, zato je ne le udeležbo pri obravnavah o šolskih stvaréh na podlagi omenjenega ministrovega ukaza, ampak tudi odposlanje dveh odbornikov na posvetovanje v začasnem deželnem šolskem svetu odrekel.[73] Vrh tega je deželni odbor do vseh vis. ministerstev odposlal pravni upor[74] zoper omenjeni ministrov ukaz o začasnem šolskem nadzorstvu, opiraje se zlasti na ustavno načelo, da obstoječe postave in uravnave na njih sloneče, ostanejo veljavne, dokler se ne spremené ali odpravijo po postavi, ktero sklene postavodavstvo. Vsled omenjene državne postave od 25. maja 1868. l. pa so deželni zbori določno poklicani na sodelovanje pri izvrševanji postave o šolskem nadzorstvu; toda kranjskemu deželnemu zboru je odvzeta mogočost sedaj sodelati pri izvrševanji državne postave od 25. maja 1868. l., ker vsled najvišega sklepa od 8. februarja 1869. l. postava, ktero je deželni zbor sklenil o šolskem nadzorstvu, ni dobila najvišega potrdila, zarad tega mora ta stvar ustavno nedotaknjena in v dosedanjem stanu ostati, dokler ni deželne postave.

Deželni odbor je spoznal da je vsem vis. ministerstvem odposlati pravni upor tem bolj zavezan, ker bi po ministrovem ukazu od 10. februarja t. l. stvarjeno bilo načelo *(praecendens)*, po kterem se deželnim zborom lahko djansko vzame ustavna pravica do udeležbe pri deželnem postavodavstvu, ker bi se z začasnimi ministerskimi ukazi v vsakim oddelku deželnega postavodavstva enostransko vpeljavale nove premembe zoper želje in potrebe naše dežele, in to za stanovitno.

Postava o realkah.

S sklepom slavnega deželnega zbora od 25. septembra 1868. l. dobil je deželni odbor naročilo, vladni načrt postave o realkah na vse strani na tanko preudariti in ako moč že v prihodnjem zborovanji o njem nasvete staviti slavnemu deželnemu zboru.

Ker izmed razlogov, s kterimi se je v XVI. seji deželnega zbora podpiral nasvet, naj se odloži posvetovanje o načrtu postave za realke, nobeden ni odpadel, ampak ker so vsled nove postave o ljudskih šolah in vsled vladnega načrta postave o obrtnijskih nadaljevalnih šolah pokazali se novi razlogi; dalje ker deželni odbor vkljub mnogemu pozvedovanju še ni mogel rešiti važno vprašanje: ali za naše deželne razmere ne bi bolj ugajala realna gimnazija, nego realka; ker tudi skušnje drugih dežel, v kterih je med tem moč dobil vladni načrt ozir realnih šol, v tem kratkem času še niso take, da bi se na njihovi podlagi moglo zlasti ozir naše dežele mirnega srca sklepati o primernosti postave, ktero predlaga vlada; in ker poslednjič v dveh drugih deželah, med kterimi je sosedna Gorica, vprašanje o realkah z novo postavo tudi še ni rešeno, ker sklepi ondašnjih deželnih zborov niso dobili najviše potrditve, jasen dokaz, da v tem oziru še ni jasno vse; zato je deželnemu odboru bilo celó nemogoče, že za letošnje zborovanje pripraviti na trdne podlage opirajoč se predlog o premembi ljubljanske više realke. K temu še pristopi ta bistvena okoliščina, da še ni rešeno vprašanje o zidanji novega šolskege poslopja za ljubljansko realko.

Slavni deželni zbor je prošen, to sporočilo vzeti na znanje ter pritrditi, da deželni odbor nasvet o dotičnem načrtu postave za realke predloži v prihodnjem zborovanji.

Viša realka.

Izvrševaje deželnega zbora sklep od 2. oktobra 1868. l. ozir stanovališča za višo realko ogledovalo se je 16. avgusta t. l. licealno šolsko poslopje iz tega namena, da se pokaže, ali to poslopje, ako se prenaredí

---

[72] Vlož. zapisn. številka 2506.
[73] Vlož. zapisn. številka 888.
[74] Vlož. zapisn. številka 1121.

landschaftl. Theaters für die bevorstehende Theatersaison in Unterhandlung,[72] und schloß mit derselben unter den als unabweisbar festgestellten Bedingnissen den Unternehmungs-Contract mit der einzigen Modification ab, daß dieser Unternehmung anstatt einer Subvention aus dem ständ. Fonde pr. 1000 fl. in Barem die Theaterfondslogen, deren Jahreserträgniß ungefähr diese bezeichnete Summe abwirft, zur Verfügung gestellt werden. Diese Gesellschaft stellte aus ihrer Mitte ein Theater-Directorium auf, und hat bereits für die anstandslose Eröffnung der nächstkommenden Theater-Saison alle nöthigen Vorkehrungen getroffen.

Der Landes-Ausschuß ist der Ansicht, auf diese Weise seine Aufgabe dem deutschen und nationalen Theater-Publicum gegenüber, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend, gelöst zu haben.

§ 10. Schulen.

Provisorische Schulaufsicht.

Damit bis zum Zustandekommen eines Landesgesetzes die dem Staate nach § 1 des Reichsgesetzes vom 25. Mai 1868, (R. G. Bl. Nr. 48), zustehende oberste Leitung und Aufsicht über die Volksschulen auch hierlands zur praktischen Geltung gelange und den dermaligen nach allen Seiten hemmenden Zuständen ein Ende gemacht werde, hat der Herr Minister für Cultus und Unterricht die Verordnung vom 10. Februar d. J. erlassen, welche durch das Reichsgesetzblatt kundgemacht wurde und am 1. März d. J. in Kraft getreten ist. — In Vollziehung dieser Verordnung hat die k. k. Landesregierung das fürstbischöfliche Consistorium, den Schulenoberaufseher und die Schuldistrictsaufseher ihrer bisherigen diesbezüglichen Functionen mit 1. März d. J. enthoben, und jene der kirchlichen Oberbehörde und des Schulenoberaufsehers selbst übernommen, jene der geistlichen Schuldistrictsaufseher aber den k. k. Bezirkshauptmannschaften und der Stadtgemeinde Laibach übertragen. Dem Landes-Ausschusse wurde vom k. k. Landespräsidium anheimgestellt, zur berathenden Theilnahme an den wichtigeren Verhandlungen in Schulangelegenheiten zwei Ausschußmitglieder zu bestimmen.

Ablehnung der Theilnahme an der Berathung des provisor. Landes-Schulrathes.

Da der Landes-Ausschuß in dieser Verordnung des hohen Unterrichts-Ministeriums eine Beeinträchtigung des dem hohen Landtage verfassungsmäßig zustehenden Rechtes zur Theilnahme an der Landesgesetzgebung erblickt, hat er die Theilnahme an den Verhandlungen in Schulangelegenheiten auf Grund der zitirten Ministerialverordnung, sowie die Abordnung zweier Landes-Ausschußmitglieder zu den Berathungen des provisorischen Landesschulrathes abgelehnt,[73] und gegen diese ministerielle Verfügung eine Rechtsverwahrung an das hohe k. k. Gesammt-Ministerium unterbreitet[74] und in derselben das Postulat des constitutionellen Prinzip's besonders hervorgehoben, daß bestehende Gesetze und die auf deren Grundlage geschaffenen Einrichtungen so lange in Kraft verbleiben, bis sie nicht durch ein von den gesetzgebenden Factoren vereinbartes Gesetz modifizirt oder aufgehoben werden. Nun sind aber durch das zitirte Reichsgesetz vom 25. Mai 1868 die Landtage ausdrücklich zur Mitwirkung bei der Durchführung des Schulaufsichtsgesetzes berufen, allein der krainischen Landesvertretung ist die Möglichkeit benommen, bei Durchführung des Reichsgesetzes vom 25. Mai 1868 derzeit mitzuwirken, weil laut Allerh. Entschließung vom 8. Februar 1869 dem vom krain. Landtage beschlossenen Schulaufsichtsgesetzentwurfe die Allerh. Sanction nicht zu Theil wurde, folglich müsse der fragliche Gegenstand verfassungsmäßig unberührt und so lange in statu quo verbleiben, bis bezüglich der Schulaufsicht ein Landesgesetz zu Stande kommt.

Rechtsverwahrung an das h. Gesammt-Ministerium gegen das prov. Schulaufsichtsgesetz.

Der Landes-Ausschuß fand sich zur Unterbreitung einer Rechtsverwahrung an das hohe Gesammt-Ministerium um so mehr verpflichtet, weil durch die Ministerialverordnung vom 10. Februar l. J. ein Präcendens geschaffen wird, in Folge dessen das verfassungsmäßige Recht der Landtage zur Theilnahme an der Landesgesetzgebung thatsächlich aufgehoben würde, indem durch provisorische ministerielle Verfügungen in jedem Zweige der Landesgesetzgebung Neuerungen einseitig, gegen die Wünsche und Bedürfnisse des Landes und bleibend geschaffen werden könnten.

Real-Schulgesetz.

Mit dem hohen Landtagsbeschlusse vom 25. September 1868 erhielt der Landes-Ausschuß den Auftrag, den als Regierungsvorlage eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Realschulen, einer allseitigen genauen Prüfung zu unterziehen, und wo möglich schon in der nächsten Session dem hohen Landtage hierüber Anträge zu stellen.

Da aber von den in der XVI. Landtags-Sitzung der vorjährigen Session für die Vertagung der landtäglichen Berathung des Real-Schulgesetzentwurfes vorgebrachten Motiven seither nicht nur keines weggefallen ist, sondern da vielmehr durch das neue Volksschulgesetz und durch den von der hohen Regierung vorbereiteten Gesetzentwurf über gewerbliche Fortbildungsschulen noch neue dazu gekommen sind; da der Landes-Ausschuß weiterhin über die wichtige Frage, ob für die Verhältnisse unseres Landes ein Realgymnasium nicht zweckentsprechender wäre, als die Realschule, ungeachtet mehrfach eingeholter Informationen sich noch nicht entscheiden konnte, da ferner auch die Erfahrungen anderer Länder wo inzwischen die Regierungsvorlage in Kraft getreten ist, hinsichtlich des Realschulwesens noch keinen hinreichend großen Zeitraum umfassen, um auf Grund derselben auf die Zweckmäßigkeit des von der hohen Regierung proponirten Realschulgesetzes, namentlich rücksichtlich unseres Landes, mit Beruhigung schließen zu können, da endlich in zwei anderen Kronländern, darunter in dem nachbarlichen Görz die Realschulfrage durch das neue Gesetz auch noch nicht gelöst ist, weil die dortigen Landtagsbeschlüsse die Allerh. Sanction nicht erlangt haben, ein klarer Beleg dafür, daß in dieser Beziehung noch keine volle Klarheit herrscht, so war es dem Landes-Ausschusse geradezu unmöglich, schon für die diesjährige Landtagssession einen auf sichern Grundlagen fußenden Antrag bezüglich der Reformirung der Ober-Realschule in Laibach vorzubereiten. Hiezu tritt noch der wesentliche Umstand, daß die Errichtung eines neuen Real-Schulgebäudes in Laibach noch nicht sichergestellt ist.

Der h. Landtag wird gebeten, diesen Bericht zur h. Kenntniß zu nehmen und zu genehmigen, daß der Landes-Ausschuß die Vorlage eines einschlägigen Gesetzentwurfes in einer nächsten Session einbringe.

Ober-Realschule.

In Vollziehung des hohen Landtagsbeschlusses vom 2. October 1868, betreffend die künftige Unterbringung der Oberrealschule wurde unter Intervenirung des Landes-Ausschusses, der k. k. Landesregierung, des k. k. Landesschul-Inspectors der Laibacher Stadt-Commune, sämmtlicher Leiter der betreffenden Lehranstalten und mehrerer Experten am

---

[72] Exh.-Nr. 2506.
[73] Exh.-Nr. 888.
[74] Exh.-Nr. 1121.

in se prizida novo poslopje nad nekdanjo véliko stražnico, zadostuje za višo realko z drugimi šolami vred, ki so sedaj v njem.[75]

Komisija, v kteri je bil zastop deželnega odbora in c. k. deželne vlade, c. k. deželni šolski nadzornik, zastop ljubljanske mestne občine, vsi ravnatelji dotičnih učilnic in več izvedencev, bila je soglasno zoper ta nasnutek ter izrekla neobhodnjo potrebo, da se zida novo samostojno poslopje za realko.[76]

Vsled tega je bila ljubljanska mestna občina naprošena ozir imeti na zidanje novega poslopja za realko in kar moč kmalo staviti predlog, kje in kako bi se dobil naprimernejši prostor za to poslopje in koliko bi stalo zidanje, da se slavnemu deželnemu zboru more predložiti nasvet o donesku, kterega ima plačati dežela.

Deželni odbor o tej stvari izdela poseben predlog.

Ustanovitev službe za drugega strežaja pri viši realki.

Deželni odbor je z ljubljansko mestno občino imel obravnave o službi drugega strežaja pri c. k. viši realki, h kteri deželni zalog plača dve tretjini. O tej stvari se slavnemu deželnemu zboru predloži poseben nasvet.[77]

Obrtnijske nadaljevalne šole.

Vabilu c. k. deželne vlade, naj bi se deželni odbor udeležil posvetovanja o načrtu postave ozir ustanovljanja in vzdržavanja obrtnijskih nadeljevalnih učilnic na podlagi dotične deželne postave za Avstrijo pod Anižo od 28. novembra 1868 l., ustregel je deželni odbor s tem, da je izmed sebe odposlal dva odbornika.[78]

Gozdnarska šola v Šneperku.

Izvrševaje slavnega deželnega zbora sklep od 28. septembra 1868. l. ozir ustanovljenja gozdnarske šole v Šneperku je deželni odbor pismeno pogodbo s svetlim gosp. Jurijem princ Schönburg-Waldenburg-skim sklenil o ustanovitvi omenjene šole in o pravnih razmerah njega svetlosti do dežele iz ozira te gozdnarske šole.[79]

Nato se je postavil program za to šolo, rešeno je bilo vprašanje o oddaji druge učiteljske službe in bil je 1. dan meseca oktobra t. l. odločen, da se prične ta šola.

Pismena pogodba z grajščinskim lastnikom ima nerazvezljivo veljavo za 4 leta. Če se pred koncem tretjega leta ne odpové od nobene strani, veljá ta pogodba po preteklih štirih letih vselej še dve leti dalje, toda potem se sme odpovedati eno leto naprej.[80] [81] [82]

Druga učiteljska služba je bila razpisana in izmed 12 prošnikov podeljena Jakobu Furlanu.

S tem, da se je nedavno vseh 8 prostih mest, ustanovljenih iz deželnega zaloga, v tej logarski šoli po razpisu oddalo (in sicer večidel učencem viših gimnazij in realnih razredov, dasitudi zadostujejo štirje normalkni razredi, da se komu podeli ta ustanova), spolnjene so vse pogoje, da se ta šola prične 1. oktobra t. l. Naj bi pač njeno delovanje prav koristno bilo naši deželi!

Poleg velikodušne radodarnosti, s ktero njega svetlost gospod princ Schönburg-Waldenburg to učilnico, naši deželi tako potrebno, podpira, zasluži tudi grajščiniški nadlogar gosp. Vincencij Bodenstein za svojo gorečnost v zadevah te šole očitno pripoznanje, in tem več, ker brez povračila prostovoljno prevzame ne le vodstvo te učilnice, ampak tudi en del poduka.

Učni pomočki te logarske šole. — Scheyer-jeva knjižica o gozdnem gospodarstvu.

Deželni odbor je rokopis nadlogarja Mor. Scheyer-ja o gozdnem gospodarstvu pod naslovom: „Navod, kako naj posamezni kmetje in cele soseske ravnajo z gozdom“ — kterega mu je bila tukajšnja c. k. kmetijska družba izročila in jako priporočila, za malo nagrado 40 gld. kupil s pravico do lastnine in izdavanja vred, ter ga dal tiskati v 2000 natisih.[83] [84]

To delce ne bo le učencem nove logarske šole v Šneperku učna, ampak tudi našim stanovnikom jako koristna knjiga.

Da se našim ljudem olajša nakupovanje koristne te knjige, ter da se jako razširi po deželi, zato jej je deželni odbor jako nizko ceno postavil; v prodalnicah se dobiva po 12 soldov.

Vrh tega se je po predlogu ravnatelja te učilnice poskrbelo tudi za druge slovenske učne knjige.

Zbirka gozdnorastlinska, potem hroščev in žuželk.

Deželni odbor je véliko zbirko semen, popkov in kotiledonov navadnega gozdnega drevja in grmovja, potem malo mineralsko zbirko, dalje zbirko hroščev in metuljev, gozdnemu drevju škodljivih, od doljno-avstr. ravnateljstva v Hinterbrühlu za logarsko šneperško šolo nakupil za 70 gld. iz tistih 300 gld., ktere je slavni deželni zbor za prvo leto dovolil, da se nakupijo učni pomočki.[85] [86] [87]

---

[75] Vlož. zapisn. številka 2893.
[76] Vlož. zapisn. številka 3367.
[77] Vlož. zapisn. številka 2516.
[78] Vlož. zapisn. številka 2116.
[79] Vlož. zapisn. številka 3975 de 1868.
[80] Vlož. zapisn. številka 269.
[81] Vlož. zapisn. številka 941.
[82] Vlož. zapisn. številka 1234.
[83] Vlož. zapisn. številka 1715.
[84] Vlož. zapisn. številka 1951.
[85] Vlož. zapisn. številka 1234.
[86] Vlož. zapisn. številka 1484.
[87] Vlož. zapisn. številka 1888.

16. August d. J. im Lyceal-gebäude ein Local-Augenschein vorgenommen, um zu constatiren, ob durch die projectirte Umgestaltung des Lyceal-Gebäudes mit Einbeziehung einer Neubaute oder dem Hauptwachgebäude dem Localitätenbedarfe der Realschule und der übrigen im Lyceum untergebrachten Lehr- und Bildungsanstalten Genüge geleistet würde.[75]

Die Commission hat sich einstimmig gegen dieses Project ausgesprochen und den Neubau eines selbstständigen Realschulgebäudes als ein Gebot der Nothwendigkeit bezeichnet.[76]

Dem zu Folge ist die Stadtcommune Laibach aufgefordert worden, dem Projecte der Herstellung eines neuen Realschulgebäudes ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, und ehethunlichst die Anträge über die Acquirirung eines geeigneten Bauplatzes und die beiläufige Höhe der Baukosten zum Behufe eines zu fassenden Landtagsbeschlusses über den vom Lande zu leistenden Beitrag zu dieser Schulbaut zu stellen.

Eine besondere Vorlage des Landes-Ausschusses wird über diesen Gegenstand ausgearbeitet.

Zweite Schuldienerstelle.

Der Landes-Ausschuß hat mit der Laibacher Stadtcommune die Verhandlung wegen einer zweiten Schuldienerstelle an der k. k. Ober-Realschule, von dessen Dienstbezügen zwei Drittel auf den Landesfond entfallen, gepflogen, worüber dem h. Landtage eine besondere Vorlage unterbreitet werden wird.[77]

Gewerbliche Fortbildungsschulen.

Der Einladung der k. k. Landesregierung zur Theilnahme an den commissionellen Berathungen eines Gesetzentwurfes, betreffend die Errichtung und Erhaltung gewerblicher Fortbildungsschulen auf Grundlage des diesbezüglichen Landesgesetzes für Oesterreich unter der Enns vom 28. November 1868 hat der Landes-Ausschuß durch Abordnung zweier Ausschußbeisitzer entsprochen.[78]

Waldbauschule in Schneeberg.

In Vollziehung des h. Landtagsbeschlusses vom 28. September 1868, betreffend die Errichtung einer Waldbauschule in Schneeberg, hat der Landes-Ausschuß mit Seiner Durchlaucht dem Herrn Georg Prinzen von Schönburg-Waldenburg in Betreff der Gründung der fraglichen Schule, sowie in Betreff der Feststellung der Rechtsbeziehungen Seiner Durchlaucht zum Lande aus Anlaß der Errichtung der Waldbauschule ein schriftliches Uebereinkommen abgeschlossen.[79]

Sodann wurde das Programm für die zu errichtende Schule vereinbart, die Frage wegen Besetzung der zweiten Lehrerstelle entschieden und der 1. October 1869 als Zeitpunkt der Eröffnung der Schule bestimmt.

Das mit der Herrschaftsinhabung getroffene schriftliche Uebereinkommen gilt vorläufig für vier Jahre unaufkündbar. Wenn vor Ende des dritten Jahres von keinem Theile eine Kündigung erfolgt, so erneuert sich dieser Vertrag nach Ablauf des vierten Jahres immer wieder auf weitere zwei Jahre, jedoch dann gegen einjährige Kündigung.[80] [81] [82]

Für die zweite Lehrerstelle wurde der Besetzungsconcurs ausgeschrieben und unter 12 Competenten Jakob Furlan zum Lehrer ernannt.

Nachdem jüngst auch alle 8 aus dem Landesfonde dotirten Freiplätze in der Waldbauschule nach vorausgegangener Concursausschreibung besetzt worden sind (und zwar meistens mit Schülern aus den höhern Classen des Gymnasiums oder der Realschule, obwohl zur Erlangung eines solchen Stiftplatzes selbst die Absolvirung der 4. Normalklasse genügt), so sind nun alle Bedingungen zur Eröffnung dieser Schule mit 1. October d. J. gegeben. — Möge ihr Wirken für unser Land ein sehr gedeihliches werden!

Schließlich verdient neben der großmüthigen Opferwilligkeit, mit welcher Seine Durchlaucht der Herr Prinz Schönburg-Waldenburg diese unserm Lande so nothwendige Bildungs-Anstalt unterstützt, auch der an den Tag gelegte Eifer des herrschaftlichen Forstmeisters Herrn Joh. Vincenz Bodenstein in dieser Schulangelegenheit die öffentliche Anerkennung, um so mehr, als der Genannte die Leitung dieser Schule und einen Theil des Unterrichtes an derselben freiwillig und ohne eine Entlohnung übernehmen wird.

Lehrmittel der Waldbauschule

Scheyer's Waldbewirthschaftung.

Der Landes-Ausschuß hat das ihm von der hierländigen k. k. Landwirthschaft-Gesellschaft übergebene und warm empfohlene Manuscript des Forstmeisters Moritz Scheyer über die Bewirthschaftung der Waldungen, betitelt: „Navod, kako naj ravnajo posamezni kmetje in cele soseske z gozdom", mit dem Eigenthums- und Verlagsrechte um das billige Honorar von 40 fl. angekauft und in 2000 Exemplaren in Druck legen lassen.[83] [84]

Dieses Werkchen wird nicht nur für Zöglinge der neuen Waldbauschule in Schneeberg ein Unterrichts-, sondern auch für unsere Bevölkerung ein sehr nützliches Belehrungsbuch bilden.

Um der Bevölkerung den Ankauf dieses sehr nützlichen Werkchens zu erleichtern und auf diese Art dessen Verbreitung zu fördern, hat der Landes-Ausschuß den Ladenpreis desselben auf 12 Neukreuzer festgesetzt.

Außerdem wurden nach dem Antrage des Directors der Lehranstalt für die Beschaffung noch anderer Unterrichtsbücher in slovenischer Sprache für diese Schule Sorge getragen.

Forstbotanische Sammlung.

Der Landes-Ausschuß hat die von der n. ö. Waldbau-Schuldirection in der Hinterbrühl zum Kaufe angebotene compendiöse Sammlung von Waldsämereien, Knospen und Kotiledonen der gewöhnlichen Waldbäume und Sträucher, dann eine kleine Mineraliensammlung, dann eine Sammlung von forstschädlichen und nützlichen Käfern und Schmetterlingen, um den Preis von 70 fl. für die Waldbauschule in Schneeberg aus der vom h. Landtage für das erste Jahr zur Beistellung von Lehrmitteln bewilligten Dotation per 300 fl. angeschafft.[85] [86] [87]

---

[75] Exh.-Nr. 2893.
[76] Exh.-Nr. 3367.
[77] Exh.-Nr. 2516.
[78] Exh.-Nr. 2116.
[79] Exh.-Nr. 3975 de 1868.
[80] Exh.-Nr. 269.
[81] Exh.-Nr. 941.
[82] Exh.-Nr. 1234.
[83] Exh.-Nr. 1715.
[84] Exh.-Nr. 1951.
[85] Exh.-Nr. 1234.
[86] Exh.-Nr. 1484.
[87] Exh.-Nr. 1888.

Dalje je c. k. logarski oskrbnik v Postojni šneperški logarski šoli podaril zbirko, ki obsega mnogo stotin zuželk. Za ta dar mu je deželni odbor izrekel hvalo.

Kmetijske nadaljevalne šole.

Visoko ministerstvo za zemljodelstvo je v svojem priznanja vrednem prizadevanji za povzdigo kmetijstva v ozir vzelo nadaljevalne učilnice ter jim v posebnih primerljejih obljubilo podporo iz državne blagajnice.

Visoko ministerstvo ima v tej zadevi to načelo, da vzdržavanje takih z ljudsko šolo sklenjenih nadaljevalnih učilnic gre v prvi vrsti občinam, okrajnim zastopom in deželnemu zboru, in sicer temu iz dvojnega obzira, ker ti zavodi tičejo ne le ljudsko šolo ampak tudi poljodelstvo.[88]

Ker so pa deželnemu odboru neznane obravnave o ljudski šoli in o tem, kar je v zvezi ž njo, ker jih c. k. deželna vlada sedaj vodi in rešuje v lastnem področji, zato je deželni odbor moral v važnem vprašanji o kmetijskih nadaljevalnih šolah svojo misel izreči le o tem, da je c. k. deželni vladi te učilnice zaznamoval za silno potrebo naše dežele, da so prva pogoja takih šol sposobni učitelji, potrebni učni pripomočki, in podpora iz državnega zaloga.[89]

Zalog normalnih šol in deželni odbor.

Vabilu c. k. deželne vlade od 30. junija t. l., naj deželni odbor v oskrbovanje prevzame kranjski zalog normalnih šol, odgovoril je deželni odbor, da gledé na svoj návod nima pooblastila, niti izreči kaj vezalnega, niti precej prevzeti ta zalog, a da hoče slavnemu deželnemu zboru v prihodnjem zborovanju predložiti dotično predlogo, in storiti nasvet, naj se ta zalog 1. januarja 1870. l. prevzame pod pogojami in po načinu, ktere je izrekla c. k. deželna vlada.[90]

§. 11. Ustanove.

Glavarjeva ustanova za reveže in bolnike.

Zvrševaje točko *h* sklepa slavn. deželnega zbora v X. seji 11. septembra 1868. l. storjenega, se je deželni odbor, pregledavši spise oglasil Lanšpreške grajščine, ktere mu je poslala c. k. odvezna deželna komisija, obrnil do občinskih predstojnikov onih sel, ki so bila nekdaj podložna Lanšpreški grajščini (večidel sela vélike občine Trebno-Ponikve), naj mu imenujejo one v resnici podpore potrebne seljake, ki imajo po ustanovnem pismu pravico do P. P. Glavarjeve ustanove.[91]

13 novo-ustanovljenih ustanov se oddá.

Trinajst novo ustanovljenih P. P. Glavarjevih ustanóv, vsaka po 14 soldov na dan, oddalo se je 13 nekdanjim Lanšpreškim podložnikom, ktere je trebanski občinski predstojnik nasvetoval po dorazumenji s trebanskim župnikom. Vžitek teh ustanov se jim je pri trebanski davkariji nakazal od 1 januarja 1869. leta.[92]

Prenaredba ubožnice in bolnice v Komendi sv. Petra.

Izvršitev sklepov slav. deželnega zbora od 11. septembra 1868. l. o prenaredbi in razširjenji P. P. Glavarjeve ubožnice in bólnice v Komendi sv. Petra, morala se je odložiti, ker se z beneficijatom komendskim doslé še ni mogel dognati dogovor niti o stavišču za nova gospodarska poslopja, ktera ima postaviti P. P. Glavarjev ustanovni zalog, niti o dotičnih stavbnih načrtih, da-siravno je bil deželni odbor 7. januarja t. l. v ta namen v Komendo odposlal posebno komisijo. Ondašnji beneficijat ni hotel podpisati pogodbenega načrta, ki mu ga je bil deželni odbor poslal 26. januarja t. l. št. 674, vsled kterega bi on imel parcelske št. 12, 13 in 13½ odstopiti P. P. Glavarjevemu ubožnemu zalogu, ter je odločno zavrnil predlog, da bi se novo gospodarsko poslopje postavilo na 62. parcelo njegovega vrta. Njegovemu uplivu sme se tudi pripisati, da je tudi patron tega beneficija nikavno odgovoril deželnega odbora dopisu od 2. marca t. l., št. 924, v kterem je bil prošen privoliti, da se omenjene parcele prepusté zalogu P. P. Glavarjeve ubožnice in bolnice.[93] — Deželni odbor pa se nadja, da beneficijat konečno vender le odstopi od svojega dosedanjega zanikovanja ter da naslednik prejšnjega komtura, do kterega se je deželni odbor precej po njegovi inštalaciji obrnil v tej zadevi, pritrdi deželnega odbora nasvetom o odstopu lastnine in o stavbenem načrtu.

Grof Engelshaus-ove ustanove za plemenitaže.

Grof Hans Adam Engelshaus je z oporoko, podpisano v Ljubljani 14. februarja 1671. l., svojo realno zapuščino Turn-Ig odločil za fidejkomis z daljno oporočno določbo, da ima deželna gosposka s kranjskimi stanovi potem, ko odmrje njegov rod in njegovo imé, izvoliti dva ubožna kranjska plemenitaža, ki sta ali v vojni ali na ces. dvoru, ter jima v vžitek dati ustanovno premoženje. Predpravico do te ustanove pa imate Ravbarjeva in Galova rodovina, a izključene so osebe duhovskega stanú.

Ta realni fidejkomis je bil pozneje s cesarjevim potrjenjem spremenjen v denarni fidejkomis z 25.400 gld.

---

[88] Vlož. zapisn. številka 719.
[89] Vlož. zapisn. številka 3583.
[90] Vlož. zapisn. številka 2937.
[91] Vlož. zapisn. številka 4105 de 1868.
[92] Vlož. zapisn. številka 224 & 925.
[93] Vlož. zapisn. številka 1315.

Ferner hat der k. k. subst. Forstverwalter in Adelsberg eine aus vielen hundert Exemplaren bestehende Insecten-Sammlung der Schneeberger Waldbauschule zum Geschenke gemacht, wofür ihm der Landes-Ausschuß seinen Dank ausdrücken ließ.

Landwirthschaftl. Fortbildungsschulen.

Das hohe Ackerbauministerium hat in seinem anerkennenswerthen Streben für die Hebung der Landescultur das Institut der landwirthschaftlichen Fortbildungsschulen ins Auge gefaßt und demselben in rücksichtswürdigen Fällen die Subventionirung aus dem Staatsschatze in Aussicht gestellt.

Das hohe Ackerbauministerium geht in dieser Angelegenheit von dem Grundsatze aus, daß die Erhaltung solcher mit den Volksschulen in Verbindung stehender Fortbildungsschulen zunächst Sache der Gemeinden, der Bezirksvertretungen und der Landesvertretung sei, und zwar der letztern in doppelter Hinsicht, da die in Rede stehende Institution sowohl die Volksschule, als auch die Landescultur berührt.[88]

Da aber der Landes-Ausschuß in die Verhandlungen über die Volksschule und was mit derselben in Verbindung steht, bisher keinen Einblick hatte, indem dieselben von der k. k. Landesregierung nur immer im eigenen Wirkungskreise geführt und entschieden werden, so mußte der Landes-Ausschuß in der so wichtigen Frage des landwirthschaftlichen Fortbildungsunterrichtes sein Gutachten darauf beschränken, daß er der k. k. Landesregierung die landwirthschaftlichen Fortbildungsschulen als ein dringendes Bedürfniß unseres Landes bezeichnete, und daß er als erste Bedingung solcher Schulen das Vorhandensein befähigter Lehrer und der erforderlichen Lehrmittel hinstellte, und die Nothwendigkeit der Staats-Subvention für dieselben betonte.[89]

Uebernahme des Normal-Schulfondes.

Die Einladung der k. k. Landesregierung vom 30. Juni d. J., Z. 4031, hinsichtlich der Uebernahme des Stammvermögens des krain. Normal-Schulfondes in die eigene Verwahrung und Verwaltung hat der Landes-Ausschuß dahin beantwortet, daß er sich im Hinblicke auf seine Instruction nicht für ermächtiget halte eine verbindliche Erklärung diesfalls abzugeben oder die Uebernahme sofort zu pflegen, daß er jedoch bereit ist, dem h. Landtage beim nächsten Zusammentritte eine diesfällige Vorlage zu unterbreiten und den Antrag auf Genehmigung der Uebernahme unter den von der k. k. Landesregierung angedeuteten Bedingungen und Modalitäten mit dem 1. Jänner 1870 als Uebernahms-Zeitpunkt zu stellen.[90]

§ 11. Stiftungen.

Glavar'sche Stiftung.

Behufs Ausführung des Punktes h des h. Landtagsbeschlusses der X. Sitzung vom 11. September 1868 hat sich der Landes-Ausschuß nach genommener Einsicht in die von der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Landes-Commission mitgetheilten Anmeldungs-Operate der Herrschaft Landpreis an die Gemeindevorstände jener Ortschaften, welche einst im Unterthänigkeitsverbande zur Herrschaft Landspreis gestanden sind (meistens Ortschaften der Hauptgemeinde Treffen-Ponikve) um Namhaftmachung der wirklich unterstützungsbedürftigen Ortsinsassen gewendet, welche stiftbriefmäßig zum Genusse der P. P. Glavar'schen Armenpfründen berufen sind.[91]

Verleihung der 13 neucreirten Handstipend.

Die neucreirten dreizehn P. P. Glavar'schen Handstipendien mit dem Genusse täglicher à 14 Neukreuzer wurden den vom Gemeindevorstande Treffen-Ponikve einvernehmlich mit dem Pfarramte Treffen in Vorschlag gebrachten 13 ehemaligen Landspreiser Unterthanen verliehen und der Stipendienbezug vom 1. Jänner 1869 an beim k. k. Steueramte Treffen ihnen angewiesen.[92]

Reorganisirng. des Armen- u. Krankenhauses Commenda St. Peter.

Die Ausführung der auf Organisirung und Erweiterung des P. P. Glavar'schen Armen- und Krankenhauses in Commenda St. Peter abzielenden hohen Landtagsbeschlüsse vom 11. September 1868 hat aber eine unerwartete Verzögerung erlitten, weil mit dem Curat-Beneficiaten der Commenda wegen des Bau-Terrains für das auf Kosten des P. P. Glavar'schen Armenstiftungsfondes neu zu erbauende Wirtschaftsgebäude, sowie wegen Feststellung der bezüglichen Baupläne bisher die Vereinbarung noch nicht erzielt werden konnte, wiewohl vom Landes-Ausschusse am 7. Jänner l. J. zu diesem Behufe eine eigene Commission nach Commenda St. Peter entsendet wurde. Der Curat-Beneficiat hat die Unterfertigung des ihm vom Landes-Ausschusse mit Zuschrift vom 26. Jänner 1869, Z. 674, eingesendeten Vertragsentwurfes hinsichtlich der Abtretung der dem Curat-Beneficium gehörigen Bau-Parzellen Nr. 12, 13 und 13½ an den P. P. Glavar'schen Armenstiftungsfond abgelehnt und sich ganz entschieden gegen die Errichtung des neuen Wirtschaftsgebäudes auf seinem Gartengrunde Parzelle-Nr. 62 erklärt. Seinem Einflusse dürfte es auch zuzuschreiben sein, daß auch vom Patronate des Curat-Beneficiums die Zuschrift des Landes-Ausschusses vom 2. März l. J., Z. 924, um Ertheilung der Zustimmung in die Abtretung der fraglichen Parzellen an den P. P. Glavar'schen Armen- und Krankenstiftungsfond verneinend beantwortet wurde.[93]

Der Landes-Ausschuß gibt jedoch die Hoffnung nicht auf, daß der Curat-Beneficiat von seiner bisherigen Negation schließlich abgehen und daß der Nachfolger des früheren Comthur's, an welchen man sich nach seiner Instalation in dieser Angelegenheit gewendet hat, in die Besitzabtretungs- und Bau-Propositionen des Landes-Ausschusses eingehen werde.

Graf Engelshaus'sche adelige Stiftung.

Graf Hans Adam Engelshaus hat mit dem Testamente ddo. Laibach 14. Februar 1671 seinen Real-Nachlaß, das Gut Thurn-Igg, zu einem Fideikommiß bestimmt, mit der weitern testamentarischen Verfügung, daß nach dem völligen Erlöschen seines Stammes und Namens zwei arme Adelige aus Krain, die sich entweder im Kriege oder bei Hof befinden, mit Bevorzugung der Familien Rauber und Gall und mit Ausschluß von geistlichen Personen, von der Landesobrigkeit und von den Ständen Krains zu erkisen und in den Genuß des Stiftungsvermögens einzusetzen sind.

Dieses Realfideikommiß wurde in der Folge mit kaiserl. Genehmigung in ein Geldfideikommiß im Betrage von 25.400 fl. C. M. umgewandelt.

---

[88] Exh.-Nr. 719.
[89] Exh.-Nr. 3583.
[90] Exh.-Nr. 2937.
[91] Exh.-Nr. 4105 de 1868.
[92] Exh.-Nr. 224 & 925.
[93] Exh.-Nr. 1315.

27. julija 1860. l. je poslednji vživalec tega fidejkomisa, Vincencij grof Engelshaus, umrl brez zaroda. Ker se v obroku, kterega je bila sodnija na eno leto postavila v ta namen, da se oglasi, kdor je rodú in imena ustanovnikovega ter ima pravico do tega fidejkomisa, ni oglasil nikdor; zato je c. k. deželna sodnija v Ljubljani izrekla, da neha ta fidejkomis, ker ni nobenega upravičenega naslednika, in je to naznanila c. k. ljubljanski deželni vladi kot nadzornici svetovnih ustanov, češ, da ona v porazumenji z deželnim odborom ustanovi bistvene določbe, da se v djanje vpelje ta ustanova v smislu oporoke od 14. februarja 1671. leta.[94]

Pri dotičnih obravnavah o načinu, po kterem naj se oddaja ta ustanova, ktere premoženje po c. k. deželne vlade naznanilu od 10. junija 1869 l., št. 3186 znaša 29.853 gld. 20 kr. v obligacijah in je v oskrbovanji c. k. deželne vlade, je c. k. deželna vlada storila nasvet, da bi deželni odbor imel pravico do imenovanja (prezentacije), ona sama pa pravico potrditi to imenovanje. Temu predlogu deželni odbor ni pritrdil, ampak menil je — prav po besedah omenjene oporoke — da se ima držati načela enake pravice, vsled kterega se imate te dve ustanovi oddajati le po soglasju c. k. deželne vlade in deželnega odbora.

Ker sta torej vse določbe, ki se imajo sprejeti v ustanovno pismo, že na tanko preudarila c. k. deželna vlada in deželni odbor, zato se je nadjati, da več ne bode nobenega napotja, da se izgotovi ustanovno pismo in kmalu v djanje izpelje ta ustanova.[95] [96]

Šelenburg-ova ustanova.

Deželni odbor je Jakob Šelovemu pl. Šelenburgovemu ustanovnemu pismu pristavek, kterega je slavni deželni zbor v seji 21. septembra 1868. l. sklenil, od besede do besede pristavil in pridjala se mu je tudi cesarska pritrditev od 21. oktobra 1868. leta.[97]

Cesarice Elizabete ustanova za invalide oziroma za reveže.

Deželni glavar pl. Wurzbach je o najvišem godu presvetle c. k. apost. cesarice novo mesto dodal cesarice Elizabete ustanovi, ktera je potrjena z najvišim pismom od 28. septembra 1866. l., št. 6680, in v oskrbovanji deželnega odbora; v ta namen je deželni blagajnici 5% državna dolžna pisma v znesku 1100 gld. av. vr. z obrestmi od 1. avg. 1868. l. izročil s pristavkom, ki ga je c. k. deželna vlada z ukazom od 23. decembra 1868. l., št. 8751, potrdila, namreč, da se ima ta nova ustanova oddati še le potem, ko po daljnih doneskih naraste tolika, da bode 100 gld. vžitka donašala na leto.[98]

Deželni odbor je tudi ta ustanovni narastek sprejel v svoje oskrbovanje.

Ustanovni zálog in dež. odbor.

Zarad sprejembe raznih, v slavnega deželnega zbora sklepu X. seje zadnjega zborovanja naštetih ustanovskih zalogov obrnil se je deželni odbor do c. k. deželnega predsedstva z vprašanjem, ali in kedaj hoče c. k. vlada deželnemu odboru izročiti te ustanove pod pogojami, ktere je postavil deželni zbor.[99]

Odgovor c. k. deželne vlade na to vprašanje pokaže, ali in kedaj se te ustanove izročé deželnemu odboru.

Flahenfeld-Volvic-ev kanonikat.

Vsled sklepa slavnega deželnega zbora od 3. oktobra poslednjega zborovanja je deželni odbor po dovršenih obravnavah s knezoškofijskem ordinarijatom razpisal Flahenfeld-Volvicev kanonikat. O oddaji tega kanonikata se deželnemu zboru predloží posebna predloga.[100]

§. 12. Nova ustanovitev c. k. okrajnih sodnij v Kostanjevici in v Senožečih.

Vsled odpisa c. k. pravosodnjega ministerstva od 29. junija t. l., št. 8018, je visoka c. k. vlada ugodno rešila nasvet, v XI. seji deželnega zbora 14. septembra 1868. l. obravnavan o novi ustanovitvi c. k. okrajnih sodnij v Kostanjevici in v Senožečih,[101] ker ste se c. k. okrajni sodniji, ki ste že bili v obeh teh krajih, vsled razglasa v deželnem zakoniku od 24. julija t. l., št. XV, zopet ustanovili z istima sedežema in z okrajema, ktera je objavil ministerski ukaz od 4. februarja 1854. l. (drž. zakonik št. 34).

Da ste ti novi sodniji že pričeli svoje delovanje, to še ni bilo naznanjeno.

§. 13. Policijske stvari.

Dogodek na Jančjem.

Dogodkov na Jančjem in v Vevčah 23. maja t. l. — o izletu ljubljanskega turnarskega društva na Jančje — tudi deželni odbor kot postavni zastop deželnih koristi ni smel prezreti; bila mu je kot predstojnemu uradu kranjskih občin dolžnost s posebno okrožnico v nemškem in slovenskem jeziku obrniti se do vseh občinskih predstojnikov ter povzdigniti svoj svarilni in podučilni glas.[102]

---

[94] Vlož. zapisn. številka 1588 de 1864.
[95] Vlož. zapisn. številka 1058 de 1865.
[96] Vlož. zapisn. številka 2759 de 1869.
[97] Vlož. zapisn. številka 4084 de 1868.
[98] Vlož. zapisn. številka 56.
[99] Vlož. zapisn. številka. 3892 de 1868.
[100] Vlož. zapisn. številka 3256.
[101] Vlož. zapisn. številka 2953.
[102] Vlož. zapisn. številka 2775.

Da am 27. Juli 1860 der letzte Fideikommiß-Nutznießer Vincenz Graf Engelshaus kinderlos starb, und da während der gerichtlich festgesetzten Frist Eines Jahres Niemand des Stammes und Namens des Stifters seine Anwartschaft auf dieses Fideikommiß angemeldet hat, so wurde vom k. k. Landesgerichte in Laibach das fragliche Fideikommiß als solches ob Abgang einer berechtigten Succession für erloschen erklärt und hievon die k. k. Landesregierung in Laibach als Oberbehörde in weltlichen Stiftungsangelegenheiten in Kenntniß gesetzt, damit dieselbe einvernehmlich mit dem Landes-Ausschusse die wesentlichen Momente zur Constituirung und Activirung der Stiftung im Sinne des Testaments vom 14. Februar 1671 stiftbriefmäßig feststelle.[94]

Bei den diesfälligen Verhandlungen wurde hinsichtlich des Verleihungsmodus der Stiftung, deren Vermögen nach Mittheilung der k. k. Landesregierung vom 10. Juni 1869, Z. 3186, den Obligationenwerth von 29853 fl. 20 kr. repräsentirt, und welche von derselben administrirt wird, von der politischen Landesbehörde in Antrag gebracht, daß der Landes-Ausschuß das Präsentationsrecht auszuüben hätte, ihr selbst aber das Recht der Bestätigung zukömme. Diesem Antrage hat der Landes-Ausschuß nicht zugestimmt, sondern er glaubte — dem Wortlaute des Testamentes gemäß — an dem Grundsatze der vollkommenen Parität festhalten zu sollen, wornach die Verleihung der zwei Stiftungsplätze stets nur bei vollkommener Uebereinstimmung der k. k. Landesregierung und des Landes-Ausschusses erfolgen könnte.

Nachdem bereits alle in den Stiftbrief aufzunehmenden Bestimmungen zwischen der politischen Landesbehörde und dem Landes-Ausschusse gegenseitig gründlich erwogen worden sind, so dürfte auch der baldigen Ausfertigung des Stiftbriefes und der sofortigen Activirung der Stiftung selbst nichts mehr im Wege stehen.[95] [96]

Schellenburg'sche Stiftung.

Der Landes-Ausschuß hat der Jakob Schell von Schellenburg'schen Stiftungsurkunde die in der Landtags-Sitzung am 21. September 1868 beschlossene Modifizirungs-Klausel wortgetreu beigesetzt, welcher sodann auch die landesfürstliche Zustimmungserklärung ddo. Laibach am 21. October 1868 beigerückt wurde.[97]

Kaiserin Elisabeth Invaliden-, respect. Armen-Stiftg.

Der Landeshauptmann v. Wurzbach hat aus Anlaß der Feier des Allerh. Namensfestes Seiner k. und k. Apostolischen Majestät zum Behufe der Ereirung eines neuen Stiftplatzes bei dieser laut landesfürstlichen Willbriefes ddo. 28. September 1866, Z. 6680, errichteten, vom krainischen Landes-Ausschusse verwalteten Stiftung die bei der krainischen Landescasse erlegten 5% Staats-Obligationen im Gesammtbetrage pr. 1100 fl. ö. W. und dem Zinsenbezuge seit 1. August 1868 mit dem von der k. k. Landesregierung laut Decret ddo. 23. December 1868, Nr. 8751, genehmigten Anhange gewidmet, daß dieser Stiftungsplatz erst dann, wenn der Jahresertrag derselben durch weitere Zuflüsse auf 100 fl. ö. W. gebracht sein wird, zur Verleihung kommen soll.[98]

Der Landes-Ausschuß hat auch diesen Stiftungszuwachs in seine Verwahrung und Verwaltung übernommen.

Uebernahme der Stiftungsfonde.

Wegen Uebernahme der verschiedenen, im hohen Landtagsbeschlusse der X. Landtags-Sitzung der letzten Session bezeichneten Stiftungsfonde hat sich der Landes-Ausschuß an das k. k. Landes-Präsidium mit der Anfrage gewendet, ob und wann die h. k. k. Regierung diese Stiftungen unter den vom h. Landtage angegebenen Bedingungen an den Landes-Ausschuß zu übergeben geneigt sei?[99]

Es hängt nun von der Beantwortung dieser an die k. k. Landesregierung gerichteten Anfrage ab, ob und wann die Uebergabe der Stiftungen an den Landes-Ausschuß erfolgen wird.

Flachenfeld-Wollwitz'sches Canonicat.

Gemäß hohen Beschlusses vom 3. October 1868 der letzten Landtagssession hat der Landes-Ausschuß nach gepflogener Verhandlung mit dem fürstbischöflichen Ordinariate den Concurs für die Wiederbesetzung des Flachenfeld-Wollwitz'schen Canonicates ausgeschrieben, und es wird der bezügliche Besetzungsvorschlag eine besondere Landtagsvorlage bilden.[100]

§ 12. Wiedererrichtung der k. k. Bezirksgerichte in Landstraß und Senožeč.

Laut Eröffnung des hohen Justiz-Ministeriums vom 29. Juni l. J., Z. 8018, hat die in der XI. Landtagssitzung am 14. September 1868 verhandelte Angelegenheit wegen Wiedererrichtung der k. k. Bezirksgerichte in Landstraß und Senožeč bei der hohen Regierung eine befriedigende Lösung gefunden,[101] indem die in den beiden genannten Orten bestandenen k. k. Bezirksgerichte nach der Kundmachung im Landes-Gesetz- und Verordnungsblatt vom 24. Juli l. J., XV. Stück, mit denselben Amtssitzen und mit dem durch die Ministerial-Verordnung vom 4. Februar 1854, R. G. B. Z. 34, kundgemachten Gebietsumfange wieder errichtet werden.

Der Beginn ihrer Amtswirksamkeit wurde bisher noch nicht kundgemacht.

§ 13. Polizeiliches.

Circulare aus Anlaß der Janèberg-Affaire.

Die bei dem Ausfluge des Laibacher Turnvereins auf den Janèberg am 23. Mai d. J. vorgefallenen bedauerlichen Ereignisse am Janèberge und in Josefsthal konnten den Landesausschuß als gesetzlichen Vertreter der Landesinteressen nicht unberührt lassen; er hielt es als Oberbehörde über die Gemeinden für seine Pflicht, mittelst eines eigenen Circulares in slovenischer und deutscher Sprache sich an sämmtliche Gemeinde-Vorstände des Landes zu wenden, und seine warnende und belehrende Stimme zu erheben.[102]

---

[94] Exh.-Nr. 1588 de 1864.
[95] Exh.-Nr. 1058 de 1865.
[96] Exh.-Nr. 2759 de 1869.
[97] Exh.-Nr. 4084 de 1868.
[98] Exh.-Nr. 56.
[99] Exh.-Nr. 3892 de 1868.
[100] Exh.-Nr. 3256.
[101] Exh.-Nr. 2953.
[102] Exh.-Nr. 2775.

Spomenica do vis. ministerstev.

Dalje je deželni odbor spoznal za svojo dolžnost, na korist resnice in varstva dobrega imena kranjske dežele in njenih stanovnikov spomenico poslati[103] do gospodov ministrov: grofa Beust-a, grofa Taaffe-ja in dr. Giskre, da v njej svoje misli razodene o vzrokih in razlogih tega dogodka na Jančjem in njegovih daljnih nasledkov in da se ž njo nasproti postavi spomenici ljubljanskega mestnega odbora do visokih ministerstev, kteri je v njej ta dogodek iz enostranskega stališča sodil in ž njo daleč segel čez meje svojega področja, — ter je popolno in brez pridržka izpeljavo národne ravnopravnosti zaznamoval za tisto sredstvo, ki je edino, da se ž njim zadovolji slovenskemu ljudstvu in ohrani sloga med vsemi stanovniki naše dežele.

V sklepu te spomenice je deželni odbor vis. c. k. vlado prosil, naj bi se vedno lojalnim Slovencem vendar že popolno in brez pridržka spolnile želje ravnopravnosti slovenskega jezika v šoli in v uradih, ktera je zagotovljena v državni ustavi in za ktero je kranjski deželni zbor že tako silno prosil.

Policijska odprava in potiranje (šub).

Vsled ukaza vis. ministerstva notranjih oprav od 25. aprila t. l., št. 1845, je c. kr. deželna vlada poslala načrt postave o uravnavi policijske odprave in potira (šuba), da deželni odbor izreče svoje mnenje o njem.

Deželni odbor je odgovoril, da je dotične postave sicer jako želeti, a da po njegovem mnenji ta stvar po 11. in 12. §. osnovne postave od 21. decembra 1868. l. (drž. zak. št. 141) spada v področje deželnega postavodavstva.[104]

O obsegu tega načrta samega pa deželni odbor ni nasvetoval nobenega pristavka in nobene premembe.

Žandarmerijska uravnava.

Posvetovanja o načrtu uravnave žandarmerije, ktera se ima obravnavati v državnem zboru, se je deželni odbor vstrezaje naročilu gosp. ministra za deželno brambo in javno varnost — naznanjenemu mu po c. k. deželni vladi — udeležil s tem, da je k temu posvetovanju iz svoje srede poslal zastopnika.[105]

§. 14. Osebne stvari.

Deželni odbor, spolnovaje žalostno dolžnost, slavni zbornici naznanja, da sta dva častita njena uda umrla, in sicer prečastiti gosp. stolni prošt in knezoškofov general-vikarij Anton Kos, poslanec kmet. občin kranjsko-loško-tržaškega volečega okraja[106], in gosp. Santo Treo, poslanec kmet. občin trebansko-zatiško-žuženberško-mokronoško-litijsko-novodvorskega volečega okraja.[107]

Deželni odbor dalje naznanja, da sta se poslanec idrijskega mesta gosp. Anton vitez Gariboldi,[108] in poslanec kmet. občin ljubljanske okolice, gosp. Fidel Trpinec[109] odpovedala deželnega poslanstva.

Volitni spisi o novih volitvah namesto omenjenih štirih poslancev se slavni zbornici predložé na obravnavo in sklepovanje.

Volitev deželnih poslancev.

S prečastitim gosp. general-vikarijem Anton Kosom je deželni odbor zgubil tudi namestnika gosp. dr. Lovro Tomana, kterega državno poslanstvo ovira v oskrbovanje odborniških opravil. Ker ni pripuščeno, da bi se odbornik nadomestoval po namestniku iz druge skupine v deželni odbor voljenem, zato so se dotična opravila v smislu 37. §. služb. navoda do volitve novega namestnika izročila deželnemu tajniku gosp. Hofbauer-ju in to s tem da ima le „votum informativum“.

Oddaja služeb.

Dalje deželni odbor slavni zbornici daje na znanje, da je bil službo koncipista za deželno pisarnico, z nova ustanovljeno z dež. zbora sklepom od 30. septembra 1868. l., razpisal ter jo oddal c. k. ogerskemu finančnemu koncipistu Mateju Kreču, kteri je bil začasno deven v pokoj in kot davkarski poročevalec naslonjen pri c. k. okrajnem glavarstvu v Planini, in to s pogojo, da pozneje naredí politiški državni izpit.[110]

Služba ingrosista, z istim sklepom dež. zbora z nova ustanovljena, oddala se je Albinu Peternelu.[111] Oba ta nova uradnika sta koj po prisegi nastopila svoji službi.

Na podlagi točke i) omenjenega sklepa je deželni odbor vzel 4 praktikante s podporo po 180 gld. na leto, namreč za deželno pisarnico Franceta Goste-ta in Janeza Centriha, in ko je prvi teh dveh umrl, na njegovo mesto Ferdin. Omejca; za deželno računstvo Franceta Trtnika in Jož. Podkrajšeka, za upravnijo pri bolnišnici pa Nikolaja Brusa.

Nakaz novoustanovljenih plač.

Vsem uradnikom so bile plače po osnovi, z nova potrjeni, pri dotičnih zalogih nakazane od 1. oktobra 1868. leta.[112]

---

[103] Vlož. zapisn. številka 2583.
[104] Vlož. zapisn. številka 2117.
[105] Vlož. zapisn. številka 4772 de 1868.
[106] Vlož. zapisn. številka 857.
[107] Vlož. zapisn. številka 1469.
[108] Vlož. zapisn. številka 4421 de 1868.
[109] Vlož. zapisn. številka 2517.
[110] Vlož. zapisn. številka 4104.
[111] Vlož. zapisn. številka 4003.
[112] Vlož. zapisn. številka 3821 de 1868.

Er sah sich aber auch verpflichtet, im Interesse der Wahrheit und zur Wahrung der Ehre des Landes und seiner Bevölkerung an die Herren Minister Grafen Beust, Grafen Taaffe und Dr. Giskra eine Denkschrift abzusenden,[103] in welcher die Anschauungen des Landes-Ausschusses über die Gründe und Ursachen der Jančberg-Affaire und deren weitern Consequenzen dargestellt, und worin der vom einseitigen Standpunkte aufgefaßten Darstellung dieses Gegenstandes in der vom Gemeinderathe der Landeshauptstadt Laibach an die hohen Ministerien gerichteten, den Wirkungskreis des Gemeinderathes weit überschreitenden Denkschrift entgegengetreten, und die volle und rückhaltlose Durchführung des Prinzips der nationalen Gleichberechtigung als dasjenige Mittel bezeichnet wurde, welches das slovenische Volk zu befriedigen und die Eintracht zwischen allen Bewohnern unseres Landes herzustellen geeignet ist. — Denkschrift an die hohen Ministerien.

Zum Schlusse seiner Denkschrift hat der Landes-Ausschuß an die hohe k. k. Regierung appellirt, durch die volle und rückhaltlose Durchführung der verfassungsmäßig gewährleisteten, vom krainischen Landtage so nachdrücklich erbetenen Gleichberechtigung der slovenischen Sprache in Schule und Amt die Wünsche der stets loyalen Slovenen ihrer Erfüllung zuzuführen.

In Folge Erlasses des hohen Ministeriums des Innern vom 25. April d. J., Z. 1845/M. J., hat die k. k. Landesregierung dem Landes-Ausschusse den Entwurf eines Gesetzes in Betreff der Regelung der polizeilichen Abschaffung und des Schubwesens zur Abgabe der Wohlmeinung mitgetheilt. Polizeiliche Abschaffung u. Schubwesen.

Der Landes-Ausschuß gab seine Erklärung dahin ab, daß er die Erlassung eines diesbezüglichen Gesetzes zwar für sehr wünschenswerth erachte, daß jedoch nach seiner Ansicht dieser Gegenstand nach den §§. 11 und 12 der Staatsgrundgesetze vom 21. December 1867, R. G. B. Nr. 141, zur Competenz der Landesgesetzgebung gehöre.[104]

Belangend den Inhalt des Gesetz-Entwurfes selbst, fand aber der Landes-Ausschuß weder einen Zusatz noch eine Abänderung zu beantragen.

An der vom Herrn Minister für Landesvertheidigung und öffentliche Sicherheit der k. k. Landesregierung aufgetragenen commissionellen Berathung des Entwurfes eines Organisations-Statutes der k. k. Gensdarmerie, dessen verfassungsmäßige Behandlung im hohen Reichsrathe bevorsteht, hat der Landes-Ausschuß durch einen Beisitzer als Vertreter Theil genommen.[105] Gendarmerie-Organisation.

§ 14. Personalien.

Der Landes-Ausschuß hat die traurige Pflicht zu erfüllen, dem hohen Hause die Anzeige von dem Hinscheiden zweier hochgeehrten Mitglieder zu erstatten, nämlich des hochw. Herrn Domprobstes und General-Vicars Anton Kos, Abgeordneten für die Landgemeinden des Krainburg-Lack-Neumarktler Wahlbezirkes,[106] und des Herrn Santo Treo, Abgeordneten für die Landgemeinden der Bezirke Treffen, Sittich, Seisenberg, Nassenfuß, Littai, Weichselstein.[107] Todesfälle.

An diese Anzeige reiht der Landes-Ausschuß die weitere Notiz an, daß der Abgeordnete der Stadt Idria, Herr Anton Ritter von Gariboldi[108] und der Abgeordnete für die Landgemeinden des Wahlbezirkes Umgebung Laibach, Herr Fidelis Terpinz,[109] ihre Landtags-Mandate niedergelegt haben. Mandats-Niederlegungen.

Die Wahl-Operate über die an deren Stelle vorgenommenen Neuwahlen werden dem hohen Hause zur Prüfung und Schlußfassung vorgelegt werden. Neuwahlen.

Durch den Tod des hochw. Herrn General-Vicars Kos verlor der Landes-Ausschuß auch den Ersatzmann des an der Besorgung der Ausschußgeschäfte durch seine Function als Reichsraths-Deputirter verhinderten Ausschußbeisitzers Herrn Dr. Lovro Toman. Da die Substitution eines Beisitzers durch den Ersatzmann eines aus einer andern Curie in den Landes-Ausschuß gewählten Beisitzers nicht zulässig ist, so wurde im Sinne des § 37 der Dienstes-Pragmatik der landschaftliche Secretär Herr Hofbauer bis zur Neuwahl eines andern Ersatzmannes mit dem betreffenden Referate mit dem votum informativum betraut. Nothwendigk. der Neuwahl eines Ersatzmannes f. den Landesausschuß.

Ferner hat der Landes-Ausschuß zur Kenntniß des hohen Hauses zu bringen, daß für die durch den hohen Beschluß der XIX. Landtagssitzung vom 30. September 1868 neu sistemisirte Concipisten-Stelle bei der landschaftlichen Hilfskanzlei der Concurs ausgeschrieben und dieser Dienstposten dem quiescirten, bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Planina als Steuerreferent in provisorischer Verwendung gestandenen k. k. ung. Finanzconcipisten Matthäus Kreč unter der Bedingung der nachträglichen Ablegung der politischen Staatsprüfung verliehen wurde.[110] Besetzung von Dienstplätzen.

Die zufolge desselben Landtagsbeschlusses neu zu besetzende Ingrossistenstelle wurde dem Albin Peternel verliehen.[111] Beide neuernannte haben sofort nach Ablegung des Diensteides den Dienst angetreten.

Auf Grund des vorcitirten hohen Landtagsbeschlusses Punkt i) hat der Landes-Ausschuß vier Praktikanten mit dem Adjutum jährl. 180 fl. aufgenommen, nämlich für die landschaftliche Hilfskanzlei den Franz Gosté und den Johann Centrich, von denen aber der erstere gestorben und an seine Stelle Ferdinand Omejec ernannt worden ist; für die Landesbuchhaltung aber den Franz Tertnik und den Josef Podkrajšek; und zur Dienstleistung bei der Spitalsverwaltung den Nikolaus Brus.

Den einzelnen Bediensteten wurden die ihnen nach dem genehmigten neuen Besoldungs-Status zukommenden Gehaltserhöhungen, Personalzulagen, Honorare und Bestallungen vom 1. October 1868 an bei den betreffenden Fonden angewiesen.[112] Anweisung neusistemisirter Dienstbezüge.

---

[103] Exh.-Nr. 2583.
[104] Exh.-Nr. 2117.
[105] Exh.-Nr. 4772 de 1868.
[106] Exh.-Nr. 857.
[107] Exh.-Nr. 1469.
[108] Exh.-Nr. 4421 de 1868.
[109] Exh.-Nr. 2517.
[110] Exh.-Nr. 4104.
[111] Exh.-Nr. 4003.
[112] Exh.-Nr. 3821 de 1868.

Določi se zapisnikar za dež. zbor.

Za zapisnikarja pri deželnega zbora obravnavah je deželni odbor vsled 7. §. opravil. reda, spremenjenega s sklepom dež. zbora od 3. oktobra 1868. l., določil, koncipista dež. pisarnice Mateja Kreča.

V pokoj se dene Bajec.

Po nasvetu upravništva posilne delalnice od 2. julija 1869. l. je deželni odbor s sklepom od 10. julija t. l. v začasni pokoj pričenši s 1. avgustom t. l. djal nadzornika Franceta Bajca zarad dolge neozdravljive očesne bolezni ter mu z ozirom na njegovo letno plačo 168 gld. s priboljški vred, potem z ozirom na njegovo vojaško in civilno službovanje 13 let in 3 mesecev, in poslednjič oziraje se na njegove denarne in družinske zadeve 120 gld. na leto privolil, a s pridržkom, da temu ravnanju pritrdi tudi slavni deželni zbor.[113]

Slavni deželni zbor je prošen, da pritrdi temu vpokojenju.

§. 15. Službovanje in uprava sploh.

Opravilni red za dež. zbor v slovenskem jeziku.

Zadostovaje potrebi opravilnega reda v slovenskem jeziku za deželni zbor je deželni odbor oskrbel poslovenjenje tega opravilnega reda, kterega v slovenskem in nemškem jeziku položil na mizo slavne zbornice.

Avstrijsko-ogerska národna bolnišnica v Carigradu.

Z ozirom na človekoljubni namen Galatske z nova-uredjene avstrijsko-ogerske národne bolnišnice v Carigradu, kteri je namen sprejemati avstrijsko-ogerske podložnike, ustregel je deželni odbor predlogu vis. ministerstva notranjih oprav, da se ta bólnica, ki stoji pod varstvom c. k. general-konsulata, pripozna za splošno javno zdravilnico. Vsled tega pripoznanja se bodo oskrbovalni stroški za bolnike kranjskih domačinov, kteri jih ne bi mogli sami plačati, tej bolnici povračevali iz kranjskega deželnega záloga.[114]

Oprava in oborožba deželne brambe.

Na posvetovanje načrta postave, kteri je c. k. deželni vladi došel od vis. ministerstva o obleki in oborožbi deželne brambe, je deželni odbor ustrezaje c. k. deželne vlade vabilu sicer odposlal zastopnika izmed svoje srede; toda ta je pri obravnavi opomnil, da deželni odbor ni poklican vtikati se v to stvar, ker se deželnemu zalogu nikakor ne morejo naložiti stroški za oborožbo deželne brambe. Sicer pa je zastopnik deželnega odbora sprožil vprašanje, ali ne bi prav bilo, da se ozir oprave kranjske deželne brambe kar moč gleda na deželno nošo.[115]

Prodaja opreve deželnih topov.

Deželni odbor je dal opravo stanovskih topov, ktera več ni bila za nobeno rabo, sicer stare konce (lafete), kolesa in voziče na dražbi prodati, topovske ceví pa z grada prepeljati, da se hranijo v stanovski hiši.

Prodalni znesek od	70 gld. 3 kr.
se je odbivši mu stroške za dražbo in prepeljavo z	2 gld. 20 kr.
v ostanku od	67 gld. 83 kr.

oddal stanovskemu zalogu.[116]

Tudi to, da se prodajo tri topovske ceví, ki nimajo nobene posebne zgodovinske vrednosti, zdí se deželnemu odboru primernejše, nego hraniti jih v deželni shrambi, kjer ostanejo mrtva istina, med tem ko bi se prodajalna cená, ki vsled cenitve utegne preseči 2300 gld., lahko obrnila ali za učne ali za druge deželne namene.

Poznejša zahteva dohodninskih doklad za deželni in zemljiške odveze zalog od idrijskega rudnika od 1854. l. do konca 1861. leta.

V 14. §. lanskega sporočila bilo je povedano, da imata deželni in zemljiške odveze zalog od idrijskega drž. rudnika od 1854. l. do konca 1861. l. dohodninskih doklad tirjati . . . 19.507 gld. 57 kr.
idrijski rudnik pa nasproti od deželnega in zemljiške odveze zaloga zahtevati . . 10.741 gld. 96½ kr.
in to zato, ker je od 1862. do konca 1866. l. prav toliko doklad preveč plačal omenjenima zalogoma.

Če se ta preplačila odbijejo, ima toraj idrijski rudnik še . . . . . 8765 gld. 60½ kr. plačati deželnemu in zemljiške odveze zalogu.

Vsled sklepa deželnega zbora od 2. oktobra 1868. l. se je deželni odbor z dopisom od 14. oktobra 1868. l. št. 2470 do c. k. deželne vlade obrnil s prošnjo, naj bi ukazala, da rudarski idrijski urad deželnemu in zemljiške odveze zalogu čem prej tem bolje pošlje omenjeni ostanek 8765 gld. 60½ kr.

Tukajšnje c. k. finančno vodstvo pa je svojovoljno brez porazumenja z deželnim odborom preplačo dohodninskih deželnih doklad in sicer napačno namesto od 1862. do konca 1866. leta za dobo od 1854 do

[113] Vlož. zapisn. številka 2962.
[114] Vlož. zapisn. številka 1436.
[115] Vlož. zapisn. številka 3700.
[116] Vlož. zapisn. številka 4123 de 1868.

Als Schriftführer bei den landtäglichen Verhandlungen hat der Landes-Ausschuß zufolge des mit hohem Landtagsbeschlusse vom 3. October 1868 geänderten § 7 der Geschäftsordnung den Hilfsamts-Concipisten Kreč bestimmt. Bestimmung d. Schriftführers

Ueber Antrag der Zwangsarbeitshaus-Verwaltung ddo. 2. Juli l. J. hat der Landes-Ausschuß mit Sitzungsbeschluß vom 10. Juli l. J. den Aufseher Franz Bajc aus Anlaß seines langwierigen unheilbaren Augenleidens vom 1. August d. J. angefangen, in den zeitlichen Ruhestand versetzt, und ihm mit Rücksicht auf seine Activitätsbezüge jährl. 168 fl. nebst Emolumenten, dann mit Rücksicht auf seine anrechenbare Militär- und Civildienstzeit von 13 Jahren und 3 Monaten, und endlich in Berücksichtigung seiner Vermögens- und Familienverhältnisse die Quiescenten-Gebühr jährl. 120 fl., vorbehaltlich jedoch der nachträglichen Genehmigung des hohen Landtages, zuerkannt.[113] Quiescirung des Baic.

Der hohe Landtag wird gebeten, diese Quiescirung zu genehmigen.

§ 15. Geschäftsbehandlung und Verwaltung im Allgemeinen.

Um dem Bedürfnisse nach einer Landtags-Geschäftsordnung mit slovenischem Texte abzuhelfen, hat der Landes-Ausschuß die Uebersetzung dieser Geschäftsordnung in die slovenische Sprache besorgt, und legt nun dieselbe mit slovenischem und deutschem Texte auf den Tisch des hohen Hauses. Landtagsgeschäftsordnung in slovenischer Sprache.

In Anbetracht des humanitären Zweckes des neu organisirten öster.-ungar. Nationalspitals zu Galata in Constantinopel, welches zunächst zur Aufnahme von öster.-ungar. Unterthanen berufen ist, hat der Landes-Ausschuß dem vom h. Ministerium des Innern gestellten Ansinnen auf Anerkennung dieses unter dem k. k. General-Consulate stehenden Spitales als einer allgemeinen öffentlichen Krankenheilanstalt entsprechen zu sollen erachtet. In Folge dieser Anerkennung werden die uneinbringlichen Verpflegskosten für die in dieser Heilanstalt etwa verpflegten, nach Krain zuständigen Individuen aus dem krainischen Landesfonde zu vergüten sein.[114] Oesterr.-ung. Nationalspital in Constantinopel.

Zur Theilnahme an der commissionellen Berathung des der k. k. Landesregierung vom hohen Landesvertheidigungs-Ministerium zugekommenen Gesetzentwurfes, betreffend die Adjustirung und Ausrüstung der Landwehr, hat der Landes-Ausschuß aus seiner Mitte über den Wunsch der k. k. Landesregierung zwar einen Vertreter delegirt, es hat aber dieser bei der Commission die Bemerkung gemacht, daß der Landes-Ausschuß zu einer Ingerenznahme in dieser Angelegenheit minder berufen erscheine, da ja der Landesfond zu den Kosten der Landwehr-Ausrüstung in keinem Falle in Anspruch genommen werden kann. Landwehradjustirung u. Ausrüstung.

Im Uebrigen glaubte der Vertreter des Landes-Ausschusses die Frage anregen zu sollen, ob es nicht passend wäre, bei der Adjustirung der krain. Landwehr die Volkstracht nach Thunlichkeit zu berücksichtigen.[115]

Der Landes-Ausschuß ließ die unbrauchbaren Ausrüstungsgegenstände von drei ständischen Kanonen, bestehend aus alten Lafetten, Rädern und Munitionskarren, lizitationsweise veräußern, die drei Kanonenröhren aber vom Schloßberge in die ständ. Burg in die Verwahrung überführen. Veräußerung ständ. Geschütz-Ausrüstungsgegenstände.

Der erzielte Erlös pr.	70 fl. 3 kr.
wurde nach Abzug der Lizitations- und Transportkosten pr.	2 fl. 20 kr.
mit dem Reste pr.	67 fl. 83 kr.

beim ständ. Fonde in Empfang gestellt.[116]

Auch die Veräußerung der abgerüsteten drei Kanonenröhren, die ohne besondern historischen Werth sind, erscheint dem Landes-Ausschusse zweckdienlicher, als deren weitere Verwahrung in einem landschaftl. Magazin, wo sie ein todtes Kapital repräsentiren, während ihr Erlös, der nach einer vorgenommenen Schätzung mindestens 2300 fl. betragen dürfte, leicht zur Unterstützung von Unterrichts- und anderen Landeszwecken verwendet werden könnte.

Nachtragsforderung der Einkommensteuerumlagen für den Landes- und Grund-Entlastungsfond vom Montanwerke Idria für die Periode vom Jahre 1854 bis incl. 1861.

Im § 14 des Rechenschaftsberichtes vom 12. August 1868 wurde auseinandergesetzt, daß der Landes- und Grundentlastungsfond vom Montan-Aerar Idria für die Zeitperiode 1854 bis incl. 1861 an Einkommensteuerzuschlägen die Summe von . . . . . 19.507 fl. 57 kr.

zu beanspruchen, dagegen aber das Montanwerk Idria vom Landes- und Grundentlastungsfonde die Rückvergütung von . . . . . 10.741 fl. 96½ kr.

aus dem Titel der Ueberzahlung an Landes- und Grundentlastungsfondszuschlägen in den Jahren 1862 bis incl. 1866 zu fordern habe.

Nach der Compensirung der geleisteten Ueberzahlungen erübriget daher noch eine Forderung des Landes- und Grundentlastungsfondes an das Montanwerk mit . . . . . 8765 fl. 60½ kr.

Gemäß hohen Landtagsbeschlusses vom 2. October 1868 hat sich der Landes-Ausschuß mit Zuschrift vom 14. October 1868, Z. 2470, an die k. k. Landesregierung als Ober-Bergbehörde um die Verfügung gewendet, daß vom Bergamte Idria die dem krainischen Landes- und Grundentlastungsfonde pro 1854 bis incl. 1861 gebührenden Einkommensteuerzuschläge nach Compensirung der Gegenforderung mit dem Restbetrage pr. 8765 fl. 60½ kr. an die landschaftliche Casse ehemöglichst abgeführt werden.

Die hiesige k. k. Finanz-Direction hat aber eigenmächtig, ohne vorläufiges Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse die Ueberzahlungen an Einkommensteuer-Landesumlagen und zwar irrthümlich anstatt für die Jahre 1862 bis incl.

---

[113] Exh.-Nr. 2962.
[114] Exh.-Nr. 1436.
[115] Exh.-Nr. 3700.
[116] Exh.-Nr. 4123 de 1868.

konca 1861. l. v napačnem splošnjem znesku 10762 gld. 77½ kr. na račun kranjskega deželnega in zemljiške odveze zaloga še meseca avgusta 1867. l. iz c. k. deželne blagajnice ukazala povrniti c. k. rudarskemu zalogu idrijskemu, ter je z dopisi od 26. januarja in 23. marca 1869. l. št. 1045 in 2105 zahtevalo, da deželna blagajnica precej povrne to, kar se jej je po krivici plačalo.[117]

Ker pa c. k. finančno vodstvo od deželnega odbora ni prejelo nobenega pooblastila, to plačo ukazati na račun deželnega in zemljiške odveze zaloga, dalje ker se je to na podlagi nedokazanih zaznamkov in krivično plačalo, konečno ker deželni in zemljiške odveze zalog vsled omenjenega razkaza nimata celo nič povrniti idrijski rudarski blagajnici, ampak ker imata še kaj dobiti od nje; — zato deželni odbor ni mogel ustreči zahtevi c. k. finančn. vodstva. Nato je c. k. finančno vodstvo v prepoved djalo 25.678 gld. 12 kr., kolikor je, meseca februarja 1869. l. bilo denarjev nabranih za zemljiške odveze zalog, in ta znesek še do dandanes ni pustilo izplačati deželni blagajnici. Zoper to ravnanje c. k. finančn. vodstva se je deželni odbor z dopisom od 31. marca 1869. l. št. 1440 pri c. k. deželni vladi in z dopisom od 3. aprila 1869. l. št. 1495 pri vis. c. k. finančnem ministerstvu pritožil ter prosil pomoči. Do danes pa mu še ni od nobene strani došlo rešilo teh vlog.

[117] Vlož. zapisn. številka 472 & 947.

1866 für die Periode vom Jahre 1854 bis incl. 1861 in dem unrichtigen Gesammtbetrage pr. 10.762 fl. 77½ kr. für Rechnung des krainischen Landes- und Grundentlastungsfondes noch im Monate August 1867 durch die k. k. Landeshauptcasse an das k. k. Montan-Aerar Idria zurück vergüten lassen, und hat mittelst Zuschriften vom 26. Jänner und 23. März 1869, Z. 1045 und 2105, die sogleiche bare Refundirung dieser ungebührlich geleisteten Zahlung aus der landschaftlichen Casse verlangt.[117]

Da jedoch die k. k. Finanz-Direction von Seite des Landes-Ausschusses keine Ermächtigung erhalten hatte, eine solche Zahlung für Rechnung des Landes- und Grundentlastungsfondes anzuordnen, die Zahlung übrigens auf einfacher undocumentirter Consignationen und ungebührlich erfolgt war, da der Landes- und Grundentlastungsfond dem Montan-Aerar Idria laut obiger Darstellung nicht nur keinen baren Rückersatz zu leisten, sondern an dasselbe noch eine Activforderung zu stellen hat, so konnte der Landes-Ausschuß dem Begehren der k. k. Finanz-Direction nicht entsprechen, worauf dieselbe die im Monate Februar 1869 eingehobenen Grundentlastungsfondsgelder pr. 25.678 fl. 12 kr. in Beschlag nahm und dieselben noch bis jetzt an die landschaftliche Casse nicht abführen ließ. — Gegen dieses Vorgehen der k. k. Finanz-Direction hat sich der Landes-Ausschuß am 31. März 1869, Z. 1440, bei der k. k. Landesregierung, und am 3. April d. J., Z. 1495, beim hohen k. k. Finanz-Ministerium beschwert und um Abhilfe gebeten, bisher aber noch von keiner Seite auf die bezüglichen Eingaben eine Erledigung erhalten.

---

[117] Exh.-Nr. 472 & 947.

Z. 3871.

Vorlage des Landes-Ausschusses

betreffend

die Grundsteuerfrage.

Hoher Landtag!

Nach Abschluß des Rechenschaftsberichtes ist dem Landes-Ausschusse vom löblichen k. k. Landespräsidium eine Abschrift jener Weisungen mitgetheilt worden, welche das hiesige k. k. Finanz-Direktions-Präsidium mit Verordnung vom 19. August d. J. Z. 929 in Durchführung des Finanzministerialerlasses vom 7. August d. J. Z. 24476 an sämmtliche Bezirkshauptmannschaften und Steuerämter in Krain und an den Stadtmagistrat Laibach zur Regelung des Vorganges bei den mit Allerhöchster Entschließung vom 31. Dezember 1864 bewilligten Steuerabschreibungen erlassen hat, und welche so lauten:

„Das hohe k. k. Finanz-Ministerium hat mit dem Erlasse vom 7. d. Mts. Z. 24476 in Betreff der Durchführung der A. h. Majestäts-Entschließung vom 31. Dezember 1864 anher bedeutet, daß bei den künftigen Steuerabschreibungen zwei Momente zu beobachten sind, nämlich die Steuerüberbürdung und die durch die Zeitverhältnisse etwa herbei geführte ungünstige Lage der Kontribuenten und Gemeinden, von welchen beiden Momenten das erstere ein unveränderliches sei, daher Schwankungen und Ungewißheiten nur rücksichtlich des zweiten eintreten können.

Hieraus folgt, daß in den am meisten überbürdeten Theilen Krains, die als Ueberbürdung sich darstellende Steuertangente alljährlich bis zur allgemeinen Regelung der Grundsteuer in Abschreibung zu kommen hat, und das es nur von den im Laufe des Jahres eintretenden Verhältnißen abhängt, ob in diesen Theilen noch weitere Beträge außer der obgedachten Tangente, dann ob auch in anderen Landestheilen Steuerbeträge zur Abschreibung zu gelangen haben oder nicht.

Gleichzeitig hat das hohe k. k. Finanz-Ministerium angeordnet, die Einleitung zu treffen, daß von den Unterbehörden schon mit Beginn des jedesmaligen Verwaltungsjahres die aus dem bekannten unveränderlichen Momente der Steuerüberbürdung bei einzelnen Kontribuenten, ganzen Gemeinden oder Bezirken jedenfalls zur Abschreibung gelangenden Steuertangenten ausgeschieden und vorgemerkt, beziehungsweise nicht eingehoben, und rücksichtlich dieser Tangenten die betreffenden Kontribuenten, Gemeinden oder Bezirke in keinem Falle mit Zwangsmaßregeln belästiget werden.

In Folge dessen werden die unterstehenden Behörden und Ämter angewiesen, nöthigenfalls über Einvernehmen von Vertrauensmännern, der Gemeindevorstände und der im Bezirke befindlichen Finanz- und Steuerbeamten längstens bis Ende Oktober d. J. individuelle gewißenhaft verfaßte Verzeichnisse über jene Steuerkontribuenten, für welche in den für das Jahr 1868 bereits vorgelegten, oder noch vorzulegenden Grundsteuer-Abschreibungs-Ausweisen, lediglich aus dem Titel der Steuerüberbürdung, und ohne Rücksicht auf andere Momente ein Nachlaß beantragt wurde, oder noch beantragt wird, und welche Beträge sofort für das Jahr 1868 und für die Folge im Zwecke der Abschreibung in die vorgezeichnete Vormerkung aufzunehmen, und von den Kontribuenten nicht einzuheben sind, mit genauer Angabe der Jahresschuldigkeit jedes einzelnen Kontribuenten und des vorzumerkenden Betrages anher vorzulegen, oder bishin die negative Anzeige zu erstatten, daß keine derartigen Beträge zur Vormerkung geeignet sind.

Hiebei wird bemerkt, daß nachdem die Waldungen hierlands mit der Steuer nicht überbürdet sind, bei den dießfälligen Anträgen hierauf Rücksicht zu nehmen ist.

Da die Vormerkung über die constant abzuschreibenden Steuerbeträge stets mit Beginn des Jahres stattzufinden hat, so ist diese Vormerkung auf Grund der mit größter Gewissenhaftigkeit gepflogenen Erhebungen nicht nur bezüglich des Jahres 1869, sondern auch pro 1868 für welches die Steuerabschreibung noch nicht stattgefunden hat, **sogleich** vorzunehmen, und sind die vorgemerkten Gebühren vorerst nicht einzubringen.

In der Folge aber sind stets schon mit Beginn des jedesmaligen Verwaltungsjahres, die aus dem bekannten unveränderlichen Momente der Steuerüberbürdung bei einzelnen Kontribuenten, ganzen Gemeinden oder Bezirken jedenfalls zur Abschreibung gelangenden Steuertangenten auszuscheiden und vorzumerken, beziehungsweise nicht einzuheben, und rücksichtlich dieser Tangenten die betreffenden Kontribuenten oder Bezirke in keinem Falle mit Zwangsmaßregeln zu behelligen.

Die Abschreibungsanträge, sind aber wie bisher auf Grund der Erhebungen und mit besonderer Würdigung der im Laufe des Jahres eingetretenen Verhältnisse gegen den Schluß eines jeden Jahres und zwar abgesondert:

a) aus dem Titel des bekannten unveränderlichen Momentes der Steuerüberbürdung;

b) aus dem Titel der durch die Zeitverhältnisse etwa herbeigeführten ungünstigen Lage der Kontribuenten, anher zu stellen.

Hieraus fließt für die unterstehenden Steuerbehörden und Ämter die unabweisliche Verpflichtung, schon jetzt mit den Vorbereitungen zur Stellung der Abschreibungsanträge pro 1869 zu beginnen, daher es gebothen ist, sogleich in Ueberlegung zu nehmen und anher anzuzeigen bis zu welchem Zeitpunkte des laufenden Jahres diese Anträge hierorts werden einlangen können, damit diese Abschreibungsanträge a. und b. pro 1869 zum Schlusse dieses Jahres spruchreif der höheren Entscheidung unterzogen werden können.

Diese Anzeigen und Berichte haben von den k. k. Steuerämtern im Wege der k. k. Bezirkshauptmannschaften je eher hieramts einzulaufen."

Der Landes-Ausschuß stellt den Antrag:

Der hohe Landtag geruhe diese Mittheilung dem zur Prüfung des Rechenschaftsberichtes eingesetzten Ausschusse zur Berichterstattung und Antragstellung zuzuweisen.

Vom krainischen Landes-Ausschusse.

Laibach am 11. September 1869.

Z. 3712.

Bericht des Landes-Ausschusses

über das

Gesuch der Landeskasse-Beamten um Auflassung der Dienst-Cautionen.

Hoher Landtag!

Die beiden hiesigen Kassabeamten haben an den Landes-Ausschuß die Bitte gerichtet, er möge beim h. Landtage dahin wirken, daß

1. die von dem Personale der landschaftlichen Kasse erlegten Dienst-Cautionen aufgelassen und denselben die entsprechenden Beträge rückerfolgt werden,

2. daß bei künftigen Besetzungen von Diensteposten der landschaftlichen Kassa von dem Cautionserlage abgesehen und daß in diesem Punkte die Dienstesinstruktion abgeändert werde.

Bekanntlich haben mehrere Landesvertretungen und im vorigen Jahre jene von Steiermark einzelne Categorien von Beamten, die bisher zur Caution verpflichtet waren, hievon entlastet, und da auch große Geldinstitute, als Banken, Sparkassen dieser liberalen Anschauung huldigen, und in dem regen Pflichtgefühle ihrer Beamten, in der Handhabung einer strengen Controlle ihrem Geschäfte einen sicheren Schutz der Kassen vor Defraudationen erblicken als in dem Erlage von Cautionen, die mit der Höhe der anvertrauten Summen in keinem entsprechenden Verhältniße stehen; so erachtet der Landes-Ausschuß obiges Ansuchen seiner Kassabeamten der allseitigen Erwägung des hohen Landtages vorlegen zu sollen, er stellet daher den Antrag:

Es wolle die Petition der landschaftlichen Kassabeamten um Auflassung der Dienstes-Cautionen und entsprechende Aenderung des bezüglichen Paragrafes der Dienstesinstruktion dem Finanzausschusse zur Vorberathung und Antragstellung überwiesen werden.

Vom krainischen Landes-Ausschusse.

Laibach am 15. September 1869.

Z. 3672.

Bericht des Landes-Ausschusses

über die

Gesuche mehrerer Bediensteten des Landes-Ausschusses um Erhöhung ihrer Bezüge und der ständischen Kanzlisten-Witwe Sapletu um Verlängerung des Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Wilhelmine.

Hoher Landtag!

Der landschaftliche Portier Jakob Schitko hat sich an den Landes-Ausschuß mit der Bitte gewendet, ihm vom hohen Landtage eine Erhöhung seines Jahresgehaltes per 315 fl. oder eine Personalzulage zu erwirken;

ferner haben die Praktikanten der landschaftlichen Hilfskanzlei Johann Centrich und Ferdinand Omejec und die Landesbuchhaltungs-Praktikanten Franz Tertnik und Josef Podkrajšek um eine Erhöhung ihres Adjutums jährlicher 180 fl. angesucht;

außerdem hat die ständische Kanzlisten Witwe Maria Sapletu ein Bittgesuch eingebracht worin um Fortbezug des bis zum 24. Mai 1869 bewilligten Erziehungsbeitrages für ihre kranke Tochter Wilhelmine Sapletu gebeten wird.

Da die Entscheidung über diese Gesuche dem hohen Landtage vorbehalten ist, und dieselben bei den Budgetberathungen in Erwägung zu ziehen sind, so wird der Antrag gestellt:

Der hohe Landtag wolle die vorgezeichneten Gesuche um Gehaltserhöhung, ferner das Bittgesuch der Witwe Maria Sapletu um weitere Gewährung des Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Wilhelmine Sapletu an den Finanz-Ausschuß zur Vorberathung und Antragstellung überweisen.

Vom krainischen Landes-Ausschusse.

Laibach am 19. September 1869.

Z. 3790.

Bericht des Landes-Ausschusses

betreffend

die Besetzung des von Flachenfeld-Wollwitz'schen Kanonikates an der hiesigen Kathedrale.

Hoher Landtag!

Es ist dem h. Hause bereits in der letzten Session zur Kenntniß gebracht worden, daß an der hiesigen Kathedrale ein vereinigtes von Flachenfeld-Wollwitz'sches Kanonikat in Erledigung gekommen sei, bezüglich dessen das Präsentationsrecht stiftbriefmäßig den h. Ständen Krains, gegenwärtig dem hohen Landtage zusteht.

Die Besetzung hat das eine Mal nach dem von Wollwitz'schen, das andere Mal nach dem von Flachenfeld'schen Stiftbriefe zu geschehen. Diesmal tritt der letztere Fall ein.

Da aber über die Auslegung des von Flachenfeld'schen Stiftbriefes einige Zweifel entstanden sind, so hielt es der Landes-Ausschuß schon im vorigen Jahre für angemessen, diesfalls eine grundsätzliche Entscheidung des hohen Landtages hervorzurufen, welcher auch hierüber in der 23. Sitzung des J. 1868 (stenogr. Ber. p. 596) folgende Beschlüsse gefaßt hat:

a) An der sogleichen Wiederbesetzung des von Flachenfeld-Wollwitz'schen Kanonikates sei zu beharren.

b) Die Konkursausschreibung habe in der Art zu erfolgen, daß zu diesem Kanonikate die Verwandten des Stifters, und in deren Abgange adelige, in Krain geborene Bewerber mit Einschluß jener Ländergebiethe, welche zur Zeit der Errichtung des Stiftbriefes vom 16. März 1722 mit dem Kronlande Krain wirklich vereiniget waren, und zwar zunächst die Bewerber vom krainisch-ständischen Adel, und nach diesem auch andere Bewerber des krainischen Adels in obiger Landesausdehnung berufen sind.

c) Der Vollzug dieser Beschlüsse und die Vorlage des Besetzungs-Vorschlages in der nächsten Landtags-Session wird dem Landes-Ausschusse zugewiesen.

In Ausführung dieser Beschlüsse des h. Landtages hat der Landes-Ausschuß das entsprechende Einvernehmen mit dem f. b. Ordinariate eingeleitet, mußte sich aber im Verfolge der gepflogenen Verhandlung entschließen, die Konkurs-Ausschreibung zur Wiederbesetzung des gedachten Kanonikates im Sinne der vorgezeichneten Bestimmungen (in der Laibacher Zeitung und im Osservatore Triestino) selbst zu erlassen, nachdem das f. b. Ordinariat erklärt hatte, daß es eine solche Konkurs-Ausschreibung seiner Seits nicht zu veranlassen finde, übrigens aber auch keine Einwendung dagegen erhebe, daß diese Konkurs-Ausschreibung von Seite des Landes-Ausschusses unmittelbar erfolge, da dem Patrone nach den Kirchengesetzen das Recht zustehe, bei eintretender Erledigung des von seinem Patronate abhängigen Benefiziums ohne alle Umstände dem Diözesan-Bischofe eine würdige Persönlichkeit zur kanonischen Investitur zu präsentiren, und sich auch allenfalls die Auswahl einer geeigneten Persönlichkeit auf beliebige Weise zu erleichtern.

In Folge des erflossenen Konkurses sind um das erledigte Kanonikat innerhalb des Konkurstermines nachgenannte Bewerber eingeschritten:

1. Zeno Freiherr von Cierheimb, Vikariats-Provisor zu Brixlegg in Tirol;
2. Doctor theologiae Heinrich Pauker Edler von Glanfeld, Spiritual des f. b. Priesterhauses in Laibach;
3. Friedrich von Premerstein, Pfarrkooperator in Treffen.

Der Landes-Ausschuß hat die Gesuche und deren Belege einer reiflichen Prüfung unterzogen, und stellt als Ergebniß derselben folgende Anträge:

Der h. Landtag wolle beschließen:

1. Für das erledigte von Flachenfeld-Wollwitz'sche Kanonikat an der hiesigen Kathedrale wird der Herr Doktor der Theologie Heinrich Pauker Edler von Glanfeld, Spiritual des hiesigen f. b. Klerikal-Seminars präsentirt.

2. Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, diese Präsentation Namens des h. krainischen Landtages dem Diözesan-Bischofe mitzutheilen.

Die Begründung des erstatteten Vorschlages muß der mündlichen Erörterung des Berichterstatters vorbehalten bleiben.

Belangend die formelle Behandlung des Gegenstandes glaubt der Landes-Ausschuß mit Rücksicht darauf, daß bei der dießfälligen Verhandlung voraussichtlich eine Besprechung der persönlichen Verhältnisse und Eigenschaften der Bewerber stattfinden wird, den Antrag stellen zu sollen:

Der h. Landtag wolle diese Besetzungsfrage in geheimer Sitzung berathen und erledigen.

Vom krainischen Landes-Ausschusse.

Laibach am 18. September 1869.